Nr. 66.

9. Jahrg

Erscheint täglich außer Montags. Abonnements-Preis für Berlin: Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1892 unter Nr. 6653.

# Vorwärts
# Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprech-Anschluß: Amt I, Nr. 1186.

Redaktion: Beuth-Straße 2. | Freitag, den 18. März 1892. | Expedition: Beuth-Straße 3.

## Der 18. März.

Zwei Gedenktage hat das internationale Proletariat — den 18. März und den 1. Mai — jener der Vergangenheit, dieser der Zukunft gewidmet, beide dem gleichen Zweck dienend: das heilige Feuer der Begeisterung für die Sache des arbeitenden Volkes zu nähren und die Leidenschaft zu entflammen für den großen Emanzipationskampf der unterdrückten und ausgebeuteten Menschheit.

Während die Proletarier aller Länder sich rüsten zur würdigen Begehung des 1. Mai, sind sie heute in geistiger Gemeinschaft vereinigt, um der Großthaten des Volkes zu gedenken und an dem Beispiel der todten Vorkämpfer und Märtyrer sich emporzuschwingen zur Höhe des Pflichtgefühls und des Opfermuths.

Der 18. März hat nicht minder als der 1. Mai einen internationalen Charakter. Und diese Internationalität wird dadurch noch ganz besonders hervorgehoben und zum Ausdruck gebracht, daß der 18. März ursprünglich das Werk der zwei Völker ist, die an ihrem eigenen Leib Jahrhunderte hindurch die Kulturfeindlichkeit des sogenannten Nationalitätsprinzips erfahren und mit ihrem innersten Herzblut die Nothwendigkeit der internationalen Verbrüderung der Völker auf tausenden von Schlachtfeldern durch die That und durch ihr Leiden bewiesen haben.

Von den zwei Volkserhebungen, die das internationale Proletariat heute feiert, ist die eine — der 18. März 1848 — deutsch, die andere — der 18. März 1871 — französisch. Im Jahr 1848 war es das Volk von Berlin, im Jahr 1871 das Volk von Paris, welches die Sturmfahne der Freiheit ergriff und zum Siege trug.

Hier ist nicht Platz für die Geschichte jener Tage. Nur kurz und in scharfen Umrissen seien die Ereignisse hingezeichnet. Es war im Februar 1848. In Frankreich regierte ein König, der, den europäischen Regierungen als Ausbund aller politischen Weisheit, und als Schlußstein der europäischen Staats- und Staatenordnung galt. Er hatte den einzig richtigen Kurs entdeckt (und von den Staatsweisen der Zeit ward es ihm auch geglaubt): das Justo milieu — die richtige Mitte, die richtige Mittelstraße —; und er fühlte sich allmächtig, er, der „Bürgerkönig", gestützt auf das „zufriedene" Bürgerthum, dem er, mit dem weltgeschichtlichen Wort: Enrichissez vous! Bereichert Euch! — das Gemeinwesen, das arbeitende Volk zur Plünderung überlassen hatte.

Doch unten, in dem ausgeplünderten, ausgebeuteten Volke der Arbeit gährte es — und in den Februartagen begann der alte, seit 1830 geschlossene Revolutionskrater sich wieder zu öffnen — und am 24. Februar wurde der Entdecker der richtigen Mitte, der Ausbund aller politischen Weisheit, der Schlußstein des europäischen Staats- und Staatensystems von dem Volkszorn zerschmettert, weggeblasen — und sein Julithron unter verachtungsvollem Gelächter auf dem Bastilleplatz verbrannt, da wo einst die Zwingburg der alten, legitimen Monarchie von Gottes Gnaden gestanden.

Und richtig: es war der Schlußstein gewesen! Das ganze europäische Staats- und Staatensystem kam ins Wanken — der Sturmwind der Revolution fegte über Europa hinweg; die festesten Throne ächzten und krachten. Namentlich Deutschland, das Land des beschränkten Unterthanenverstandes und der Geduld, gerieth in wilde, wirre Bewegung — der revolutionäre Westwind, der inzwischen ein beißender Märzwind geworden war, durchsauste die fromme Kinderstube — Alles drunter und drüber werfend.

Der größte Staatsmann des 19. Jahrhunderts und aller Jahrhunderte, wie die Zeitgenossen ihn priesen, der Schöpfer und Träger der monarchischen Ordnungspolitik nach Besiegung der französischen Revolution und Napoleon's — der politische Wundermann Metternich klappte zusammen wie ein Taschenmesser und wurde am 13. März von den Wienern zu seinem abgetakelten Freunde und Konkurrenten, dem Bürgerkönig Louis Philippe, nach London geschickt.

Und in Berlin grollte es. Das Volk stellte die bekannten Forderungen jener Zeit — die Forderungen des bürgerlichen Liberalismus —, eine bewußte proletarische Bewegung gab es noch nicht. Der König wankt und schwankt. Jetzt Nachgeben, jetzt Ablehnen. Am 18. März ist anscheinend Friedensschluß zwischen König und Volk. Der König hat Alles bewilligt. Das Volk jubelt. Da krachen Schüsse. Das jubelnde Volk ist vor dem Schloß von Militär überfallen worden. „Ein Mißverständniß" heißt's! Doch das Volk hatte verstanden, daß die Säbel scharf geschliffen und die Flinten scharf geladen waren. Rache!

Die Todten und Verwundeten werden weggeschleppt, — Barrikaden gebaut — der Kampf entbrennt. Ein ernsthafter, blutiger Kampf. Hier das empörte, verrathene Volk — dort das „herrliche Kriegsheer".

Und das Volk siegte — siegte im Kampf, wenn auch die Thatsache planmäßig weggelogen wird. Die Monarchie war besiegt.

Das war der 18. März 1848.

Was folgte, ist bekannt — die Monarchie war besiegt, nicht überwunden. Das siegreiche Volk zog vor das Schloß, und jene Szene ereignete sich, die Freiligrath in seinem: „Die Todten an die Lebendigen" so ergreifend geschildert hat, — die Monarchie war in der Person des Königs, der vor den todten Rebellen den Hut ziehen mußte, aufs tiefste gedemüthigt. Gedemüthigt, nicht gebrochen. Das Volk verzieh, vergaß. Die Monarchie verzieh nicht und vergaß nicht. Sie sammelte Kräfte. Das revolutionäre Bürgerthum aber, erschreckt durch den Schatten, welchen die nahende Arbeiterbewegung vorauswarf, hatte nicht den Muth zu einer Revolution — die „Märzrevolution" war eine Revolution nur dem Namen nach, und mit der Niederlage der Juni-Insurgenten war der wirklichen Revolution das Rückgrat zerschlagen. Im Herbst war es so weit, daß die Feinde des Volkes sich wieder hervorwagen konnten. Und die Macht war auf ihrer Seite — dank der verrätherischen Feigheit der Bourgeoisie. Im November 1848 fiel Wien, und an demselben Tag, wo Robert Blum dort sein Leben ließ, zog Wrangel in Berlin ein.

Im nächsten Jahr noch das Nachzucken der Revolution: in Dresden, Baden, der Pfalz — noch der Heldenkampf der Ungarn — und die Nacht der Reaktion brach herein. Die französische Republik, die in den Arbeitern ihre einzigen sicheren Stützen zusammengeschossen hatte, fiel dem abenteuernden Lump Bonaparte in die Hände, der als gekrönter Räuberhauptmann — er nannte sich Kaiser — Frankreich noch gründlicher ausraubte, wie sein Vorgänger, der Bürgerkönig, es gethan hatte. Und in Deutschland erhob sich die Dynastie Bismarck auf den Hausmeier-Thron. „Blut und Eisen" wurde die Losung. Mittelalterliche Gewaltpolitik.

Hüben Bismarck — drüben Bonaparte — das vertrug sich und das schlug sich. Das Volk von Deutschland und Frankreich hatte die Kosten zu tragen. In einem mörderischen Massenkrieg, dem mörderischsten, die Zeitdauer betrachtet, den die Welt bis dahin jemals gesehen, zerfleischten sich die beiden mächtigsten und vornehmsten Kulturvölker des europäischen Festlands — Menschlichkeit und Zivilisation schienen begraben unter den Schlachtfeldern Frankreichs.

Da, ein Blitz durch die Nacht!

Es ist der 18. März 1871.

Das arbeitende Volk von Paris hat die rothe Fahne und die Waffen erfaßt zur Vertheidigung, zur Rettung der jungen Republik, die es nach dem Fall des Kaiserreichs errichtet hatte, und deren Vernichtung die Bourgeoisie plante. Das Volk von Paris ist siegreich. Wenige Tage nach dem 18. März ersteht die Kommune.

Die Geschichte der Kommune, der ersten Proletarier-Regierung, ist in das Herz jedes Arbeiters eingegraben: von Feinden umlagert, hinter und neben den Versaillern die siegreiche deutsche Armee als deren Rückhalt, das übrige Frankreich gleichgiltig oder feindlich — an Sieg war da nicht zu denken. Es galt zu kämpfen. Und die Geschichte der Kommune ist eine Geschichte des Kampfes, unablässigen nicht abbrechenden Kampfes bis zu dem unabwendbaren Schicksalsmoment, da der todtgehetzte, todtwunde Löwe der Ueberzahl erlag.

Wie die Bourgeoisie aller Länder aufjubelte, wie sie die Rache-Orgien der Versailler mit frenetischem Beifallruf und Händeklatschen begrüßte — das ist in frischem Gedächtniß, als wäre es gestern gewesen.

Und in frischem Gedächtniß ist, wie das arbeitende Volk Deutschlands, Englands, Italiens, der alten und neuen Welt einmüthig für die Pariser Kommune Partei nahm, und wie auf ihrem blutgetränkten Grabe die Proletarier aller Länder sich vereinigten. Die Kommune von Paris hat das Mahnwort unseres unsterblichen Lehrers und Wegweisers Karl Marx der Verwirklichung zugeführt. Der Todestag der Kommune ist der Geburtstag

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.] [66

### Am Webstuhl der Zeit.

Zeitgenössischer Roman in 3 Büchern
von A. Otto Walster.

Es ist ein Schwermuth erregendes Bild, die Wirkungen dieser Herbststürme zu beobachten; im Reichthum des Frühlings achtet man der vielen Opfer nicht, die er beansprucht, und im Herbst, wo das Sterben so allgemein wird, achtet man des einzelnen Blattes, das langsam aus seiner luftigen Höhe den vor ihm gefallenen Schwestern nachfolgt. Wir sehen den duftigen Flieder verblühen in wenigen Tagen und die lieblichen Rosen fast ohne besonderen Schmerz zu empfinden, aber an die duftlosen letzten Blumen des Herbstes hängt sich das Herz. Und darum regt einer der letzten schönen Tage im Oktober oder im finster drohenden November Tage im Oktober oder im finster drohenden November mächtiger die Menschenherzen an, als selbst der schönste Festtag im Mai.

Solch einen Spätling von freundlichen Tagen hatte Howald glücklich getroffen, um sein lange vorher angekündigtes Herbstfest zu geben, nachdem es infolge widriger Umstände wiederholt verschoben war. Die mit der Umgegend Vertrauten lächelten zwar, wenn sie den jungen Fabrikanten von seiner Besitzung Herrenwalde sprechen hörten. Man wußte, daß dieses Herrenwalde ehemals eines der schönsten und größten Rittergüter gewesen, das aber von seinen früheren altadeligen Besitzern, die, wie viele ihres Standes, mit den neuen Werthverhältnissen nicht zurecht zu kommen wußten, mit Schulden belastet und endlich infolge nothwendiger Versteigerung einem „Güterschlächter", wie derartige Ausnützer großer Landbesitzungen genannt wurden, in die Hände gefallen war. Der „Güterschlächter", hatte die alten Waldungen niederschlagen lassen, Felder und Wiesen an begüterte Bauern des Ortes stückweis verkauft, auf diese Weise noch einen zweimal höheren Kaufpreis erzielt, als er selbst dafür bezahlt, und trotzdem noch ein Landgut behalten, welches aus den Wirthschaftsgebäuden und dem eleganten Herrenhause mit daran stoßendem Park sammt einigen anliegenden Feldern und Wiesen bestand. In solchem Zustande war es für keinen Oekonomen mehr brauchbar; die Gebäude waren auf eine größere Wirthschaft berechnet gewesen; nur ein reicher Mann, der zu seinem Vergnügen ein Sommerschloß halten wollte, konnte es gebrauchen, und ein solcher hatte sich in der Person des jungen Howald gefunden.

Herrenwalde lag gute drei Stunden von der Stadt entfernt; die eingeladene Gesellschaft hatte sich bereits nach dem Frühstück auf die Reise begeben müssen, um dem kurzen Tage möglichst viele hellen Stunden noch abzugewinnen. Howald hatte sich's indeß ausgebeten, daß man ein etwa eine halbe Stunde vom Gut entferntes Dorf als Rendezvous gebrauchen möchte, indem er das Vergnügen haben wollte, die Gesellschaft auf einem angenehmen Spaziergange in seine Besitzung zu geleiten. Der Gasthof des Dorfes Moorungen, welches zu diesem Behufe ausgewählt worden war, hatte sich zu dieser Gelegenheit in festliches Gewand gehüllt; alle Eingänge zierten, trotz der vorgerückten Jahreszeit, die reichlichsten Guirlanden und Kränze; von den Giebeln des Hauses herab wehten bunte Flaggen, und im Garten spielte ein Trompeterkorps, welches die Dorfbewohner, jung und alt, herbeilockte. Nicht weniger als ein Dutzend Lakaien, in Blau und Silber gekleidet, stand zum Dienst der ankommenden Gäste bereit. Im Garten prangten auf weißgedeckten Tafeln einige Erfrischungen, wie sie der Herbst zu bieten vermag: Pfirsiche, Weintrauben, Orangen, ausgewählte Aepfel und Nüsse. Hierzu kamen Bisquits und Makronen, moussirende Wasser, Eis, Champagner und Weine von den Grenzen Asiens, wie von den Ufern des atlantischen Meeres herbeizitirt.

Bei jeder Equipage, die herbeirollt und die von dem kleinen Balkon im ersten Stockwerke bequem erspäht werden kann, fällt das Orchester in einen Tusch, mit dem sich das Jauchzen der Dorfjugend vermischt, denn schon mehr als einmal hat einer der Insassen kleine Münze unter sie geworfen und sie dadurch zu einem erbitterten Kampfe angeregt. Ein kleines Bild vom großen Leben!

Die Gesellschaft, welche sich nach und nach versammelt, würde, was ihre Zusammensetzung anbelangt, von verschiedenen Kreisen Veranlassung zu Aussetzungen mancherlei Art geben. Ein wirklich Gebildeter, der den Werth des Menschen nicht lediglich nach der Schwere des Geldsackes bemißt, würde in dem dicken, unbehilflichen und in seinen Scherzen, sowie in manchen seiner Manieren kaum erträglichen Bankier Roscher einen nichts weniger als angenehmen Zuwachs zur Gesellschaft erblicken, ebensowenig wie in seiner Tochter Esmeralda, deren Geistes- und Gefühlswelt ebenso mager, wie die Formen ihres Körpers. Sie ist schon fünfundzwanzig Jahre alt, wird als die einzige Tochter ihres Vaters auf eine reichliche Million geschätzt, hat aber trotzdem bis zur Stunde keinen Mann finden können. Nach ihrer Erklärung hat sie nicht mehr ohne Schaudern ans Heirathen denken können, seitdem ein junger

der fleischgewordenen Internationalität der Arbeiterbewegung.

Genährt von dem Blute der Märtyrer wuchs der Baum der internationalen Sozialdemokratie mit wunderbarer Schnelle, zum angstvollen Staunen der Feinde, unsere eigenen kühnsten Hoffnungen übertreffend.

Und heute, am 18. März 1892, reichen wir unseren Brüdern in allen anderen Ländern die Hand, wissend, daß der Sieg unserer Sache in unserer Hand ist und uns durch Niemand und Nichts mehr entrissen werden kann. — —

Ehe der 18. März das revolutionäre Todtenfest des internationalen Proletariats ward, hatten wir in Deutschland schon ein revolutionäres Todtenfest, das 1848 begründet und 1849 zum ersten Mal in ganz Deutschland und über die Grenzen Deutschlands hinaus begangen ward: die Robert Blum-Feier, zum Andenken an den deutschen Volksvertreter, der 1848 das Leben einsetzte für seine Ueberzeugung und am 10. November 1848 in der Brigittenau standrechtlich ermordet wurde — auf dem Altar des Nationalitätsprinzips. Denn nur durch die gegenseitige Verhetzung der verschiedenen österreichischen Nationalitäten gelang es damals den Feinden der Freiheit, Wien und die Revolution zu bezwingen.

Doch das Bürgerthum wurde es bald müde, die Revolution von 1848 zu feiern, in der es nur noch eine „Jugendverirrung" sah. Es jagte nach Gold und trat seine Ideale mit Füßen. Schon nach wenigen Jahren waren es nur noch die Arbeiter, welche den 10. November feierten.

Die bürgerliche Bewegung ist von der proletarischen abgelöst worden, die Robert Blum-Feier ist in der Feier des 18. März aufgegangen — der nationale Gedenktag in dem internationalen. So will es der geschichtliche Fortschritt. Der 18. März schlingt das Band revolutionärer Erinnerung um das deutsche und französische Proletariat, und vereinigt beide in der Gemeinschaft internationaler Solidarität mit den Arbeitern aller übrigen Länder.

Für uns giebt es keine Schranken der Nationalität. Wir kennen nur eine Menschheit, die durch den Kapitalismus in zwei Klassen und zwei Völker getheilt ist. Die besitzende Klasse ist das Volk unserer Feinde; die arbeitende Klasse ist unser Volk, und wer ihr angehört, ist unser Freund und Bruder. Andere Völker kennen wir nicht.

Das Volk der Arbeit will sein Recht und es will Friede und Ordnung an Stelle des Klassenkampfes, des Nationalitätenhaders und des wirthschaftlichen Chaos. Daß es weiß, was es will, das hat der Brüsseler Kongreß gezeigt.

Das Volk des Besitzes dagegen weiß nicht, was es will. In Deutschland und allen übrigen Staaten bekundet es durch all sein Handeln und Nichthandeln seine politische Unfähigkeit und seine ökonomische Gemeinschädlichkeit.

Es ist Zeit, daß dem Volk der Arbeit die politische und ökonomische Herrschaft zufalle.

Die Ankunft dieses Tages der Befreiung und der Erlösung zu beschleunigen, das liegt in der Macht des internationalen Proletariats — mit Aufgebot aller Kraft für die Beschleunigung thätig zu sein, ist die Pflicht jedes Arbeiters — und uns in dem Entschluß treuer, unentwegter, hingebender, furchtloser Pflichterfüllung zu stärken, das ist die höchste Aufgabe des Märzfestes der internationalen Sozialdemokratie.

---

# Der entscheidende Schlag

gegen die freien Hilfskassen ist gestern im Reichstage geführt worden. Man schreibt uns darüber unterm 17. März:

Die Verhandlungen über die Krankenkassen-Novelle gediehen heute bis zu § 75. Derselbe handelt von den freien Hilfskassen und wurde nach den Vorschlägen der Kommission mit einigen nebensächlichen redaktionellen Aenderungen angenommen. Damit ist das Schicksal der zentralisirten freien Hilfskassen entschieden. Bevor den Hilfskassen, als gesetzlichen Kassen, der Garaus gemacht wurde, fand infolge des gestern bereits erwähnten Antrags des Grafen von Schulenburg, welcher das Aerzteprivilegium bei dem § 55a gewissermaßen durch ein Hinterpförtchen doch noch einschmuggeln wollte, noch eine längere Debatte über diese Frage statt. Neue Gesichtspunkte konnten aber von keiner Seite mehr vorgebracht werden. Für die Zünftler unter den Freisinnigen sprach heute Meyer-Berlin, während Virchow fehlte. Die Abstimmung, welche per Hammelsprung erfolgte, ergab heute eine vollständige Niederlage der Anhänger der Zünfte für den Aerztestand, indem der Antrag Schulenburg mit 180 gegen 107 Stimmen abgelehnt wurde. Der Reichstag hat sich also zwei Mal in unzweideutigster Weise gegen das Aerztemonopol ausgesprochen, und die Anhänger desselben haben alle Ursache, es jetzt zu bedauern, daß sie durch ihr Vorgehen sich eine so unzweideutige Abweisung vor aller Welt geholt haben. Die moralischen Nachwirkungen werden draußen im Lande nicht ausbleiben.

Von prinzipiell viel wichtigerer Bedeutung als die Aerztefrage ist für die Arbeiter die Entscheidung des Reichstags über die zukünftige Stellung der freien Hilfskassen.

Wie bereits erwähnt, sind die Vorschläge der Kommission angenommen worden und haben sonach in Zukunft die freien Hilfskassen, soweit sie Anspruch erheben, gesetzliche Kassen zu sein, Arzt und Apotheke in natura zu liefern.

Mit dieser Bestimmung ist den zentralisirten Hilfskassen, deren Mitglieder über hunderte von Orten im ganzen Reiche zerstreut leben, eine Kontrollast und zugleich eine Steigerung der Ausgaben aufgeladen, welche sie nicht werden zu tragen vermögen. Die kleineren und mittleren Mitgliedschaften der Zentralkassen werden alle aufgegeben werden müssen und wenn sich auch die Mitgliedschaften an großen Orten mit starker Mitgliederzahl würden halten können, so lohnt es sich doch nicht der Mühe und Kosten, wegen der Mitgliedschaften von einem Dutzend Orte den ganzen Verwaltungsapparat aufrecht zu halten.

Die zentralisirten Hilfskassen werden also über kurz oder lang, freiwillig oder durch Kassendefizits gezwungen, ihre Stelle als gesetzliche Kassen räumen und dann als sogenannte Zuschußkassen weiter fortbestehen. Wir glauben, daß, nachdem die Würfel im Reichstage einmal gefallen sind, die in Frage kommenden Kassen gut daran thun, sich über die Frage ihrer Weiterexistenz möglichst bald zu entscheiden.

Den Herren Reaktionären sowie unseren kathedersozialistelnden Geheimräthen, sind die freien Hilfskassen ein Dorn im Auge, weil dieselben selbständige und freie Schöpfungen der Arbeiter sind. Es müssen, so will es die Reaktion, bureaukratische Schablonen an deren Stelle treten. Uns soll auch das recht sein. Diese Arbeiterschöpfungen haben die Arbeits- und Agitationskraft von so viel hunderten von tüchtigen Genossen in Anspruch genommen und für die politische Thätigkeit lahm gelegt, daß es für die Partei nur von Nutzen sein kann, wenn diese Kräfte von jetzt ab ihr wieder ganz und rückhaltlos zur Verfügung stehen. Im Uebrigen aber werden die bisherigen Mitglieder und Leiter der freien Hilfskassen von jetzt ab in den Ortskassen, in welche sie zwangsweise gepreßt werden, so manches bisher dort geführtes Stilleben arg stören. Ein Erfolg der Novelle, den zu bedauern wir nicht die geringste Ursache haben.

Unsere Genossen im Reichstag haben deshalb der Entscheidung über § 75, welche übrigens längst feststand, mit großer Seelenruhe entgegen gesehen und in der Debatte durch den Abgeordneten Molkenbuhr ihren prinzipiellen Standpunkt nur kurz darlegen lassen.

Die dornirten Gegner jeder freien Arbeiterschöpfung haben ihren Zweck erreicht, nun mögen sie sehen, wie sie mit ihrer „Errungenschaft" fahren.

Mit welch' fadenscheinigen Mitteln die Feinde der freien Hilfskassen operirten, beweist die Thatsache, daß auch jetzt wieder das angebliche Aussuchen der Kassenmitglieder durch die freien Hilfskassen gegen diese ins Treffen geführt wurde. Bezeichnender Weise war es der Groß-Fabrikant Möller (Dortmund), welcher diesen Scheingrund vorbrachte.

Wir sagen Scheingrund, denn in Wirklichkeit konnte von einem Aussuchen der Mitglieder bei den freien Hilfskassen nur in der Zeit des Inkrafttretens des Krankenkassen-Gesetzes die Rede sein, seitdem aber hat es mit jedem Jahre mehr aufgehört und existirt heute kaum mehr. Die Sache ist einfach die: die ganze heranwachsende Arbeiter-Generation wird als Lehrlinge und jugendliche Arbeiter den Orts-, Gemeinde- oder Betriebskassen zugeführt, während der Zufluß an jungen Mitgliedern an die freien Kassen auf ein ganz geringes Maß reduzirt ist. Arbeiter aber, welche einmal einer Kasseneinrichtung angehören, entschließen sich schon um der damit verbundenen Scherereien willen schwer, aus derselben, ohne zwingenden Grund, auszutreten.

Gerade diese Thatsache aber, daß den freien Kassen der Zuwachs an jugendlichen Mitgliedern fehlt, läßt das „Unglück", daß man den Kassen die Existenzmöglichkeit genommen hat, noch leichter ertragen. Für manche Kasse mußte der Mangel an Zufluß von jugendlichen Arbeitern in wenigen Jahren geradezu zu einer Katastrophe führen.

Wenn aber der Vorwurf der Mitgliederauswahl gegen die freien Hilfskassen z. Z. ohne jeden Schein von Berechtigung ist, so trifft er im vollen Umfange auf die sogenannten Betriebskassen zu.

Keine Fabriks-, Bau-, Knappschafts- oder Innungskasse nimmt Mitglieder ohne ärztliches Gesundheitsattest an, und so wie dies Herr Möller und seine Erwerbsgenossen in ihren Fabrikskassen halten, so macht es auch der Staat in seinen Betrieben, seien dies Eisenbahnen, Werften oder sonstige Unternehmungen. Kein Arbeiter wird Mitglied der auf diesen Werken bestehenden Unterstützungskassen ohne ärztliche Untersuchung und Gesundheitsattest und, damit ja die Kassen gesichert sind, hat man bei einer Reihe von Staatsbetrieben die famose Bestimmung vorgesehen, daß Arbeiter über 40 Jahren überhaupt nicht angenommen werden.

Hier liegt also die Auswahl offen zu Tage, gleichmäßig geübt vom Staate wie von den Unternehmern.

Indem wir diese Thatsache konstatiren, wollen wir noch einmal unsere Ansicht wiederholen, daß die klassenbewußte Arbeiterschaft keine Ursache hat, über die Zerstörung der freien Hilfskassen besonders betrübt zu sein.

Es werden Arbeitskräfte frei, stellen wir sie in den Dienst der guten Sache.

---

# Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. März.

**Das Bürgerthum und 1848.** Der „Frankfurter Zeitung" schreibt ihr Wiener Berichterstatter über die Wiener Revolutionsfeier vom 13. März:

„Ich möchte aber an die Erinnerungsfeier des 13. März noch eine Bemerkung knüpfen. Als ich vor 20 Jahren noch Student auf der Wiener Universität war, da zog am 13. März die deutsche Studentenschaft noch regelmäßig auf den Friedhof, um die Märzgefallenen zu ehren. Ebenso war die Zahl der bürgerlichen Vereine, die sich des 13. März erinnerten, noch groß. Heute sieht man weder Studenten noch Bürger, wenigstens nicht in solcher Zahl, daß sie Bedeutung hätten. Bei uns haben sich alle freiheitlichen Instinkte und Triebe zu den arbeitenden Klassen geflüchtet. So bescheiden unsere 48er Revolution war, der Philister von heute scheut sich, ihr seine Reverenz zu bezeugen, wenn er auch weiß, daß wir das bescheidene Maß von bürgerlicher Freiheit, das wir besitzen, ihr verdanken. Das österreichische Bürgerthum wird sich ernsthaft besinnen müssen, ob es gewillt ist, ausschließlich die Interessen des Geldsackes zu vertreten. Das Bild, das es heute darbietet, ist abschreckend genug. Kein Zug von Idealismus, keine Spur liberalen Geistes! Herzens- und Geistesöde — das ist die Signatur aller öffentlichen Thätigkeit der bürgerlichen Parteien bei uns. Dagegen ringt sich die Arbeiterschaft von Tag zu Tag höher und erzwingt sich die allgemeine Achtung, die man ja doch immer, wenn auch noch so widerwillig, denen zollt, die zugleich die Träger einer Idee sind und von ihr getragen werden!"

Wie in Oesterreich, so in Deutschland, so überall, wo die klassenbewußte Arbeiterschaft ihren Befreiungskampf führt. —

**Caliban.** Der „Kreuz-Zeitung" muß das Zugeständniß gemacht werden, daß sie ihren Junkerstandpunkt ehrlich vertritt und mit offenem Visir für die volksverwüstenden Grundsätze der Muckerei, Stöckerei, Auspowerung der Massen, für Feudalismus und Reaktion streitet. Sie sagt was sie denkt, und ihre Brutalität ist uns lieber, als die verheuchelte Leisetreterei der anderen Bourgeoisorgane. Das klassenbewußte Proletariat wird von den Hammerstein und Genossen mit ehrlichem, tödtlichem Hasse verfolgt, und ihnen wäre es am willkommensten, wenn die Flinte schösse, der Säbel hiebe, die ultima ratio der bürgerlichen Politik, die Kartätsche, die moderne Kulturbewegung vom Erdboden vertilgte. Die Arbeiterklasse ist für die „Kreuz-Zeitung" Caliban, jenes wüste, ungeschlachte Ungeheuer des Shakespeare'schen „Sturms", halb Thier, halb Mensch, gerade gut genug, für Junker und Junkergenossen in unsäglicher Arbeitspein zu frohnen, gerade schlecht genug, um als Bestie behandelt und mißhandelt zu werden. Das ist ihre Auffassung, ihr Idealbegriff des werkthätigen Volks, wie er sich gebildet haben mag in den ostelbischen Paschaliks, wo in unsäglichem Elend, in Schmutz und Verkommenheit die Aermsten der Armen als Hörige der Grundherren hausen, degradirt, stumpf, verthiert. Gegen Caliban die Peitsche, die Büchse, die Kanone, wenn Caliban sich erkühnt, menschlich zu fühlen, zu denken, zu handeln!

Die Aristokratie ist natürlich der edle Luftgeist Ariel, der über den bösen Caliban den Sieg davonträgt — im „Sturm". So schreibt die „Kreuz-Zeitung" am Schlusse einer „Zeitbetrachtung":

„Bei „Caliban" bildet sich allmälig die Ueberzeugung aus, daß die höheren Gesellschaftsschichten sich nur dadurch von ihm

---

Kavallerie-Offizier sich aus hoffnungsloser Liebe zu ihr erschossen. Indessen Dr. Beißer, der ihr soeben vorgestellt worden und den sie mit einem nachlässigen Blicke von oben bis unten gemustert, erzählt dem gleichfalls anwesenden Professor Birnenmann, daß die Sache ganz anders verlaufen sei. Ein junger Kavallerie-Offizier, dem sie unverhohlen ihre Neigung zu erkennen gegeben, habe nur die Wahl zwischen Rettung durch eine Heirath mit ihr oder freiwilligem Tod, um den Folgen leichtsinnigen Handelns zu entziehen, gehabt, und den letzteren Weg vorgezogen.

Es war auch keiner von den übrigen eingeladenen Damen angenehm, in dieser Gesellschaft den Inspektor Zahler und seine vier Töchter zu finden. Inspektor Zahler war zwar eine äußerst angenehme Persönlichkeit, gewandt und gefällig, bescheiden und unterhaltend, aber man kannte die Verlegenheiten seiner finanziellen Lage, man munkelte bereits von Unterschleif und Betrug, von einer demnächstigen Revision und kriminellen Untersuchung, so daß man Gefälligkeiten von einer solchen Persönlichkeit mehr nur aus Nachsicht und Gnade sich gefallen ließ. Und im Stillen überlegt schon Jeder, wie er seine abschlägige Antwort im Falle eines Darlehnsgesuches abfassen wollte, und richtete danach im Voraus sein Benehmen ein. Zahler's schlimmste Eigenschaft aber war, Vater von vier Töchtern zu sein, welche dem männlichen Theile der Gesellschaft überall gut zusagten, denn dieser fand in ihnen Eigenschaften, welche man selten vereinigt antrifft: hübsche, fast schöne Gesichtszüge, tadellosen, üppigen Wuchs, geschmackvolle Toilette, einen ziemlich hohen Grad von Bildung, Herzensgüte und ein sehr lebendiges, wie gefälliges Benehmen. Fragt man aber, was die Damen an diesen Mädchen auszusetzen hatten, so erfährt man, außer dem Umstande, daß sie schön sind, ungefähr das, was eben die magere Esmeralda mit der pockennarbigen Kommerzienräthin Wismuth an Bemerkungen austauscht.

„Auch hier wieder diese Zahler's," meint die Kommerzienräthin, indem sie einen geringschätzigen Blick nach den Mädchen wirft, „es ist mir unbegreiflich, wie die Leute in solche Gesellschaften gelangen können! Diese Leute besitzen gar nichts, können sich kaum anständig kleiden, aber wo es zu schmausen giebt, müssen sie allemal dabei sein."

„Es bekommt ihnen auch ganz gut," meinte giftig die magere Bankiers-Tochter, „die Mädchen sind von einer ganz uneleganten Dicke."

„Sie scheinen sich auch etwas darauf zu Gute zu thun, denn sie gehen ewig in ausgeschnittenen Kleidern," bemerkte die Kommerzienräthin.

„Und wie ausgeschnitten!" fügte Esmeralda hinzu, welche alle Ursache zu haben schien, immer bis an den Hals zugeknöpft zu erscheinen.

„Es riecht sehr nach Demimonde, man muß nur sehen, wie kokett sie das Kleid aufzunehmen verstehen."

„Jedenfalls nur um zu zeigen, wie dick ihre Waden."

„Wer spricht hier von Waden? Du, Esmeralda?" rief bei diesen Worten der dicke Bankier, „ich rathe Dir, Dich nicht auf dieses Gebiet zu begeben, denn Du hast in Deinem Leben, außer vom Hörensagen nicht gewußt, was eine Wade ist."

„Aber pfui, Papa, wie kann man solche Reden in anständiger Gesellschaft führen."

„Ei was! sprachst Du nicht eben selbst von Waden?"

„Wir sprachen von der unangenehmen Zugabe, welche die Gesellschaft durch die Fräuleins Zahler erhalten hat."

„Unangenehme Zugabe, die Zahler's? Wahre Pracht- und Kernmädels sind es, wahre Appetitsgesichter. Weiß Gott, wenn ich wieder Heirathsgedanken in den Leib bekomme, nehme ich mir aus dem vierblättrigen Kleeblatt eins heraus. Vierblättriges Kleeblatt, guter Vergleich, hä, hä, hä", schmunzelte der Bankier.

„Kommen Sie, liebe Kommerzienräthin", rief Esmeralda auf's Aeußerste entrüstet, „mein Vater fühlt sich, wie es scheint, mitten unter seiner Kneipgesellschaft."

„Bei Euch? in meiner Kneipgesellschaft? nee, da müßte ich herzlich danken; da seid Ihr mir doch nicht gemüthlich genug."

„Diese letzten Worte hatte er zur Luft gesprochen, denn die beiden Damen waren bereits weiter gegangen. Um sich zu trösten, näherte er sich den Damen, welche soeben den Gegenstand des Gesprächs gebildet, und traf dort den Weinhändler Tiefstrunk, der mit dem ältesten Fräulein Zahler in ein lebhaftes Gespräch eingetreten war.

Der Festgeber, Herr Howald, eilte inzwischen unter den Gruppen herum und suchte mit aalglatter Höflichkeit jedem seiner Gäste einige angenehme Worte zu sagen. Ueberall, wo er hinkam, hinterließ er beim Weggehen eine angenehme Empfindung, selbst bei Esmeralda, obschon diese einen vergeblichen Versuch unternommen hatte, ihn längere Zeit im Gespräch zu fesseln. Sie hatte dafür die Genugthuung, zu bemerken, daß er auch bei den vier Damen, die den Gegenstand ihres Aergers bildeten, nicht länger verweilte.

„Ein höchst liebenswürdiger junger Mann," meinte sie zur Kommerzienräthin, „und sehr reich; er kann getrost in den besten Familien anfragen, wenn er sich verheirathen will."

„Sie, meine Beste, würden mit ihm ein schönes Paar abgeben," erwiderte die Kommerzienräthin.

„Ich werde mich nie entschließen können, ein zweites Verhältniß einzugehen," erwiderte aber Esmeralda seufzend und suchte ein schwärmerisches Aussehen anzunehmen.

Ein aufmerksamer Beobachter konnte indessen bemerken, daß dem Festgeber die fröhliche Laune nicht vom Herzen kam. Sobald er von einer Gruppe geschieden war, verschwand das Lächeln von seinen Lippen, und seine Stirn runzelte sich, wenn er einen Blick nach der Landstraße warf.

„Die eigentlichen Königinnen des Festes lassen lange auf sich warten," flüsterte ihm Dr. Raffmaus bei einer solchen Gelegenheit zu.

„Ah, Herr Dr. Raffmaus, freue mich, daß Sie Wort gehalten."

„Ich werde doch, da ich mich für diese Sache so sehr interessire, wie Sie wissen. Ich hoffe auch bei dieser Gelegenheit etwas zu lernen von Ihnen, Herr Howald, denn man rühmt allgemein Ihre gesellschaftlichen Talente und Ihre unwiderstehliche Eroberungskunst bei den Damen."

(Fortsetzung folgt.)

unterscheiden, daß sie Geld haben und er keines; was Wunder, daß er denkt: „Die Sache läßt sich ändern.“ Aber auch hierbei sehen wir, daß die Arbeiter trotz ihrer Unbotmäßigkeit nicht eigentlich der „schuldige Theil“ sind, sondern ihre liberalen Erzieher, deren Hetze gegen Autorität, Aristokratie und Rang zu dieser alles beherrschenden Uebermacht des Kapitalismus und Mammonismus, dieses wahrhaften „Kolosses auf thönernen Füßen“ geführt haben. Dieser moderne Mammonismus trägt das Zeichen des göttlichen Gerichts an der Stirn, durch die Herzlosigkeit und Brutalität seines Ausbeutungssystems ist er zum Untergange reif. Soll die Sozialdemokratie diesen entscheidenden Schlag führen und damit den Sieg erringen? Wir meinen, es bleibt nur die Alternative, daß die Sozialdemokratie den großen Schritt vorwärts gehe — oder wir einige Schritte rückwärts thun. Wer zieht das letztere nicht vor? Zwar ist es heute schon sehr schlimm, aber noch nicht so schlimm, daß bereits „aller Tage Abend“ ist.“

Einige Schritte rückwärts, mit keckem Sprung um etliche Jahrhunderte zurück! Ist der „Kreuz-Zeitung“ ihr geschichtliches Wissen verloren gegangen? „Caliban“ schlug die Junker ohne Gnade todt, ließ den rothen Hahn fliegen, jagte kaiserliche Schwiegersöhne in die Spieße, so einige weltgeschichtliche Jahrhundert-Schritte zurück. Die Vertreter des Großgrundbesitzes, die Alliirten des mobilen Kapitals, haben keine Ursache, ihr Thun, ihr Ziel, ihr Loos von dem der Großhändler, Jobber, Großindustriellen, Bankkönige zu scheiden. Sie ziehen alle an einem Strang, und Caliban hat mit ihnen Allen ohne Unterschied zu rechnen und abzurechnen. Der Sturm, das Drama der Zukunft, wird den Ariel Kapitalismus verwehen wie ein welkes Blatt, diesen Ariel, der die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die soziale und politische Unfreiheit, den Hunger der Massen, den wahnwitzigen Luxus der Besitzenden zum Zwangsgesetze des gesellschaftlichen Lebens gemacht hat. Und Caliban, das geknechtete, nach Freiheit ringende Volk, Caliban, der Träger der Kultur und des Fortschritts, der Erbe der Vergangenheit, der Bürge für eine bessere Zukunft, wird die Repräsentanten veralteter, verrotteter, gemeinschädlicher Einrichtungen nicht rauher anfassen, als sie es verdienen. Nicht wahr, Frau Hurtig aus der Königgrätzerstraße, uradlige Gelegenheitsmacherin des Säbelregiments? —

**Ein Zugeständniß.** Anläßlich einer Erörterung über die Nothlage des Bauernthums schreibt ein Leser der hochschutzzöllnerischen „Leipziger Zeitung,“ des amtlichen Organs der sächsischen Regierung: „Wer kann also heute Jemand zumuthen, daß er sich auf dem Lande umsonst halb zu Tode plagt? Ganz dasselbe ist es mit den landwirthschaftlichen Arbeitern, sie verdienen in der Stadt in 2 Tagen mehr als auf dem Lande die ganze Woche, haben nebenbei noch ein angenehmes Leben.“ Aber die „Leipziger Zeitung,“ das getreue Mundstück der Agrarier, schilt über die aufsässigen, unzufriedenen Landproletarier, welche dem Joche der Grundbesitzer sich entziehen und in die Städte wandern. —

**Aus der Ferienkolonie.** In Stuttgart fand am 14. März eine Gerichtsverhandlung statt, die einen drastischen Beleg zu den bekannten Erlassen geliefert hat. Der Ersatzreservist Karl Schmidt, Sohn des Bauern Christian Schmidt von Schützingen, der im 8. Infanterie-Regiment in Ludwigsburg seiner Militärpflicht genügte, ist infolge der von dem Unteroffizier Siegle an ihm verübten Mißhandlungen wahnsinnig geworden und befindet sich seit dem 9. Oktober vorigen Jahres in der Irrenanstalt Pfullingen. Dem Schmidt ist eine lebenslängliche Pension von 684 M. ausgesetzt worden und sein Vater klagt nun die Kranken- und Verpflegungskosten im Betrage von 510 M. vom Unteroffizier Siegle ein. Dieser war wegen seiner an Schmidt verübten Schändlichkeiten zunächst vom Militärgericht mit 5 Wochen Arrest bestraft worden; das Urtheil wurde vom Kriegsministerium als zu milde umgestoßen und er zu weiteren 12 Wochen und zur Degradation verurtheilt. In der erwähnten Verhandlung wurde das Sündenregister des Herrn Siegle entrollt: Gemeine Schimpfworte, rohe Drohungen, Schläge, Fußtritte u. s. w. waren es, mit denen er die Angehörigen seiner Korporalschaft regalirte und den Schmidt, auf den er es besonders abgesehen hatte und der zwar kein besonders guter Soldat, aber in seinem zivilen Berufe ein tüchtiger und ordentlicher Mensch war, in Verzweiflung und geistige Umnachtung trieb. Sein Zustand ist unheilbar. Die Verhandlung wurde behufs Vernehmung weiterer Zeugen auf den 8. April verschoben. —

**Zum Kapitel der Majestätsbeleidigungen.** Die „Züricher Post“ versieht die auch von uns besprochene Nachricht der „Allgemeinen Zeitung“, daß „an höchster Stelle“ die Verfolgung von Majestätsbeleidigungen nicht gebilligt werde, mit folgender Randbemerkung:

„Weit besser wäre, der Kaiser würde sich hierüber in einer Tischrede äußern; ein Tadel aus seinem Munde dürfte offenbar sehr bestimmend auf den Kurs der Staatsanwälte einwirken; die Herren hören ausgezeichnet, wenn oben gesprochen wird. An die Notiz der „Allgem. Ztg.“ aber kehren sie sich sicher nicht, wissen sie ja doch, daß Uebereifer in der Regel doch eher Belohnung als Strafe einträgt.“ —

**Kindsköpfe.** Obwohl der Sieg unseres Genossen Hofmann bereits gestern unbestritten feststand, treibt noch heute Abend die bürgerliche Presse vom „Reichs-Anzeiger“ bis zur „National-Zeitung“ und bis zu den kleinen Wadenbeißern des Deutschfreisinns da ergötzlichste Versteckspiel. Sie sträuben sich gegen die offene Beichte, so lange es angeht, melden das zahlenmäßige Wahlergebniß, schweigen aber mit peinlicher Sorgfalt darüber, daß die Sozialdemokratie im 22. sächsischen Wahlkreise einen glänzenden Erfolg zu verzeichnen hat. Der Vogel Strauß ist das Modell für diese Kindereien. —

**Wozu der preußische Landtag Geld hat und wozu nicht.** Er hat Geld für Kirchenbauten, er hat kein Geld für wissenschaftliche Zwecke. Er giebt zehn Millionen für den Berliner Dom, aber 750 000 Mark sind nicht zu beschaffen zu einem zeitgemäßen großen Fernrohr (Refraktor) für das astrophysikalische Observatorium in Potsdam, diese bedeutende wissenschaftliche Anstalt, welche dank ihren Leistungen Weltruf besitzt. Für Prachtbauten Millionen, keinen Pfennig für dringend nöthiges wissenschaftliches Handwerksgeräth! —

**Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.** Dem Vernehmen nach sollen die Sonntagsruhe-Bestimmungen für das Handelsgewerbe endgiltig am 1. Juli 1892 in Kraft treten. Schon mit dem 1. April ds. Js. sollen diejenigen Vorschriften eingeführt werden, welche sich auf die zur Durchführung des betreffenden Gesetzesabschnittes erforderlichen Maßnahmen beziehen. Nach diesem Zeitpunkte werden dann die Gemeinden oder weiteren Kommunalverbände die im § 105 b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnungs-Novelle vorgesehenen statutarischen Anordnungen über die Einschränkung oder Untersagung der sonst zugelassenen fünfstündigen Sonntagsarbeit erlassen können. —

**Der Dombau.** Gestern hat das preußische Abgeordnetenhaus in einer Nachtsitzung glücklich die zehn Millionen Mark bewilligt. Nur die Deutschfreisinnigen sahen sich genöthigt, dagegen zu stimmen; Herr Eugen Richter betonte fromm und brav in seiner Rede, für das viele Geld könne man zwölf Predigtkirchen bauen. Nationalliberale, Konservative und Zentrum stimmten für die Forderung. Die Führer der Katholiken erklärten, daß sie aus „Pietät“ für das Königshaus die Millionen für den protestantischen Kirchenbau votirten. Die Herren sind aber von ihren Wühlern nicht nach Berlin geschickt worden, um auf Kosten der Steuerzahler ihr gefühlvolles Herz zu zeigen. Die Junker und Schlotbarone hätten ihre Pietät ja beweisen können, indem sie aus ihrer eigenen Tasche die Mittel für den Bau hergaben. Im Lande herrscht Noth, die Arbeitslosigkeit liegt wie ein Alp auf dem werkthätigen Volke, in Schlesien herrscht der Hungertyphus, und der Landtag bewilligt vorläufig — das dicke Ende kommt nach — 10 Millionen für einen Prunkbau, um dem Monarchen zu gefallen. Merkt's Euch, Wähler! — —

**Zweierlei Sittlichkeit.** Die frommen und konservativen Herren haben im Reichstage dafür gestimmt, daß Arbeitern, welche sich eine Krankheit durch geschlechtliche Ausschweifungen zugezogen haben, kein Krankengeld gewährt werde. König Stumm erblickte eine ungerechte Schädigung der anderen Arbeiter darin, daß auf ihre Kosten solchen Kranken noch Krankengeld gewährt werden sollte, und überdies würde dieses auf das sittliche Bewußtsein der Arbeiter nachtheilig wirken. O dieser hochmoralische Herr v. Stumm! Nur die Moral der Arbeiter liegt ihm am Herzen. Offiziere, die sich durch geschlechtliche Ausschweifungen Krankheiten zuziehen, beziehen während derselben ihr volles Gehalt aus den Taschen der Steuerzahler. Darin sieht Herr v. Stumm keine Ungerechtigkeit gegen diese, noch fürchtet er davon eine „Schädigung des sittlichen Bewußtseins“ bei den Offizieren. —

**Deutsches Bauern-Elend.** Einer unserer Parteigenossen stellt uns einen Brief einer ihm naheverwandten Bauernfamilie aus dem Amt Rastatt in Baden zur Verfügung, aus dem hervorgeht, in welcher Lage sich der kleine Bauer befindet, für den nach Angabe unserer Agrarier die Getreide- und Fleischzölle eingeführt wurden. Unser Gewährsmann bemerkt, daß die betreffende Bauernfamilie in normalen Zeiten ihren Bedarf an Feldfrüchten selbst baue und vom Ackerbau lebe. In dem Briefe heißt es:

Wir sind genöthigt, Euch mit einer Bitte zu kommen, die Ihr uns wenn irgend möglich erfüllen werdet. Unser Fruchtvorrath ist ausgegangen und deshalb sind wir genöthigt, das Mehl, das bei uns so theuer ist, kaufen zu müssen, wozu wir aber kein Geld haben, weil der Vater bei dem kalten Winter nichts verdienen kann. Ihr könnt Euch deshalb denken, wie hart es ist für uns, das Brot anzuschaffen.“

Die Schreiberin bittet alsdann den Adressaten um ein Gelddarlehn, indem sie weiter bemerkt, daß sie schon seit vierzehn Tagen kein Brot mehr hätten. Das Geld verspricht sie zum Herbst nach der Ernte zurückgeben oder auch Kartoffeln dafür senden zu wollen.

In der Lage dieser badischen Bauernfamilie befinden sich heute Millionen kleiner Bauern im Deutschen Reich, aber die Getreidezölle bleiben bestehen, nicht den vielen kleinen, sondern den wenigen großen Bauern und Grundherren zu Liebe, die nahezu allein den Vortheil davon haben. —

**Dynamit und kein Ende.** Die Entdeckungen von Dynamit-Patronen und Dynamit-Verschwörungen in Frankreich und sonstigen Ländern folgen einander mit einer Regelmäßigkeit, welche gar zu lebhaft an die Aera Pourbaix in den belgischen Kohlenbecken erinnert und jeden Zweifel an dem Vorhandensein eines Plans ausschließt.

Auch das haben die jetzigen Dynamit-Funde und Dynamit-Streiche mit den Pourbaix'schen gemein, daß entweder die Entdeckung erfolgt, ehe Schaden angerichtet ist, oder, in Anbetracht der furchtbaren Sprengkraft nur vergleichsweise geringer Schaden angerichtet wird, und, bis jetzt wenigstens, kein Menschenleben verloren gegangen ist. Das ist ein für die Beurtheilung sehr wichtiges Moment. Wenn wir nach den Urhebern dieser Dynamit-Attentate forschen, so bewegen sich unsere Vermuthungen in zwei Richtungen. Entweder haben wir es mit wahnsinnigen Verbrechern zu thun, gleichviel wie sie sich nennen, oder mit Kollegen und Nachahmern des biederen Pourbaix, Tollhäusler oder Lockspitzel — ein Drittes giebt's nicht. — Rede man nicht von „revolutionärem Fanatismus“. Der verbissenste Fanatiker, der auch nur im theilweisen Besitz seiner fünf Sinne ist, muß sich sagen, daß durch solche Attentate die Sache der Revolution nicht gefördert, sondern nur in Verruf gebracht werden kann — auch bei den Volksmassen. Es bleiben also nur die Lockspitzel und Wahnsinnige.

Ein Wahnsinniger berechnet aber die Folgen nicht; und wenn er einmal zu Dynamit greift, würde er dies nicht unter Bedingungen thun, welche geeignet sind, die Wirkungen einzuschränken. Er würde im Gegentheil, wie das in der Natur solcher Irren liegt — und jeder Irrenarzt wird uns das bestätigen — nach möglichster Zerstörung — auch von Menschenleben — trachten. Die Annahme, daß die Thäter Wahnsinnige seien, scheint hiernach ausgeschlossen.

Bleiben die Lockspitzel; und die Annahme, daß derartige „Gentlemen“ ihre Hand im Spiel haben, wird gerade durch den eben besprochenen Umstand — die relative Harmlosigkeit der bisherigen Dynamit-Attentate — wesentlich gefestigt. Der Polizei-Agent, welcher Dynamit-Attentate macht oder zu solchen auffordert, fühlt sich doch immer noch als Agent der öffentlichen Ordnung und er hat zu viel Manneszucht, als daß er seine staatsretterische Thätigkeit nicht in einer die öffentliche Ordnung möglichst wenig störenden Weise auszuüben versuchte. Attentate müssen sein — im Interesse der Staats- und Gesellschaftsrettung — allein es sollen dabei wo möglich keine Menschenleben geopfert werden — das war der famose Moralkodex des Pourbaix; und seine französischen und sonstigen Kollegen werden wohl ähnlich denken. —

**Wieder eine!** Aus Lüttich fliegt eine neue Spitzel-Ente auf. In der Nacht vom 16. zum 17. März sei am Eingange des Hauses, in welchem der mit der Dynamitaffäre von Ougrée beschäftigte Präsident des Assisenhofes wohnt, eine Dynamitpatrone niedergelegt, aber noch ehe sie explodirte, entdeckt und beseitigt worden. Wer hat diese Patrone niedergelegt? Antwort, ihr Patrone der Lockspitzel! —

**Soldatenmißhandlungen in Oesterreich.** Das Kriegsgericht des fünften österreichischen Korps verurtheilte zwei Lieutenants der neunten Batterie wegen Mißhandlung ihrer Untergebenen zum Verluste der Charge und Arreststrafe. Einen Mann von derselben Batterie, welcher sich dem ihn auf Befehl des Offiziers mißhandelnden Korporal mit der Waffe widersetzte und ihn schwer verletzte, verurtheilte das Kriegsgericht zum Tode; derselbe dürfte jedoch begnadigt werden. Der bis zur Verzweiflung gequälte arme Teufel von gemeinem Soldaten wird zum Tode verurtheilt, weil das jenseits der schwarzgelben Grenzpfähle so gut wie bei uns mit Blut geschriebene Militär-Strafgesetzbuch die Nothwehr eines Unterdrückten so furchtbar ahndet. Die frechen, brutalen Lieutenants kommen in Arrest und verlieren ihre Charge, Buben, welche die Menschenquälerei als Sport betreiben und die Korporäle auf die Soldaten, wie ihre Hatzrüden auf ein Stück Wild hetzen. Gut, der zum Tode Verurtheilte mag begnadigt werden. Aber welcher Widersinn der Zustände offenbart sich in den oben registrirten Angaben! —

**Das „Recht auf Arbeit“ in der Schweiz.** Die Urabstimmung innerhalb der schweizerischen sozialdemokratischen Partei bezüglich des Rechts auf Arbeit ergab rund ein Plus von 400 Stimmen zu Gunsten der Annahme. Zusammen stimmten etwa 1200 Mitglieder. Das Parteikomitee ist nun verpflichtet, zu geeigneter Zeit zur Verwirklichung des Postulates die Volksinitiative anzurufen. Wir halten diesen Beschluß für durchaus verkehrt und der ganzen wissenschaftlichen Anschauung des modernen Sozialismus für zuwiderlaufend. Mit solchen kleinbürgerlichen Utopien ist gar nichts erreicht. Die sozialistische Gesellschaft bedarf dieses „Rechts“ nicht, die bürgerliche Gesellschaft verwirklicht es nicht, oder doch, sie verwirklicht es, indem sie die Arbeiterklasse exploitirt. Nicht das Recht auf Arbeit, diese von Bismarck vollends auf den Hund gebrachte Phrase, das Recht auf Muße ist es, das wir begehren. —

**Der englische Kohlenarbeiterstreik.** Ein Telegramm vom heutigen Tage meldet, daß die Konferenz des Bergarbeiter-Verbandes, nachdem sie gestern noch zu keinem Resultat gekommen, die Wiederaufnahme der Arbeit für nächsten Montag beschlossen habe, da der Zweck der Arbeitseinstellung erreicht sei. —

**Indisches.** Im Unterhause brachte letzter Tage Mac Neill die indische Hungersnoth zur Sprache. 94 000 Personen seien in Indien Hungers gestorben. Der Unterstaatssekretär für Indien, Curzon, erklärte, daß die indische Regierung ihr „Bestes“ gethan habe. Der Gouverneur von Madras habe persönlich dreimal die nothleidenden Distrikte besucht. In der ersten Woche des laufenden Monats seien 70 141 Personen in Indien an Nothbauten beschäftigt gewesen. 4780 hätten anderweitige Unterstützung bekommen. Die Hungersnoth werde den indischen Staatsschatz an entfallenden Einnahmen und direkten Ausgaben 100 Lakhs Rupien kosten. Auf Vorschlag Balfours ging das Haus über den Antrag Mac Neill's zur Tagesordnung über. Die Briten im holden Verein mit den eingeborenen Unterdrückern saugen das herrliche Hindustan aus, plündern das Landvolk, das unter dem Steuerdruck fast vergeht, bereichern sich auf alle Weise und exploitiren in Betrieben, welche kein Fabrikgesetz schützt, Zehntausende armer Weber und Spinner. —

---

# Soziale Uebersicht.

**An die Zimmerer Berlins und Umgegend!**

Kameraden! In Anbetracht der jetzt so großen Arbeitslosigkeit in unserem Gewerbe und der damit verbundenen Lohndrückerei halten wir es für unsere Pflicht, Euch nochmals darauf aufmerksam zu machen, daß sehr viel der unter den Kameraden herrschende Indifferentismus dazu beigetragen hat, Eure Lage zu verschlechtern. Für jeden Arbeiter aber ist es Pflicht, die Ursachen, welche diese schlechten Zustände herbeiführen, möglichst zu beseitigen. Dies ist nur zu erreichen, wenn ein Jeder an den Versammlungen Theil nimmt, welche Gelegenheit bieten, über die Euch so nahe angehenden Fragen zu berathen und somit ein gleiches Handeln unter sämmtlichen Kameraden herbeizuführen. Einem Jeden von Euch muß es klar sein, daß unter den jetzt herrschenden Verhältnissen der Einzelne machtlos der Willkür der Unternehmer preisgegeben ist; fast jeder wird am eigenen Ich erfahren haben, wie sein gutes Recht so vielfach mit Füßen getreten wird und er Alles über sich ergehen lassen muß, wenn er nicht der Existenz verlustig gehen will. Darum, Kameraden, rafft Euch auf und tretet Alle für die Arbeitersache mit Energie ein und Ihr werdet erfahren, daß eine große geschlossene Masse auch in der schwersten Zeit noch im Stande ist, der Willkür einen Damm zu setzen. Kein denkender Kamerad wird sich der Ansicht verschließen, daß in Berlin Alles daran gesetzt werden muß, um eine Einigung unter den Zimmerern herbeizuführen; dazu ist aber nöthig, daß alle Kameraden ihre Sache mit Interesse verfolgen und nicht wie bisher, von den Versammlungen fernbleiben. Der Gewerkschaftskongreß, der zur Zeit in Halberstadt tagt, muß für Jeden von hohem Interesse sein. Erscheine deshalb jeder Zimmerer in der am Sonntag, den 20. März, Vormittags 10 Uhr, bei Mundt, Köpnickerstr. 100, stattfindenden öffentlichen Versammlung, wo von den in der öffentlichen Versammlung am 28. Februar gewählten Delegirten Bericht über den Gewerkschaftskongreß erstattet werden wird. Mit kameradschaftlichem Gruß

Die Lohnkommission.
J. A.: E. Obst, Blumenthalstr. 8, Hof 3 Tr.

**Zum Nothstand.** Im Dorfe Schönefeld bei Leipzig waren am 12. März 124 Personen arbeitslos; davon 77 Verheirathete. Von den Verheiratheten haben 51 insgesammt 136 Kinder zu ernähren, davon 7 Familienväter je 4, 4 je 6, einer 7 und einer sogar 9 Kinder! — Trotzdem kommen natürlich hungernde Arbeiterfamilien nur in Romanen vor.

**Aus Holland.** Die Arbeitslosigkeit ist unter den Torfgräbern in der Provinz Friesland während der letzten Wochen so gestiegen, daß die Armenvögte nicht länger im Stande sind, den stets sich mehrenden Anfragen um Unterstützung Seitens der nothleidenden Arbeiter zu entsprechen. Im ganzen Lande werden jetzt zur Milderung des Elends Sammlungen vorgenommen, welche bereits mehrere tausend Gulden ergeben haben. Wiewohl die Arbeitslosen in mehreren Dörfern in großer Anzahl vor den Wohnungen der Armenvögte demonstrirten, wurde die Ruhe doch überall von den Gendarmen aufrecht erhalten. Auch in Amsterdam sind viele Arbeiter beschäftigungslos. Ein Beweis dafür ist, daß sich während der letzten Tage bei dem Stadtkommandanten durchschnittlich täglich 16 junge Leute von 18—20 Jahren als Soldaten für die ostindische Armee einschreiben ließen.

## Theater.

Freitag, den 18. März.

**Opernhaus.** Cavalleria rusticana. (Bauern-Ehre.) Der Dorfbarbier.
**Schauspielhaus.** Der neue Herr.
**Deutsches Theater.** Gyges und Ring.
**Lessing-Theater.** Paragraph 330. Fünf Dichter.
**Berliner Theater.** Der Veilchenfresser.
**Residenz-Theater.** Riquette (Ma Cousine).
**Wallner-Theater.** Sein bester Freund.
**Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.** Das Sonntagskind.
**Thomas-Theater.** Die Hochzeit des Reservisten.
**Bellealliance-Theater.** Onkel Bräsig.
**Ostend-Theater.** Liane die zweite Frau.
**Adolph Ernst-Theater.** Der Tanzteufel.
**Feenpalast.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Gebrüder Richter's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Winter-Garten.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Konkordia-Palast-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Passage-Panopticum.**
**Frauengestalten**
in 7 lebend. Bildern
dargestellt von
**Berliner Modellen.**
Ohne Extra-Entrée.

**Castan's Panopticum**
Friedrichstr. 165a, Ecke Behrenstr.
**Interessanteste Völkerschaft Inner-Afrikas:**
# Schuli
b. Emin Pascha-Reich.
**30 Personen, Männer, Frauen, Kinder.**
Vorstellungen: 11, 12 u. 1 Uhr Vormittags, — 4, 5, 6, 7, 8 und 9 Uhr Nachmittags.
Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.
Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr Ab.

**Gratweil'sche Bierhallen**
Kommandantenstrasse 77—79.
Heute, sowie täglich:
**Gr. Freikonzert.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 20 Pf. Entree. Anfang 6 Uhr.
Empfehle meinen berühmten **Mittagstisch à la Duval. Diner à 1 Mark.** 3 Kegelbahnen, 6 Billards, 2 Säle. 1169L
Sowie täglich:
**Gr. Bock-Ausschank**
aus der Berliner Bock-Brauerei.

**Achtung! Johannisthal!**
Allen Freunden und Genossen zur Nachricht, daß am Sonntag, den 20. d. M. ein **Wurstessen** stattfindet.
1906b **A. Senftleben.**

**Seeschlößchen Reinickendorf.**
Eröffnung: 2129 2
**Sonntag, den 20. März.**
**Gr. Ball** im Parquettsaal.
Es ladet ergebenst ein **Böttcher.**

**Heute frische Blut- und Leberwurst,** in bekannter Güte, empfiehlt
Hermann Liewald,
1907b Manteuffelstr. 46.
Schrägüber dem Pferdebahn-Depot.

**Fertige Betten,** großer Stand, Oberbett, Unterbett, 2 Kopfkissen, mit gereinigten neuen Federn, **12 Mk. Fertige Inlets,** Bettwäsche, Matratzen, alle Arten Stepp-, Schlaf- und Bettdecken, Polsterbettstellen empfiehlt billigst das als streng reell bekannte, 1870 begründete Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Verkaufe billig nußb. Spiegel und Vertiko, 3 mahag. Spinden rc. Besicht. 12—1 und 7—8 Uhr. **Friedländer,** Chausseestr. 51, Qu. I. 1911b

Eine solide, rentable Fabrik, Bahn- und Poststation, schönste Lage Thüringens, mit vollständig neuen Maschinen-Einrichtungen, starker aushaltender Wasserkraft, sucht einen **Theilhaber.** Einlage 30 000 Mark oder mehr. Kapital kann sichergestellt werden. Zu erfragen unter **Ch. M. B.** in der Exp. d. Bl.

Kanarienhähne 4,50, Weibchen 1, 1,75 u. 2 M. Stralauerpl. 21, Thierhandlg.

**Dr. Hoesch,** homöopath. Arzt, Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

## Circus Renz.
**Karlstraße.**

Freitag, den 18. März 1892, Abends 7½ Uhr: **Große Komiker-Vorstellung.** Auftreten der Klowns **C. Godlewsky, 3 Gebrüder Briatore, Paul und William, Gebrüder Dianta und Warne, Gebr. Kronemann, Herrmann, Misco etc.** in ihren höchst komischen Entrees und Intermezzos. Ferner **Galgenstrick,** geritten von der beliebten Schulreiterin Fräul. **Clotilde Hager. Emir** (Apporteur), dressirt und vorgeführt von Herrn **Franz Renz. Horaz** und **Mercur,** zusammen vorgef. von Herrn **Ernst Renz** (Enkel). **Emperor,** geritten von dem Schulreiter Herrn **Gaberel. Auftreten einer Wiener Damenkapelle. Mlle. Theresina** auf dem 20 Fuß hohen Drahtseil. **Miss Edith,** Jockeyreiterin. **Mlle. Natalie,** Parforcereiterin. **Mr. Franks,** Grotesquereiter rc.

Außerdem: Auftr. der **Gebr. Rasso.** Zum 1. Male in Berlin. ☞ 1. Heben eines Orchesters von 12 Mann. ☞ 2. Trägt **Ferdinand Rasso** ein **Klavier sammt Pianist, Flötist u. Violinist, welche schwebend eine Konzertpièce vortragen.**

Zum Schluß: **„Auf Helgoland",** oder: **Ebbe und Fluth.** Große hydrologische Ausstattungs-Pantomime in 2 Abtheilungen vom Direktor **E. Renz.** National-Tänze (65 Damen) rc. Einlage: **Tscherkessen etc.** Dampfschiff- und Bootfahrten, neue überraschende Licht- und Feuereffekte. **80 Fuss hohe Riesenfontaine.**

Täglich **„Auf Helgoland."**

Sonnabend **Equestrische Gala-Vorstellung** zum Benefiz für Herrn **Franz Renz.** Sonntag: **Zwei Vorstellungen.** Nachm. 4 Uhr (1 Kind frei) **„Die Touristen".** Abends 7½ Uhr **„Auf Helgoland".**

**E. Renz,** Direktor.

**Donnerstag, den 24. März:**
**Abschieds-Vorstellung.**
## Circus G. Schumann.
**Friedrich-Karl-Ufer, Ecke Karlstr.**
Heute Abend 7½ Uhr: **Große Brillant-Vorstellung** mit vorzüglich gewähltem, aus den besten Repertoir-Nummern bestehendem Programm.
Auftreten des berühmten anerkannt besten Schulreiters der Gegenwart
**Mr. James Fillis,**
das Schulpferd **„Markir"** reitend.
**Zum 3. Male. Neu für Berlin!**
**Der Krieg im Zululande,**
oder:
**Die Vertheidigung des Königs Cetewayo gegen die Engländer.**
**Große historische Kriegs-Pantomime,** arrangirt vom Direktor **G. Schumann, ausgeführt von 250 Personen.**
Morgen, große Gala-Sport-Vorstellung. Auftreten des Mr. James Fillis. Zum 4. Male: Der Krieg im Zululande. Große historische Kriegs-Pantomime.
Sonntag, den 20. März, Zwei gr. Vorstellungen. Nachmittags 3½ Uhr (1 Kind frei) und Abends 7½ Uhr. Zum 5. Male: Der Krieg im Zululande. Auftr. des Mr. James Fillis mit seinem Schulpferde „Markir."

**B. Nieft's**
Weberstr. 17. **Fest-Säle,** Weberstr. 17., sind noch einen Sonnabend im April frei und Sonntag d. 10. (Palmsonntag).

**Grosse Betten 12 Mk.**
(Oberbett, Unterbett, zwei Kissen)
**mit gereinigten neuen Federn** bei **Gustav Lustig,** Berlin, Prinzenstraße 43. Preiskourante gratis und franko. ☞ **Viele Anerkennungsschreiben.** 2053L

Achtung! **Former** im Norden Berlins!
**Oeffentliche Versammlung**
**am Montag, den 21. März, Abends 8 Uhr, bei Schröder, Müllerstrasse 178 (Weddingpark).**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Kollegen, welche Marken mit mir abzurechnen haben, bitte ich, pünktlich dort zu sein. Former im Norden, seid in dieser Versammlung alle zur Stelle!
154/15 **Der Einberufer: W. Paetzel.**

Große öffentliche
**Versammlung für Männer u. Frauen**
**Freitag, den 18. März, Abends 8½ Uhr, im Restaurant Otto Klein, Schönleinstraße 6.**
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag über die Bedeutung des 18. März.** Ref.: Genosse **Antrick.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 433/19
Nach der Versammlung findet vom Lese- und Diskutirklub **„Vereinte Kraft"** ein gemüthliches Beisammensein statt. **Der Vorstand.**

**Achtung, Sattler!**
**Oeffentliche Mitglieder-Versammlung der Orts-Krankenkasse der Sattler zu Berlin**
**Sonnabend, den 19. März, Abends 8½ Uhr,**
in den **„Arminhallen",** Kommandantenstraße Nr. 20.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission über Einführung freier Wahl der Aerzte event. Beschlußfassung über hierzu gestellte Anträge. 2. Diskussion.
Zur Deckung der Unkosten findet Tellersammlung statt.
1897 J. A.: **E. Tannhausen,** Blücherstr. 55.

**Fachv. der Marmor- u. Granitarbeiter.**
**Sonntag, den 20. März, Vormittags 10½ Uhr:**
**Mitglieder-Versammlung**
in **Deigmüller's Lokal,** Alte Jakobstraße 48a.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1905b
Die Mitglieder werden ersucht, die statistischen Fragebogen auszufüllen und abzuliefern. **Der Vorstand.**

**Grosse öffentliche Generalversammlung der Maurer**
**Berlins und Umgegend**
**am Sonntag, den 20. März, Vormittags 10 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee Nr. 11—13.**
Tagesordnung: 1. Abrechnung der Vertrauensmänner über die Verwaltung des Generalfonds der Maurer Berlins und Umgegend vom 12. März 1891 bis 1. März 1892. 2. Diskussion. 3. Neuwahl der Vertrauensmänner und Revisoren. 4. Berichterstattung vom Halberstädter Gewerkschafts-Kongreß. 381/18
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Zu zahlreichem Besuch dieser **äußerst wichtigen Versammlung** laden ein
**Die Vertrauensmänner der Berliner Maurer.**
J. A.: **W. Harnisch,** Wollinerstr. 5.

**Friedrichshagen!**
Oeffentliche Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, Sonnabend, den 19. März, Abds. 8½ Uhr, bei Peynick, Friedrichstraße. Tagesordnung: Wahl eines 1. Schriftführers. Vortrag. Die Bedeutung des 1. Mai, Referent: Gen. Th. Metzner. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. Verschiedenes. Fragekasten. 1918b Der Vorstand.

**Brauer-Verein der Provinz Brandenburg.**
Freitag, den 18. März, Abends 8 Uhr, findet bei Feuerstein, Alte Jakobstr. 75, die Monatsversammlung statt. Tagesordnung: 1. Vortrag über Gewerkschafts-Organisation im Allgemeinen (Referent Kollege Wagenfuhr). 2. Innere Vereins-Angelegenheiten. 3. Vergnügungsangelegenheiten. 4. Diskussion. 5. Verschiedenes.
1912b Der Vorstand.

**Freireligiöse Gemeinde.**
**Sonntag** Vormittag 10¼ Uhr, Rosenthalerstraße 38, Vortrag des Herrn **E. Vogtherr** über: „Ulrich von Hutten". Gäste sehr willkommen.
Am Sonntag, den 27. März, Vormittags 10 Uhr, findet die Feier der Jugendaufnahme in den Festräumen des Konzerthauses, Leipzigerstraße 48, statt. 88/15

**Nachweisl. gutgehend. Brauerei-Ausschank.** Gegend: Ekartsberg, Fabr., neuer Viehhof. Passend für junge Anfänger. Wirthschaftssachen können übernommen werden, besonderer Umstände halber sofort. Adr. erd. Expedition d. Zeitung. 1890b

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 1. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
**Freitag, den 18. März, Abends 8½ Uhr, in den „Armin-Hallen", Kommandanten-Straße Nr. 20:**
**Grosse Versammlung.**
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 18. März. Referent: Genosse **Th. Glocke.** 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
Die Zahlstellen des Wahlvereins sind folgende: P. Salzwedel, Klosterstraße 83; Wernau, Rosenstr. 30; Mecklenburg, Oberwasserstr. 12.
450/6 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**
**Freitag, den 18. März, Abends 8½ Uhr,**
in **Kähler's Salon,** Möckernstr. 117, Ecke Teltowerstraße.
Tages-Ordnung:
1. Die Bedeutung des 18. März. Referent: Stadtv. **Fritz Zubeil.**
2. Diskussion. 3. Verschiedenes und Fragen.
450/5 **Der Vorstand.**

**Achtung! Große Achtung!**
**sozialdemokratische Volksversammlung**
**für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis (Osten) am Freitag, den 18. März, Abends 8 Uhr,**
im **Böhmischen Brauhause,** Landsberger Allee 11—13.
Tages-Ordnung:
1. **Vortrag des Herrn Dr. Bruno Schönlank über die Bedeutung des Tages.** 2. **Diskussion.** 3. **Wahl eines Komitees zur Maifeier.**
Zur Deckung der Unkosten Tellersammlung. Alle Genossen und Genossinnen werden hiermit ersucht, in dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. 391/16 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! **Rixdorf.** Achtung!
**Grosse öffentliche**
**Versammlung für Männer u. Frauen**
**am Sonnabend, den 19. März,** Abends 8½ Uhr, im **Variété-Theater,** Hermannstraße 18. Tagesordnung: 1. Religion und Schule. Referent: **Waldeck Manasse.** 2. Diskussion. Nach der Versammlung geselliges Beisammensein mit Tanz. Alle Arbeiter und Arbeiterinnen müssen erscheinen. Die Versammlung ist mit Wissen des Vertrauensmannes einberufen.
421/9 **Der Einberufer.**

Achtung! **Schöneberg.** Achtung!
**Außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter**
**Schönebergs und Umgegend**
**Sonntag, d. 20. März,** Vorm. 11½ Uhr, im Lokal **Jacob,** Grunewaldstr. 110.
Tagesordnung: 1. Neuwahl des gesammten Vorstandes. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 121/9
Gäste haben Zutritt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht
**Der Vorstand.**

Achtung! **Charlottenburg.** Achtung!
**Heute, Freitag, den 18. März, Abends 8 Uhr:**
**Große öffentliche Versammlung**
**des Sozialdemokrat. Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg**
**im Saale „Bismarckshöhe", Wilmersdorferstr. 39.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kunkel** über die Bedeutung des Tages.
2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
421/8 **Der Vorstand.**

☞ **Zur rothen Cravatte.** ☜
**Invaliden-Straße Nr. 147, Ecke der Bergstraße.** [1167L
Billigste Bezugsquelle für **Sonnen- u. Regenschirme, Handschuhe, Cravatten, sämmtliche Herrenwäsche, Hosenträger etc.**

**Fachverein der Tischler.**
**Sonnabend, den 19. März,**
Abends 8½ Uhr: [412/5
**Vorstands-Sitzung**
bei **Feuerstein,** Alte Jakobstr. 75.

**KRONENGARN.**

**Alte Stiefel** für Herren, Damen und Kinder reell und billig
Stallschreiberstr. 6. 1916b

**Kalbskeule,** à Pfund 40—45 Pfg., **Kalbsviertel,** à „ 30—40 „ franko gegen Nachnahme vers. [1920b
**J. Besemer,** Kaukehmen, Ostpreußen.

## Arbeitsmarkt.

**Schneider!** Paletot- u. Jaquet-Arbeiter auf beste Stoffarbeit, unter Vorzeigung von Probearbeit verlangt. Neue Grünstr. 38 I. 1909b

Tüchtige **Fassaden-Putzer** finden dauernde Beschäftigung. Näheres Görlitzerstr. 61, im Restaurant. 2137 2

Ich suche für meine Stoff-Knopffabrik: 1. Geübte Durchschnittarbeiter (Drücker), 2. einen tüchtigen Ausschläger, 3. einen geübten Plattenschneider, bei dauernder und lohnender Beschäftigung. 1919b
**Louis Michaelis,** Elisabethstr. 24.

Drei Orgelbauer, einer auf Zinn, zwei auf Holz, für sofort nach außerhalb. Adr. in der Exped. d. Bl. unt. A. S. [1904b

Unserem Freund **Ernst Kuschke,** genannt der Schaukel-Wirth, zu seinem 42. Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß die ganze Schaukel wackelt.
**Die Schaukelbrüder.**
Ein guter Gold- und Silberbecher,
Ein Nülleken nicht zu kalt,
Dann leben ganz gemüthlich wir
Und werden dabei alt. 1910b

Unserem Freund und Genossen **Paul Schönberg** zu seinem heutigen Wiegenfeste ein dreimal donnerndes Hoch, daß der ganze Bau wackelt.
Giesbock merkste nischt? 1908b
**O. L. H. B.**

**Todes-Anzeige.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied **Ludwig Hopfensberger** am 16. d. M. an der Proletarierkrankheit verstorben ist. Die Beerdigung findet Sonntag, Nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des St. Michaelis-Kirchhofes (Britzer Chaussee) statt.
Um rege Betheiligung bittet [135/11]
**Der Vorstand des Zentralv. deutscher Böttcher.**

**Goldwaaren**
Größte Ausw. v. Geschenken zur
**Einsegnung.**
**C. Lübcke,** Oranienstr. 154 am Moritzplatz.

Ein Herr findet saubere Schlafstelle Lausitzerstr. 15, 1 Tr., bei Oertell.

Verantwortlicher Redakteur: August Enders in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen.

# 1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 66. Freitag, den 18. März 1892. 9. Jahrg.

## Parteigenossen! Arbeiter Berlins!

Am Mittwoch, den 23. März, haben die Wähler der 3. Abtheilung, also die Arbeiter, kleinen Handwerker und Beamten im 22. Stadtbezirk an die Wahlurne zu treten, um ihre Stimme für einen Vertreter im städtischen Parlament abzugeben. Die bisherige fortschrittliche Mehrheit im städtischen Verwaltungskörper hat in augenfälligster Weise gezeigt, daß sie für die Interessen unserer Wähler, des arbeitenden und dabei nothleidenden Volkes, kein Verständniß hat, daß ihre Klassenzugehörigkeit ihr einfach verbietet, dem etwa vorhandenen „guten Willen“ die That folgen zu lassen.

Es ist daher unsere unabweisbare Pflicht, wirkliche Vertreter der Arbeit, klassenbewußte Sozialdemokraten in die Gemeindeverwaltung zu entsenden. Jeder Parteigenosse agitire, wo sich Gelegenheit bietet: in Werkstätten, Verkehrslokalen, in Versammlungen und wo er sich sonst befinden mag. Es gilt, durch Wort und Schrift Säumige neu aufzurütteln, neue Kämpfer für die Reihen der Proletarierbewegung zu gewinnen. Es gilt, am 23. März einen neuen Markstein in der Klassenbewegung der Arbeiter aufzurichten!

Dies erreichen wir, wenn wir, fest geschlossen, dem Kandidaten der Sozialdemokratie,

**Kaufmann Robert Flatow, Wallner-Theaterstr. 18,**

zum Siege verhelfen.

Wir bitten Folgendes zu beachten:

Nach den gesetzlichen Bestimmungen ist in die Gemeinde-Wählerliste als stimmberechtigt jeder selbständige Preuße einzutragen, welcher das 24. Lebensjahr erreicht hat, wenn er seit einem Jahr Einwohner der Stadt ist, sich im Vollbesitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet, keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln empfangen und seine Gemeinde-Abgaben gezahlt hat, auch an Klassensteuer einen Jahresbetrag von 6 M. entrichtet oder doch zur 2. Klassensteuer-Stufe eingeschätzt worden ist.

Als selbständig wird Jeder betrachtet, welcher einen eigenen Hausstand hat, d. h. welcher über einen Wohnraum oder mehrere Wohnräume selbständig verfügt. Als unterstützt wird auch derjenige angesehen, welcher für sich oder seine Familienangehörigen Krankenpflege aus öffentlichen Mitteln durch Aufnahme in ein Krankenhaus empfangen und die dadurch entstandenen Kosten nicht zurückgezahlt hat.

Als Legitimation zur Ausübung des Wahlrechts genügt die seitens des Magistrats jedem Wähler zugestellte „Wahlkarte“. Im Nothfalle auch die letzte Steuerquittung.

Die Wählerlisten sind bis zum Wahltage einzusehen bei Spieckermann, Markusstr. 6.

Der Wahlbezirk umfaßt folgende Straßen:

Alexanderstr. 1—17, 19—52, 69—71. Blumenstr. 1—34, 51a—76, 83 u. 84. Holzmarktstr. 1—18, 52—55, 58—73. Kaiserstraße 1—48. Große Frankfurterstr. 69. Kleine Frankfurterstraße 1—9, 20—25. Grüner Weg 1—22, 102—125. Jsslandstraße 1—11. Markusstr. 1—21b, 24—47, 50—54. Wallner-Theaterstr. 1—45. Magazinstraße. Schillingstraße. An der Jannowitzbrücke. An der Michaelsbrücke, Westseite. Raupachstraße. Die Stadtbahn von Michaelisbrücke, Westseite bis zum nördlichen Ufer der Spree bei der Alexanderstraße. Kleine Markusstraße. Alexanderplatz, Ostseite der Straße längs der Stadtbahn. Krautstr. 1—12, 16 u. 16a, 47—52, 54a, 55a. Georgenkirchplatz 33 u. 34. Königsgraben 1 u. 20—22. Landsbergerstraße 60—67. Prenzlauerstr. 32—32a. Alte Schützenstraße 8—16. Kurzestr. 1—19.

Das Wahlkomitee.
J. A.: Eduard Friese.

## Parlamentsberichte.

### Deutscher Reichstag.

196. Sitzung vom 17. März, 12 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: von Koltenburg, Lohmann, von Woedtke.

Die dritte Berathung der Novelle zum Krankenkassen-Gesetz wird fortgesetzt.

Nach § 55a kann die höhere Verwaltungsbehörde auf Antrag von mindestens 30 betheiligten Versicherten nach Anhörung der Kasse und der Aufsichtsbehörde die Gewährung der Krankenkassen-Leistungen durch weitere als die von der Kasse bestimmten Aerzte, Apotheken und Krankenhäuser verfügen.

Abg. **von Stumm** will dieser Bestimmung hinzufügen: „Wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine den berechtigten Anforderungen der Versicherten entsprechende Gewährung jener Leistungen nicht gesichert ist.“

Abg. **von der Schulenburg**-Beetzendorf will folgenden Zusatz machen: „Die Hilfe von Nichtärzten ist nur dann von der Gemeinde-Krankenversicherung oder der Krankenkasse zu bezahlen, wenn diese Hilfe auf ärztliche Verordnung geleistet oder in dringenden Fällen angerufen ist.“

Die Abgg. **Hirsch** und **Gutfleisch** beantragen, folgenden Zusatz zu machen: „Durch Beschluß der Verwaltung der Gemeinde-Krankenversicherung und durch das Kassenstatut kann bestimmt werden, daß den Versicherten an Stelle der ärztlichen Behandlung der Ersatz der Aufwendungen, welche sie hierfür gemacht haben, in Höhe des Krankengeldes gewährt werde.“

Abg. **Leuschner** spricht sich gegen den von der Kommission zugefügten § 55a aus.

Abg. **von Stumm** empfiehlt seinen Antrag, welcher eine größere Klarheit in die Sache bringe.

Abg. **Hirsch** befürwortet seinen Vorschlag, der die freie Arztwahl begünstige, welche der Staatssekretär von Bötticher ja als das anzustrebende Ideal bezeichnet habe.

Abg. **v. d. Schulenburg** (dk.) hält es für nothwendig, zu bestimmen, daß nur Hilfe durch einen approbirten Arzt von den Krankenkassen bezahlt werden soll, es sei denn, daß der Arzt andere Hilfe ausdrücklich angeordnet hat. Die Hilfe des Heilgehilfen würde nicht ausgeschlossen sein, denn er ist der Gehilfe des Arztes. Wenn ein Arzt aber einen Naturheilkundigen zuzieht, so wird dessen Hilfe auch zu bezahlen sein.

Abg. **Meyer**-Berlin (dfr.) spricht sich für den Antrag des Abg. von der Schulenburg aus. Die Kassen sollen ärztliche Behandlung gewähren, aber es wird im ganzen Gesetz unterlassen, den Begriff der ärztlichen Behandlung zu definiren. Der Antrag wäre eigentlich überflüssig, weil aus § 29 der Gewerbe-Ordnung deutlich hervorgeht, was unter ärztlicher Behandlung zu verstehen ist. Aber dieser § 29 ist auch irrig ausgelegt worden, so daß eine Bestimmung in diesem Gesetz zweckmäßig sei. Die Gewerbe-Ordnung unterscheidet nicht zwischen approbirten und nichtapprobirten Aerzten, sondern hat nur die Strafbestimmungen beseitigt. Nach § 29 der Gewerbe-Ordnung sollen nur die approbirten Aerzte von Staat und Gemeinde mit amtlichen Funktionen betraut werden. Die Gemeinde-Krankenversicherung ist eine Veranstaltung der Gemeinde, die nur einen approbirten Arzt beschäftigen darf. Das Gesetz zwingt die Aerzte, einem gewissen Kreise von Personen billigere Hilfe zu gewähren als anderen Personen; das ist mit Gründen der Humanität befürwortet worden. Man darf doch nicht die Zahl der Personen, welche Kuren vornehmen können, vermehren dadurch, daß man nicht approbirte Aerzte zuläßt. Die deutschen Aerzte genießen eines berechtigten Rufes. Ich würde mich für verloren halten, wenn ich mich der Behandlung eines Nichtarztes unterwerfen sollte. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Halligen und die mit Aerzten nicht stark besetzten Gegenden Ostpreußens, welche der Staatssekretär von Bötticher angeführt hat, kann man nicht als Maßstab nehmen.

Abg. **von Wendt** (Z.) weist darauf hin, daß die große Mehrzahl der Petitionen für die Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes eingegangen ist; für die Uebertragung der ärztlichen Behandlung nur auf approbirte Aerzte seien nur die Aerzte selbst eingetreten. Jeder Privatmann ist in der Auswahl seines Arztes vollständig unbeschränkt und die Kassenmitglieder wollen das möglichst auch sein. Wenn diese Frage, ob auch andere als nichtapprobirte Aerzte die Behandlung übernehmen können, geregelt werden soll, dann muß sie bei der Gewerbe-Ordnung, nicht hier geregelt werden. Die Annahme des Antrages Schulenburg würde nur die Abneigung gegen das Krankenkassen-Gesetz verstärken.

Abg. **v. Münch** erklärt sich gegen den Antrag des Abg. von der Schulenburg.

Ministerialdirektor **Lohmann**: Daß die Vorlage eine Schädigung des ärztlichen Standes ist, kann ich nicht anerkennen; im Gegentheil, es werden viele Personen, die sonst niemals daran denken würden, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen, der ärztlichen Behandlung unterworfen und dadurch die Thätigkeit der Aerzte erweitert. Die Gewerbe-Ordnung kennt eine Heilkunde auch von nichtapprobirten Personen im § 54, wonach die Ausübung der Heilkunde im Umherziehen den nichtapprobirten Personen verboten ist. Redner erklärt sich gegen den Antrag von der Schulenburg aus den Gründen, welche der Staatssekretär von Bötticher in der zweiten Lesung vorgebracht, ferner gegen den Antrag Hirsch-Gutfleisch, weil derselbe das Prinzip des § 6, wonach die ärztliche Behandlung in natura dargeboten werden muß, durchbreche.

Abg. **Möller** beantragt außer einer redaktionellen Aenderung des Antrages von der Schulenburg hinzuzufügen, daß das Krankengeld nur auf Grund von ärztlichen Attesten gezahlt werden soll; nur in dem Fall, wo ein Nichtarzt ausdrücklich zur Behandlung zugelassen ist, gilt auch dessen Zeugniß.

Abg. **Eberty** (dfr.): Die zahlreichen Petitionen, welche den bestehenden Zustand aufrecht erhalten wollen, können wir für uns anführen; denn mit Ausnahme der Verfügung einer Behörde eines Bundesstaates, welche die Naturheilkundigen zugelassen hat, sind überall sonst nur die approbirten Aerzte zugelassen. Die Frage muß wegen dieses Ausnahmefalles klar gestellt werden. Wenn dies jetzt nicht geschieht, wird eine Unruhe entstehen, von der man sich gar keine Vorstellung machen kann. Die Sache muß hier, nicht bei der Gewerbeordnung geregelt werden und wunderbar ist nur, daß man darüber so lange im Reichstag debattiren mußte. Denn selbstverständlich sind Aerzte doch nur solche, welche die gesetzlichen Bedingungen erfüllt haben. Daß untergeordnete Verrichtungen von Heilgehilfen u. s. w. vorgenommen werden können, ist selbstverständlich.

Ministerialdirektor **Lohmann**: Nach dem Wortlaut des Antrages Schulenburg ist das durchaus nicht selbstverständlich; der Richter wird die Verrichtungen der Heilgehilfen nur dann anerkennen, wenn sie von einem Arzt angeordnet sind, sonst nicht.

Abg. **Möller**: Unter ärztlicher Behandlung kann nur die durch einen approbirten Arzt verstanden werden; da die Ablehnung des Antrages Schulenburg bei § 6 die Sache zweifelhaft gemacht hat, muß der Antrag hier zur Annahme gelangen, um jeden Zweifel zu beseitigen.

Abg. **Wurm** (Soz.): Die lange Debatte über diesen Paragraphen beweist nur, daß der Minorität unsere Abstimmung von vorgestern unbequem ist. Die Ausführungen des Ministerialdirektors Lohmann lauten ganz anders, als die gestrige Erklärung des Ministerialdirektors Bartsch im Abgeordnetenhause. Letzterer erklärte, daß nur approbirte Aerzte als Kassenärzte zugelassen werden dürfen. Wir stehen nach wie vor auf dem Standpunkte, daß den Mitgliedern der Krankenkassen das größere Recht zu gewähren sei und nicht die Privatinteressen der Aerzte besonders geschützt werden müssen. Wenn die Wissenschaft durch die Kurpfuscher in Gefahr gerathen sollte, dann wäre es sehr traurig um dieselbe bestellt; durch solche kleinlichen Gesetzesvorschriften wird sie jedenfalls nicht geschützt. Es ist mir nun auch von anderer Seite zugestanden worden, daß das Vertrauen eine große Rolle bei der Heilung des Kranken spielt. Auch der Abg. Meyer-Berlin sagte, er würde lieber sterben, als sich in die Behandlung eines nichtdeutschen Arztes begeben. (Widerspruch des Abg. Meyer.) Damit haben Sie ausgedrückt, daß Sie nur zu einem deutschen Arzte Vertrauen haben. Der Kranke, welcher kein Vertrauen zu seinem Arzte hat, nimmt nicht die Arzneien, die ihm verschrieben werden, er befolgt nicht die vorgeschriebenen Verhaltungsmaßregeln u. s. w., und das wirkt auf den Heilprozeß störend ein. Kurpfuscher und Naturarzt ist nicht dasselbe. Kurpfuscher können sich auch in den approbirten ärztlichen Stand einschleichen. Die Anhänger der Naturheilmethode werden aus der Debatte die Lehre ziehen, daß es nöthig ist, alle Möglichkeiten zu beseitigen, welche dem Verdacht Raum geben, daß sich Kurpfuscher unter ihnen befinden. Im Anfange der Bewegung ist allerdings durch schablonenmäßiges Kuriren viel gesündigt worden, aber in neuerer Zeit hat sich das vollständig geändert. Es hieße das Kind mit dem Bade ausschütten, wenn man der alten Richtung zu Liebe wegen einiger Mißstände der neuen keine Bahn gewähren wollte. Der Antrag Schulenburg will nur das nachholen, was vorgestern nicht gelungen ist. Doch das Haus wird hoffentlich nach wie vor die Beschlüsse aufrecht erhalten, wie sie im Interesse der Kranken liegen. Wollen Sie dies und auch das Interesse der Aerzte wahrnehmen, so machen Sie den Arzt zum Beamten des Staats. Dann wird die Kurpfuscherei von selbst verschwinden.

Abg. Prinz **Schönaich-Carolath** tritt für den Antrag des Abg. v. Stumm ein. Man müsse erst die Verhältnisse der betreffenden Kasseneinrichtungen prüfen, ehe man einer kleinen Anzahl von Personen das Recht gäbe, eine Aenderung in diesen Einrichtungen nach ihren Wünschen zu verlangen.

Abg. **Gutfleisch** (dfr.): Es wäre besser, wenn man sich mit der Frage, ob approbirte Aerzte oder Naturheilkundige, gar nicht befaßt hätte; denn sedes materiae ist die Gewerbe-Ordnung und nicht dieses Gesetz. Die Gerichte haben jetzt schon über die Frage zu entscheiden, ob die Bezahlung nicht approbirter Aerzte gefordert werden kann, z. B. im Falle von Körperverletzungen. Meist haben sie nur die Kosten der approbirten Aerzte als ersatzfähig betrachtet, aber sie haben auch Ausnahmen gestattet und dabei sollte man es belassen. Die Gegner des Antrages Schulenburg sind durchaus nicht alle Anhänger der Naturheilkunde. Redner tritt für den Antrag Hirsch-Gutfleisch ein.

Abg. **Meyer**-Berlin: Die Heranziehung von Naturheilkundigen soll keinem beschränkt werden; aber die Heranziehung soll nicht aus Kassenmitteln erfolgen, sondern auf eigene Kosten. Die volle Freiheit, Naturheilkundige hinzuzuziehen, könnte nur dann eingeführt werden, wenn überhaupt die freie ärztliche Wahl eingeführt würde.

Nachdem sich noch Abg. **Endemann** für den Antrag von der Schulenburg ausgesprochen, wird der Antrag Möller mit 130 gegen 107 Stimmen, der Antrag von der Schulenburg mit derselben Mehrheit, der Antrag Hirsch-Gutfleisch mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der vom Abg. von Stumm beantragte Zusatz und mit diesem § 55a angenommen.

Die §§ 56—74 werden, unter Annahme einiger redaktioneller Aenderungen angenommen; bei § 58 wird außerdem ein Antrag der Sozialdemokraten, die Frist für die Bewilligung von Erstattungsansprüchen von 2 auf 4 Wochen zu verlängern, angenommen.

Bei § 74 bedauert

Abg. **Stötzel** (Z.), daß die Wünsche der Mitglieder der Knappschaftskassen durch die Vorlage nicht erfüllt seien. Die Einrichtungen der Knappschaftskassen seien durchaus nicht so außerordentlich gut, wie man es immer dargestellt habe; namentlich sei es mit der Frage der Aerzte sehr schlecht bestellt, trotzdem ohne große Kosten eine Besserung herbeigeführt werden könnte, wenn man nur die Aerztewahl etwas freigeben wollte. Krupp in Essen hat seinen Arbeitern zur Auswahl eine große Anzahl von Aerzten zur Verfügung gestellt. Bei den Knappschaftskassen besteht aber ein großer Zwang in dieser Beziehung, was zu großen Streitigkeiten und Beschwerden geführt hat. Eine Aenderung würde große Befriedigung hervorrufen.

Abg. **Leuschner** (Rp.): Versuche, eine freiere Arztwahl herbeizuführen, sind in Westfalen gemacht worden, aber sie sind unbefriedigend verlaufen, namentlich auch in finanzieller Beziehung. Die Erhöhung der Beiträge würde die Unzufriedenheit vergrößern.

Abg. **Möller**: Wenn Beschwerden vorliegen, so mag Herr Stötzel sich an die Direktion der märkischen Knappschaftskassen wenden und zwar unter Namensnennung; die einzelnen Fälle werden dann untersucht werden.

Abg. **Szmula**: In Oberschlesien bestehen dieselben Klagen über die Knappschaftskassen, wie der Abg. Stötzel vorgebracht hat, namentlich wird über die schlechte, grobe Behandlung seitens der Aerzte geklagt.

Abg. **Leuschner**: Der Beseitigung solcher Aerzte, die die Leute grob behandeln, stehen die Knappschaftsstatuten nicht im Wege.

Abg. **Hirsch**: Allgemein habe man die Empfindung, daß die Einrichtungen der Knappschaftskassen nicht dazu beitragen, den Frieden zwischen Unternehmern und Arbeitern zu fördern. Die Unternehmer sollten an ernstlichere Reformen denken, ehe es zu spät wird.

Zum § 75 (freie Hilfskassen) liegt ein Antrag Hirsch-Gutfleisch vor, wonach durch Statut der freien Hilfskassen bestimmt werden kann, daß den Mitgliedern an Stelle der freien ärztlichen Behandlung, die Hälfte des ortsüblichen Tagelohnes ihres Beschäftigungsortes gewährt wird.

Abg. **Hirsch**: Es handelt sich hier um Kasseneinrichtungen, denen kein Arbeiter zwangsweise angehören kann. Man kann hier den Statuten die Feststellung der Leistungen überlassen, da die Mitglieder nur durch freien Entschluß sich den Statuten unterwerfen. Die Mitglieder der freien Kassen werden nicht die ärztliche Hilfe vernachlässigen, denn nur als Ersatz für die Bezahlung des Arztes erhalten sie die baare Zahlung; wird ein Arzt nicht zugezogen, dann gehen sie des Krankengeldes verlustig. Wird der Antrag nicht angenommen, so wird die ganze Organisation der freien Kasse vernachlässigt werden. Die Mitglieder sind mit diesen Kassen zufrieden, die ja auch sehr viel mehr leisten als z. B. die Gemeinde-Krankenversicherung.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Würde § 75 nach den Beschlüssen der zweiten Lesung angenommen, so würde ein großer Theil der freien Hilfskassen nicht mehr existiren können. Wenn Sie die freien Kassen verpflichten, an Stelle des Krankengeldes freien Arzt und Medizin zu liefern, so würde sofort eine Ungleichheit eintreten, da für Mitglieder, welche vereinzelt an einem Orte wohnen, größere Aufwendungen gemacht werden müßten. Auch den Medizinalkassen würden Sie mit Annahme des § 75 in der Fassung der zweiten Lesung den Lebensfaden unterbinden. Die freien Kassen können sich allerdings ihre Mitglieder aussuchen; dasselbe thun die Fabrikherren auch. Die Staatsbetriebe gehen den Fabrikanten hier mit einem wunderbar schönen Beispiel voran. Die freien Kassen sind Institutionen, welche von den Arbeitern selbst geschaffen sind. Wenn sie Mängel haben, so muß es den Mitgliedern selbst überlassen werden, diese zu verbessern.

Ministerialdirektor **Lohmann**: Der Antrag Hirsch wird dahin führen, daß die Mitglieder in kleinen abgelegenen Orten für die Zuziehung ärztlicher Hilfe die geringste Entschädigung erhalten bei den größten Kosten; in den großen Städten würde es umgekehrt sein.

Abg. **Gutfleisch** empfiehlt eine Reihe redaktioneller Anträge der freien Kommission und freien Kommission und ferner den Antrag Hirsch, der an Stelle der ärztlichen Behandlung als Ersatz den halben ortsüblichen Tagelohn gewähren will. Mindestens müsse man den freien Kassen aber das Recht gewähren, diesen Ersatz den Mitgliedern zu geben, welche zugleich Mitglieder einer Gemeinde-Krankenversicherung oder einer anderen Zwangskasse sind.

Geheimrath **v. Wödtke** widerspricht diesen Anträgen.

Die redaktionellen Anträge werden angenommen, ebenso der Antrag Hirsch-Gutfleisch, welchen der Abg. Gutfleisch zuletzt empfohlen hat.

Darauf wird die weitere Berathung um 5½ Uhr bis Freitag 12 Uhr vertagt.

## Allgemeiner deutscher Gewerkschaftskongreß.

Da uns über den Schluß der Nachmittags-Sitzung vom 15. März seitens unseres Spezial-Korrespondenten aus uns unbekannter Ursache ein Bericht nicht zugegangen ist, folgen wir im Nachstehenden den Angaben des „Hamburger Echos“ und verweisen in Bezug auf das Schicksal des Organisations-Entwurfs der Generalkommission selbst auf das erstere der uns zugegangenen Original-Telegramme.

Nach der Begründung des Entwurfes durch den Vorsitzenden der Generalkommission, Legien, kommt eine Resolution der Hamburger Kellner und eine solche des Offenbacher Frauen- und Mädchenvereins zur Verlesung. Letztere verlangt Auflösung aller Fachorganisationen und Bildung eines einzigen Arbeitervereins event. Vereine, welche alle Arbeiter einer Industriegruppe umfassen und Bildung eines Zentralvereins sämmtlicher Arbeiterinnen.

Segitz-Fürth ist der Meinung, daß bei der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften und bei dem Bestehen der Blätter für jede Gewerkschaft die ganzen Beiträge für Verwaltungskosten aufgehen würden. Die Unionen seien nicht zweckmäßig, er halte für die Metallarbeiter deren jetzige Organisation für die praktischste, gebe aber ohne Weiteres zu, daß auch der Metallarbeiter-Verband bei einem Ansturm der Kapitalmacht nicht erfolgreich Widerstand leisten könne. Es müsse ein Versicherungs-

verband gegründet werden, dem sich jede Organisation anschließen könne, wenn es ihr möglich.

Riecke-Braunschweig erklärt, daß er sich der Meinung der Generalkommission nicht anschließen könne. Er halte die losen Organisationen mit dem Vertrauensmännersystem für das Beste. Was haben denn die Zentralorganisationen erreicht? Sie sind zu persönlichen Interessengemeinschaften herabgesunken. (Au, au!) Wir verlangen von dem Kongreß, daß er unsere Organisation anerkennt. Die Bewegung ist durch die Zentralisation zurückgegangen. Die Agitation liegt freilich im Argen. Wenn aber Organisationen wie die der Buchdrucker unterliegen, trotzdem sie hohe Unterstützungen erhielten, so könne man es den schlechtbezahlten Arbeitern in den Provinzen kaum verdenken, wenn sie Streikbrecher werden. Zum Schluß ersucht Redner nochmals, auch den Lokalorganisationen freien Spielraum zu gewähren.

Schmidt ist ebenfalls der Meinung, daß man es jeder Organisation selbst überlassen soll, welche Form sie für die beste hält. Es scheint fast, als ob man in den Organisationen, welche sich der allgemeinen Meinung nicht angepaßt haben, einen Prügelknaben für die Mißerfolge suche, welche in den wirthschaftlichen Verhältnissen liegen. Wir können mit der steigenden Macht des Kapitals nicht mehr Schritt halten. Ein großer Theil der Arbeiter liegt auf der Straße oder kann die Beiträge für die Organisation nicht mehr erschwingen. Daher die Schwäche der Gewerkschaften. Lassen Sie also jeden Beruf sich organisiren, wie er will, sonst wird der Zwist in der deutschen Arbeiterbewegung nicht verschwinden. Wir müssen die einzelnen Berufsgenossen erst zu möglichst gleichartigen Anschauungen über die Organisationsform erziehen.

Timm-Berlin präzisirt seinen Standpunkt dahin, daß die Gewerkschaftsbewegung überhaupt nichts positiv Ersprießliches leisten wird, aber zur Erweckung des Klassenbewußtseins und zur Heranbildung der Arbeiter sei sie nöthig. Englische und amerikanische Verhältnisse dürften wir nicht als Beispiele anführen, diese träfen bei uns nicht zu. Politik und Gewerkschaftsbewegung ließe sich nicht trennen, deshalb müsse jede Form der Organisation anerkannt werden. Lokale Angelegenheiten könnten am besten durch lokale Kartelle geregelt werden, für weitere Angelegenheiten solle man auch die Organisationen anerkennen, welche ein Vertrauensmänner-System haben.

Krüger weist darauf hin, daß man in Sachsen alle Formen der Organisationen habe und haben müsse, um sich durch die Kautschukparagraphen des dortigen Vereinsgesetzes hindurchzuschlängeln. Man solle also auf diese Verhältnisse Rücksicht nehmen. Die Nürnberger Resolution halte er für die annehmbarste und empfehle diese. In dem Entwurf der Generalkommission halte er das Rechnungswesen für den schwierigsten Punkt.

Blaurock-Berlin will ebenfalls die Lokalorganisationen für gleichberechtigt angesehen wissen und hält die Vorschläge der Generalkommission nur für geeignet, eine Zersplitterung herbeizuführen. Wir wollen in vielen Punkten mit Ihnen zusammengehen, hindern Sie uns daran nicht.

v. Elm-Hamburg hält Industrieverbände und die von Segitz empfohlene Metallarbeiter-Organisation noch nicht für zeitgemäß, da die wirthschaftliche Entwickelung noch nicht so weit vorgeschritten sei. Die Fachpresse wolle er zentralisiren, aber man dürfe nichts über das Knie brechen und nicht vergessen, daß die kleinen Fachblättchen mitunter sehr viel geleistet hätten. Für die Agitation bei nichtorganisirten Arbeitern müsse man die Politik aus dem Spiele lassen und könne auch Politik genug an anderen Orten treiben, ohne die Gewerkschaftsversammlungen dazu zu benutzen. Einen Rückgang in der gewerkschaftlichen Bewegung solle man doch nicht den Zentralorganisationen in die Schuhe schieben, daran wären lediglich die ungünstigen Verhältnisse schuld. An eine bestimmte Form der Organisation müßten wir uns binden. Daß die Form der festen Zentralisation die bessere sei, hätten ihm selbst Vertreter des Vertrauensmänner-Systems, der losen Organisation, zugestanden, deshalb empfehle er sie. Das Vertrauensmänner-System erkenne die reaktionären Verhältnisse an, weil sie ihnen Rechnung trägt, während die Zentralorganisationen der Entwickelung Rechnung tragen und bessere Verhältnisse in Bezug auf die Versammlungs- und Koalitionsfreiheit herbeiführen wollen.

Metzger-Hamburg will nur die Ausführungen von Segitz ergänzen, da er voraussetzt, daß nicht Jedem die Organisation der Metallarbeiter bekannt ist. Diese trägt dem leider noch vorhandenen Kastengeist Rechnung, indem sie Sektionsbildung zuläßt. Redner wendet sich dann gegen die Zahlung hoher Beiträge, welche nicht geeignet sei, Mitglieder heranzuziehen, auch nicht Niederlagen zu vermeiden im Stande sei, das beweise der Buchdruckerstreik. Er warne vor der verderblichen Tendenz der hohen Beiträge.

Pötzsch-Berlin spricht im Sinne der von den Kellnern eingereichten Resolution und ersucht um Unterstützung der Bestrebungen der Kellner. Redner wünscht dann noch, daß die Generalkommission mehr Geld für die Agitation unter den nicht organisirten Arbeitern aufwenden möge.

Nachdem dann noch vom Vorsitzenden bekannt gemacht, daß Mittwoch Mittag die Spezialkongresse tagen sollen, erfolgt nach Verlesung des Protokolls Schluß.

* * *

### (Original-Telegramme des „Vorwärts".)

**Halberstadt**, 17. März, Abends 7 Uhr 26 Min. Der allgemeine Gewerkschaftskongreß hat bei 11 Stimmenthaltungen mit 147 gegen 39 Stimmen den Organisationsentwurf der Generalkommission abgelehnt und eine Resolution angenommen, welche überall, wo es möglich ist, die Organisation nach Berufen empfiehlt.

**Halberstadt**, 17. März, Abends 8 Uhr 25 Min. Nach Ablehnung einer Resolution, welche Anerkennung jeder Gewerkschaftsorganisation verlangt, gaben die Vertreter der Lokalorganisation eine Erklärung ab und verließen den Kongreß.

---

# Kommunales.

### Stadtverordneten-Versammlung.

**Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 17. März, Nachmittags 5 Uhr.**

Die Petition, betreffend Abstandnahme von der ferneren Vermiethung des an der Ecke der Artillerie- und Augustsstraße belegenen kleinen Platzes, der jetzt als Kohlenplatz vermiethet ist, wird nach längerer Debatte dadurch erledigt, daß der Magistrat ersucht wird, nach Ablauf des jetzigen Kontraktes auf eine anderweitige Verwerthung Bedacht zu nehmen.

Die Versammlung setzt die Berathung des Stadthaushalts-Etats für 1892/93 fort und genehmigt vom Kapitel „Unterrichtsverwaltung" die Spezialetats „Höhere Mädchenschulen" und „Verschiedene Einrichtungen für die städtischen höheren Lehranstalten." Bei letzterem Etat wird die zur Forderung der Kenntniß der neueren Sprachen bei den Lehrern für Reise-Stipendien ausgeworfene Summe von 2000 M. auf Antrag Selle verdoppelt. Ueber die Frage, ob die Versammlung zur Erhöhung eines Ausgabepostens ohne Weiteres berechtigt ist, erhebt sich eine längere Diskussion, in welcher von der Mehrzahl der Redner diese Berechtigung als selbstverständlich in Anspruch genommen wird.

Es folgt der Etat der Gemeindeschulen.

Stadtv. Bogtherr befürwortet eine Resolution, wonach der Magistrat über die Ursachen des Rückganges der Zahl der Gemeindeschüler und -Schülerinnen Erhebungen anstellen und deren Ergebniß der Versammlung mittheilen soll. Der Rückgang sei Thatsache, er führe sich zurück auf die Abnahme der Geburten, die Zunahme der Sterblichkeitsziffer der Kinder, die mangelhaften Ernährungsverhältnisse. Was die Kommune als solche thun könne, um den weiteren Rückgang entgegenzuarbeiten, müsse sie thun, wenn sie ihrer Verpflichtung gegen die Allgemeinheit eingedenk bleiben will. Dahin hätte gehört das Eingehen auf unsern Antrag wegen der Verabreichung warmen Frühstücks an die Gemeinde-Schulkinder (Aha!) und die Annahme unseres Antrags auf unentgeltliche Verabfolgung der Lehrmittel. Die für die Kinder bedürftigter Eltern in den Etat eingesetzten 40 000 M. seien fast aufgebraucht, ein Beweis, daß die Summe noch lange nicht ausreiche, wenn man berücksichtige, wie es mit der Vertheilung bestellt sei. In dieser Beziehung müsse noch Vieles anders werden, wenn man auch anerkennen könne, daß an vielen Stellen das Verfahren sich gebessert habe. Man müsse viel toleranter dabei vorgehen; es handle sich nach der Ueberzeugung seiner Freunde hierbei nur um ein Uebergangsstadium zur unbedingten unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel, wie die Unentgeltlichkeit der Volksschule nur als ein Uebergangsstadium zur Unentgeltlichkeit der Bürgerschule u. s. w. zu betrachten sei. Die Anträge bezüglich der Beköstigung verfolgten ebenfalls ein ganz bestimmtes Ziel; die Versammlung werde schließlich doch genöthigt sei, denselben zu entsprechen.

Stadtschulrath Bertram will nur dem Mißverständniß entgegentreten, als ob sich ein Rückgang in der Frequenz der Gemeindeschulen zeige. Der sei nicht eingetreten, nur das Wachsthum sei geringer. Die letzten Ursachen davon seien schwerlich festzustellen; über die Gelegenheitsursachen, also für 1892 [die Geburtsziffern für 1888, seien in den Publikationen der Unterrichtsverwaltung einige Mittheilungen gemacht worden.

Die Resolution wird gegen die Stimmen der Sozialdemodemokraten abgelehnt, der Etat der Gemeindeschulen bewilligt.

Die Etats der Taubstummenschule und der Blindenanstalt werden bewilligt, ebenso der Etat der Armenverwaltung.

Zum Etat der städtischen Gasanstalten referirt Stadtv. Ramslau über den Antrag, den Gaspreis von 16 auf 12 Pf. für den Kubikmeter herunterzusetzen. Der Ausschuß habe den Antrag abgelehnt, da die Gaspreise Berlins auf dem ganzen Kontinent die billigsten seien, mit einer einzigen Ausnahme. Der Ueberschuß der Gasanstalten sei ein Gewinn, dem ein Risiko gegenüberstehe. Die städtischen Gasanstalten seien ein kaufmännisches Geschäft. Die Frage scheide vielleicht heute ganz aus der Diskussion aus, da die Stadt doch durch den Vertrag mit der englischen Gesellschaft gebunden sei und dieser Vertrag erst im nächsten Jahre ablaufe.

Stadtv. Singer: In letzterer Beziehung bin ich mit dem Referenten ganz einverstanden, er hätte dann aber auch darauf verzichten sollen, Gründe gegen die Verbilligung des Gases anzuführen. Da er dies dennoch gethan, halte ich mich für verpflichtet, meiner entgegengesetzten Auffassung Ausdruck zu geben. Ich theile den reinen Geschäftsstandpunkt für Gemeindeangelegenheiten nicht; nach meiner Meinung liegt keine Veranlassung vor, aus den im Interesse der Bürgerschaft betriebenen städtischen Unternehmungen Gewinn zu ziehen, es sind nur die Kosten natürlich eventuell inklusive Amortisation zu decken. Ich bin genöthigt, das zu konstatiren, damit nicht der Eindruck aufkomme, als ob die Auffassung des Referenten allseitig getheilt wird. — Ich habe das Wort ergriffen, um eine besonders wichtige Angelegenheit zur Sprache zu bringen. Vor mir liegen die Beweise dafür, daß innerhalb der städtischen Gasanstalts-Verwaltung den beim Rohrlegen u. s. w. beschäftigten Arbeitern Vorschriften darüber gemacht werden, wie sie ihre wirthschaftliche und sonstige Ueberzeugung äußern sollen. Es war der Versuch gemacht worden, im Interesse der Abstellung gewisser Uebelstände die betreffenden Arbeiter zu einer Versammlung zusammen zu berufen; es bestand ferner die Absicht, einen Verein derselben zu gründen, ein Vorgehen, das durchaus legal und einwandsfrei ist. Es liegt mir vor die schriftliche Erklärung zweier Leute, in der einen wird bestätigt, daß ein Herr Heinicke, Vertreter des Gasinspektors Hartmann bei der Lohnzahlung den Arbeitern sagte, sie möchten den andern sagen, daß derjenige, der zu der betreffenden Versammlung der Gasanstalts-Arbeiter Berlins und Umgegend gehe, entlassen werde (Hört, hört!); der zweite bescheinigt, daß der Bauführer, Ingenieur Meyer, auf der Gasanstalt am Stralauerplatz bei der Lohnzahlung den Arbeitern mitgetheilt habe, daß er vom Gasanstalts-Direktor Cuno beauftragt sei, mitzutheilen, daß jeder Arbeiter zu entlassen sei, der zu der Versammlung gehe. Ich werde beide Schriftstücke dem Magistratsdezernenten zur Verfügung stellen und habe die feste Zuversicht, daß eine Untersuchung eingeleitet werden wird, und habe nur zu bitten, weil selbstredend die Voraussetzung, daß so etwas vorkommen kann, in weite Kreise große Beunruhigung trägt (Unruhe), daß der Magistrat ausspricht, daß die städtische Verwaltung sich nicht anmaßt, sich in die politische und wirthschaftliche Ueberzeugung der von ihr beschäftigten Arbeiter zu mischen. Die Dinge gehen aber noch weiter. Auf drei Entlassungsscheinen, die unmittelbar nach jener Versammlung von Herrn Hartmann ausgestellt sind, sind die Namen mit dicken schwarzen Linien unterstrichen. (Hört, hört! und Ruf: Schwarze Liste!) Von demselben Herrn liegen mir Entlassungsscheine aus früherer Zeit vor, wo jener Strich fehlt. (Hört, hört!) Hier ist nur ein Schluß möglich: Man hat mit diesem Strich unter dem Namen des Arbeiters eine Kennzeichnung desselben vollzogen (Lachen) und damit dasjenige gethan, was hier im Saale und draußen von der hier maßgebenden Partei stets verurtheilt worden ist, man hat eine schwarze Liste in die städtische Verwaltung eingeführt, gerichtet gegen solche, welche aus irgend einem Grunde den Vorgesetzten nicht mehr passen. Diese Dinge sind in keiner Weise mit dem in der Gewerbe-Ordnung garantirten Koalitionsrecht vereinbar. Ich nehme zur Ehre der städtischen Verwaltung an (Unruhe und Zwischenrufe), daß dieser Fall das einzige Vorkommniß in ihrem Bereich ist. Die Möglichkeit des Vorkommens aber muß eine ernste Mahnung für den Magistrat sein, dafür Sorge zu tragen, daß solche gesetzlich unzulässigen und direkt unmoralischen Einwirkungen und Einflüsse nicht geübt werden.

Stadtrath Weber: Wenn wirklich derartige Vorkommnisse vorliegen, dann würden die betreffenden Beamten selbstverständlich die schwerste Mißbilligung erfahren. Ich hatte auf die freundschaftliche Mittheilung, daß diese Sache zur Sprache gebracht werden würde, heute Nachmittag den Verwaltungsdirektor mir kommen lassen, der hat entschieden verneint, daß irgendwie den Arbeitern Vorschriften über den Besuch von Versammlungen gemacht oder schwarze Listen geführt würden; er würde das event. ebenso entschieden mißbilligen. Ich bat dann um vorhandene Akten über Arbeiterentlassungen aus der neuesten Zeit, habe sie theilweise schon durchgesehen und finde in der Eingabe eines Arbeiters Ausführungen, welche mit denen des Herrn Singer stimmen; es schreiben sich also diese Beschwerden wohl aus diesem Falle her. Es war gelegentlich einer Rohrlegung in der Jerusalemerstraße vorgekommen, daß auf dem Arbeitsplatze Arbeiter mit anderen Arbeitern in Streit gerathen waren, daß sie den andern vorwarfen, daß sie in die Versammlung nicht gekommen seien; als letztere sich darüber beschwerte, daß man sie in ihrer Arbeit störe, kam es zu bösen Schimpfworten und schließlich zur Schlägerei, die nur dadurch beendet werden konnte, daß man Feierabend bot. Danach wurden drei Arbeiter, die sich an der Störung betheiligt und die Sache soweit getrieben hatten, einfach entlassen. (Hört, hört! und Ruf: Da haben wir's ja!), und einer von diesen drei Arbeitern hat dann diese Darstellung gegeben, die sich bei den Akten befindet. Ich werde sehr gern Veranlassung nehmen, noch weiter zu untersuchen, und Sie können sich darauf verlassen, daß nach Recht und Billigkeit verfahren wird, daß der Verwaltung solche Beeinflussung durchaus fern liegt und daß gerade bei der Gasverwaltung mit der größten Unbefangenheit hierbei verfahren wird.

Stadtv. Stadthagen: Die Erklärung des Stadtraths mit der man wohl einverstanden sein kann, steht nicht im Einklang mit dem, was der Stadtv. Singer vorgebracht hat. Behauptet ist ein direktes Verbot, die Versammlung zu besuchen. Ob die Leute sich unbotmäßig oder nicht betragen haben, ob sie mit Recht oder Unrecht entlassen sind, das hat mit der Sache gar nichts zu thun. Wenn Sie das in diese Verbindung bringen, so gewinnt es den Anschein, als ob wir befürworteten, daß solche Beschimpfungen und Prügeleien stattfänden. (Widerspruch.) Was in den Akten steht, sind Aussagen von Arbeitern, die sich über Störung in ihrer Arbeit beschwert gefühlt haben sollen. Ja, ist denen einfach zu glauben? (Lachen.) Mit Lachen kann man so ernste Dinge nicht erledigen. Das Solidaritätsgefühl unter den Arbeitern ist so groß, daß sie zu Denunzianten erst herabsinken, wenn es ihnen an Hals und Kragen geht. In allen Denunziationsprozessen zeigt sich als allgemeines Urtheil, daß die Denunzianten die schlechtesten Elemente sind. (Zwischenruf des Stadtraths Weber.) Ebenso dringend muß ich den Magistratsvertreter bitten, die Frage der schwarzen Listen, der Kennzeichnung der Arbeitsscheine zu prüfen. Wir wissen ja aus den Reichstagsverhandlungen her, welcher Kniffe sich die Unternehmer hierbei bedienen, wie ein Tinten- oder Fettfleck nutzbar gemacht wird und wie bis weit nach rechts hinein diese Handlungsweise für eine höchst gemeine erklärt wird. Ueber solche Dinge zu lachen ist ein Thun, das ich nur lebhaft bedauern kann. Wird ein solches Manöver zur wirthschaftlichen Knechtung von einem Staats- oder städtischen Beamten verübt, so muß ein solcher Beamter aus der Verwaltung hinaus! Ich bitte um strengste Untersuchung.

Stadtrath Weber: Von Denunziation kann hier keine Rede sein. Es hat ein Arbeiter sich wegen Entlassung beschwert, und infolge dieser Beschwerde sind 4 oder 5 Arbeiter protokollarisch vernommen worden.

Stadtv. Singer: Ich bin von der Erklärung des Magistratsvertreters vollkommen befriedigt. Mir hat daran gelegen, festzustellen, daß mit Wissen der obersten Vertretung der Stadt solche Dinge nicht vorkommen. Beide Vorkommnisse sind aber geschehen. Es ist durchaus gleichgiltig, ob die Schlägerei stattgefunden hat, ob Entlassungen eingetreten sind; was nicht gleichgiltig ist, sind die schwarzen Striche auf den Scheinen und die Verbote des Versammlungsbesuchs bei Androhung der Entlassung. Darauf ist der Stadtrath Weber nicht eingegangen, weil er es wohl ohne vorherige Untersuchung nicht thun wollte. Ich will nur hoffen, daß aus dieser Verhandlung die ihm untergebenen Beamten sich eine Lehre nehmen werden, in Zukunft seinem Willen entsprechend zu handeln und sich nie wieder so etwas herausnehmen.

Der Etat wird genehmigt, nachdem sowohl der Antrag Mielenz auf Erlaß der Miethe für die Gas- und Wassermesser, als auch der Ausschußantrag auf Ermäßigung dieser Miethe bis zu den Selbstkosten abgelehnt worden.

Ueber den Spezialetat der Gymnasien, Realgymnasien und Ober-Realschulen berichtet Stadtv. Ramslau. Durch die Einführung des neuen Lehrplans werden die wöchentlichen Pflichtstunden der ordentlichen Lehrer nicht unerheblich reduzirt und zahlreiche Hilfslehrerstellen überflüssig gemacht. Die schwierige Lage, in welche dadurch eine große Anzahl von Hilfslehrern kommen, hat dem Ausschuß im Einverständniß mit dem Magistrat Veranlassung gegeben, durch Bereitstellung von Mitteln zur Honorirung von Extrastunden einen Versuch zu machen, dieser Schwierigkeit abzuhelfen.

Die Vorschläge des Ausschusses werden genehmigt.

Beim Etat des Fortbildungs-Schulwesens wird eine Petition des Vorstandes der Arbeiterbildungsschule berathen, welche, nachdem sie vom Magistrat abgelehnt war, an die Versammlung gerichtet worden ist. Referent Direktor Schwalbe theilt mit, daß die Petition die Einräumung von sechs Schulräumen für die Wochentage Abends und den Sonntag Vormittag für die Unterrichtsertheilung unter den sonst üblichen Bedingungen verlange. Der Magistrat habe mit der Begründung abgelehnt, daß der Verein, obwohl er eine Fortbildungsschule darstelle, keine Konzession habe. Der Vorstand der Schule halte für dieselbe keine Konzession für erforderlich, weil sie nach Art der Turnvereine, des Handwerkervereins, der Humboldtakademie, welche alle aus städtischen Mitteln unterstützt würden, in unzigennütziger Weise die Mitglieder weiter bilden wolle. Der Ausschuß hält eine Konzessionirung nach dem Reglement von 1859 für nothwendig. Es handle sich hier um eine Schule, in der sich Jeder durch Zahlung von Schulgeld einen Platz sichern könne. Der Ausschuß empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung.

Ein Antrag Bogtherr, die Petition dem Petitionsausschuß zu überweisen, wird abgelehnt und die Verhandlung fortgesetzt.

Stadtv. Bogtherr: Der Einwand des Magistrats, daß die Arbeiter-Bildungsschule als solche unter das Reglement von 1859 falle und deshalb der ministeriellen Konzession bedürfe, ist deshalb unzutreffend, weil jenes Reglement vor Allem die Schulen treffen will, welche eine Art Geschäft darstellen und andererseits den öffentlichen Anstalten Konkurrenz machen. Unsere Schule aber hat Lehrfächer, welche bis vor Kurzem in Berlin nicht gelehrt wurden. Die Stadt hat zudem die Verpflichtung, alle Bildungsbestrebungen zu unterstützen, sie mögen herrühren, woher sie wollen. Die Schule betreibt ihre Lehrthätigkeit unter den Augen der Behörde bereits seit einem Jahr. Hätte man sie angreifen können, so wäre das sicher längst geschehen. Bei den Turnvereinen beruft sich der Magistrat auf einen bestimmten Beschluß der Versammlung. Diese Berufung läßt doch den eigenthümlichen Schluß zu, daß die Versammlung die Ausbreitung der Bildungsbestrebungen nicht wünscht. Auch der Handwerkerverein und die Humboldsakademie haben nie eine Konzession für ihre Unterrichtsveranstaltungen nachgesucht; ebensowenig wird es die Arbeiterbildungsschule thun. Die Veranstaltungen des Vereins sind auch nicht für Alle bestimmt, sondern für seine Mitglieder. Daher paßt die Heranziehung des Schulgeldes nicht. Ich denke nicht, daß man in dieser Versammlung das städtische Fortbildungs-Schulwesen zum Nachtheil der fortgeschritteneren Arbeiterbevölkerung monopolisiren will. Es paßt doch nicht für alle Altersklassen dieselbe geistige Speise. Bei Deutsch, Geschichte und Nationalökonomie muß in den städtischen Fortbildungsschulen dem Lehrstoff wie den Lehrern scharf auf die Finger gesehen werden. In einem mir zu Händen befindlichen Lehrbuch für Fortbildungsschulen von Schürmann und Windmüller in Essen wird die Sozialdemokratie direkt in Zusammenhang mit dem Attentat von 1878 gebracht. Solches Material wird hoffentlich in den Berliner Schulen nicht als Lehrstoff gebraucht. Weite Kreise der Bevölkerung hegen den Verdacht, daß die Gründe des Magistrats, die er angegeben hat, nicht die einzigen sind; der Magistrat wird sicherlich diesen Verdacht entkräften. Ich bitte indeß, wenn solche andere Gründe vorhanden sein sollten, sich darüber heute deutlich auszusprechen.

Stadtschulrath Bertram kann für Lehrbücher der Geschichte an Fortbildungsschulen keine Verantwortung übernehmen. Ueberall werde der Geschichtsunterricht in vaterländischer Weise ertheilt. Auch erkenne die Stadt keine Verpflichtung an, jedes Bildungsbestreben, welcher Art es auch sein mag, zu unterstützen.

Referent Stadtv. Schwalbe: Wir wollen keinen politisch oder sonst gefärbten Fortbildungs-Unterricht, wir wollen einen wirklich freien, unbeeinflußten Unterricht. Die Analogie mit den genannten Anstalten des Handwerkervereins und der Humboldt-Akademie trifft nicht zu. Ich empfehle nochmals den Uebergang zur Tagesordnung.

Die Petition wird durch Uebergang zur Tagesordnung beseitigt, der Etat angenommen, ebenso die Etats für das Fachschulwesen, für Straßen-Beleuchtung, -Reinigung und -Besprengung, für die Gemeinde-Friedhöfe und die Standesämter.

Schluß 9¼ Uhr.

# Lokales.

**Alle diejenigen, welche gewillt sind,** am Sonntag, den 20. d. M., bei der Verbreitung eines Flugblattes für die Wahl des Genossen Robert Flatow zum Stadtverordneten mit thätig zu sein, werden ersucht, sich Sonntag früh 7½ Uhr in dem Lokal von Spieckermann, Markusstr. 6, einzufinden.

**Die Versammlung im 4. Wahlkreise,** in welcher Genosse Bruno Schönlank heute Abend über die Bedeutung des Tages sprechen wird, findet Abends 8 Uhr statt.

**Eine Gedächtnißfeier für Karl Marx** hatte der „Leseklub Karl Marx" am Sonntag Abend in den Räumen des Feenpalastes veranstaltet. Die Pfeiler der Emporen waren mit Grün festlich umhüllt. Gegenüber dem Eingang hatte ein mit grünem Kranz und lang herabfallender rother Schleife geschmücktes Brustbild des Gefeierten vor der Mitte der langen Seitentribüne seinen Ehrenplatz gefunden; Rundbilder von Karl Marx und Lassalle, grau in grau gemalt, schmückten die Bühne, der gegenüber nach dem entgegengesetzten Ende des Saales zu, eine mächtige rothe Fahne in Goldschrift die Worte: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" leuchten ließ. Zählt der „Leseklub Karl Marx" auch nur 28 Mitglieder, so waren doch an viertausend Personen seiner Einladung gefolgt — alte und junge Männer, Frauen und Kinder waren festlich versammelt: überall war der große Saal wie die Tribünen dicht besetzt, als die Feier bald nach 5 Uhr mit dem „Einzugsmarsch aus Tannhäuser" ihren Anfang nahm. Die Musikstücke des reichen Programms aus älteren und neueren Tonwerken wurden von der „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker" unter Leitung des Herrn G. Groß sehr tüchtig durchgeführt; die Festgesänge aber brachte der Gesangverein „Kreuzberger Harmonie" in anerkennungswürdigster Weise zur Aufführung. Den ersten Theil schloß ein schwungvoller Prolog zur Gedächtnißfeier, gedichtet von C. M. Scävola, vorgetragen von dem Genossen Buchhändler Schulz, dem Vorsitzenden des Vereins. „Hüllt ein in Flor die rothen Bänder — die rothen Banner hüllt in Flor!" begann der Prolog, und endete mit dem Zuruf:

Genossen! Durch den thränenfeuchten, umflorten Blick
schaut vorwärts nur!
Seht Ihr im heil'gen Wetterleuchten die rothe Saat auf
rother Flur? — —
Seht Ihr die rothen Morgenstrahlen? — Das ist der
Tag der nächsten Wahl!
Da wollen wir die Zinsen zahlen, Karl Marx von Deinem
„Kapital"!

Nach der „Ouverture zum Figaro" von Mozart hielt an Stelle des zwar anwesenden, aber durch ein Kehlkopfleiden behinderten Reichstags-Abgeordneten Liebknecht Genosse Kokosky die Gedächtnißrede auf Karl Marx. Ein lebendes Bild „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!" dessen Bedeutung eine Cartouche mit diesen Worten und über einem Hammer verschlungenen Händen verdeutlichte, endete den zweiten Theil. Den dritten Theil beschloß ein zweites lebendes Bild, welches die „Arbeiterbewegung" darstellte und in Vignetten „Humanität", „Menschlichkeit", „politische Rechte" als die Ziele der Bewegung bezeichnete; erfunden und gestellt waren die hübschen Gruppen von dem Portraitmaler Hansen. Mit der von der „Kreuzberger Harmonie" vorgetragenen Arbeiter-Marseillaise schloß die eigentliche Feier. Genosse Schulz führte die fröhlichen Genossen und Genossinnen zur Polonaise und bis zum neuen Morgen wogte das bunte Treiben der tanzlustigen „jungen" und „alten" Welt.

**Die Wadenstrümpfler in Nöthen.** Die in der Nähe der Wildparkstation neu zu errichtenden Gastwirthschaften müssen Extra-Ankleidezimmer für Wadenstrümpfler und Kniehösler einrichten, wenn anders sie die Konzession erhalten wollen, — das ist das Allerneueste im Jahre 1892! Die „Freisinnige Zeitung" des Herrn Eugen Richter hat diese Neuigkeit in Erfahrung gebracht und der freisinnige Wasserstiefler säumt nicht, dieselbe in folgender Form den Lesern seines Blattes aufzutischen:

„Die neue Hofkleidung der Kniehosen und Wadenstrümpfe hat sich besonders lästig erwiesen für die aus Berlin zu den Hoffesten im Neuen Palais bei Potsdam Eingeladenen. Die Minister und sonstigen hohen Beamten nehmen aus naheliegenden Gründen Anstand, in jener auffallenden und die Kritik des nichtcoursfähigen Publikums herausfordernden Tracht auf Bahnhöfen und Eisenbahnen zu verkehren. Dies legt den Betreffenden die Nothwendigkeit auf, jedesmal vor und nach jeder Hoffestlichkeit in der Stadt Potsdam behufs Umkleidung einen Gasthof aufzusuchen und sich zur Verbindung mit dem Neuen Palais der Droschken zu bedienen. Eine aus Hof- und Ministerialbeamten behufs Abhilfe der hieraus erwachsenden Unzuträglichkeiten niedergesetzte Kommission hat ermittelt, daß sich weder im Neuen Palais noch im Bahnhofsgebäude Wildpark entsprechende Garderobenräume befinden. Es ist daher von dieser Seite den Potsdamer Behörden der Wunsch zu erkennen gegeben worden, bei Konzessionirung von Gastwirthschaften in der Nähe der Wildparkstation dieser „Bedürfnißfrage" besondere Berücksichtigung zu Theil werden zu lassen."

Also die Wadenstrümpfler und Kniehösler geniren sich, sich in ihrem auffälligen Aufputz dem übrigen Publikum zu zeigen, — das ist auch ein Standpunkt! Natürlich wissen die Exzellenzen mit den Waltons sehr genau, daß sie furchtbar ausgelacht werden, wenn sie vor versammeltem Volk einherstolziren wie der Hahn im Salat. Um dieser fatalen Geschichte zu entgehen, müssen sie, gekleidet wie andere gewöhnliche Sterbliche, nach Potsdam fahren und hier erst die höfische Maskerade vornehmen. Daß ist ziemlich umständlich und so hat sich die extra zu diesem Zweck zusammengetretene Kommission entschlossen, den Potsdamer Behörden den oben angeführten Wunsch zu präsentiren. Daß dieser Wunsch einem Befehle gleich geachtet wird, versteht sich in Potsdam von selbst und so wird den zukünftigen Gastwirthsbesitzern bei Wildpark noch eine ganz besondere Klausel in ihren Konzessionirungsvertrag gesetzt werden.

Daß Herr Eugen Richter hierüber die Schale seines Spottes ausgießt, ist ganz in der Ordnung. Aber haben wir nicht auch schon „freisinnige" Männer der Couleur Richter in Wadenstrümpfen und Kniehosen krauchen und am Hofe Menuet tanzen sehen? Das ist der freisinnige „Männerstolz vor Königsthronen" . . . .

**Taschen zu!** Ueber die in Aussicht genommene neue Lotterie erfährt der „Börsen-Courier", daß Loose im Betrage von acht Millionen Mark ausgegeben werden sollen. Davon seien vier Millionen Mark für Gewinne bestimmt, zwei Millionen für die Finanzirung, während zwei Millionen Mark übrig bleiben sollen, um den Zweck der Lotterie zu erreichen.

Die „A. N.-K." weiß über die geplante Lotterie noch Folgendes zu berichten:

Bei der neuen Schloßlotterie handelt es sich um die Aufbringung von 2 bis 2½ Millionen Mark, welche zur Niederlegung der Häuser am Schloßplatz zwischen der Breiten Straße und der Spree sowie zu einer Abrundung des Rothen Schlosses (An der Stechbahn 1—4) erforderlich sind. Es ist die Anlage einer großen Terrasse auf der Südseite des königlichen Schlosses geplant, deren Ausblick durch die geplanten Niederlegungen wesentlich gewinnen würde. Der Plan der neuen Lotterie ist nicht nur vollständig fertig gestellt, sondern die Loose sind — vorbehaltlich der Genehmigung der Lotterie von Seiten des Ministeriums des Innern — durch ein leistungsfähiges Finanzkonsortium bereits fest übernommen worden.

Wir halten es für überflüssig, unsere Leser noch besonders vor dem Unternehmen zu warnen. Bürgerliche Blätter — Wadenstrümpfler und Wasserstiefel bunt durcheinander — geben der schüchternen Hoffnung Ausdruck, daß der Plan an dem Widerstand des Ministeriums scheitern möge: und das in einer Zeit des „sic volo, sic jubeo!" In kurzer Zeit werden wir also wieder erleben, daß beutegierige Börseaner dieselbe Orgie feiern, wie bei der ersten Schloßfreiheits-Lotterie unseligen Angedenkens.

**Die Tischlerinnung hat,** wie die hiesigen bürgerlichen Zeitungen berichten, ermittelt, daß im Tischlergewerk gegenwärtig die Zahl der arbeitslosen Gesellen zum mindesten 7000 beträgt und daß „dabei irgend welche Aussicht auf Besserung der Verhältnisse nicht geboten ist". Mit dem letzteren Satz hat die Innung zweifelsohne ganz recht, aber die „Verhältnisse" würden auch nicht bessere sein, wenn das Tischlergewerk auch nicht einen beschäftigungslosen Gehilfen aufzuweisen hätte. Wir dürfen nämlich wohl annehmen, daß die Innung nicht nur das Wohlergehen der Mitglieder ihrer Zunft, sondern auch das der Gehilfen im Auge hat . . . .

Wie im Tischlergewerk, so ist's in allen anderen Gewerken. Die Schlosser und Schneider, die Schmiede und Böttcher werden annähernd ein gleiches Kontingent zur Armee der Arbeitslosen stellen. Von den landwirthschaftlichen, Hand- und Bau-Arbeitern gar nicht zu reden. Die Tischlerinnung wird nun angesichts des herannahenden Osterfestes gestützt auf die 7000 arbeitslosen Tischlergesellen die übliche Warnung an die Eltern erlassen, ihre die Schule verlassenden Söhne nicht dem Tischlergewerk zuführen zu wollen. Aehnliche Warnungen erfolgen auch von anderen Gewerken, so daß den Eltern, welche ihren heranwachsenden Sohn zum Handwerker ausbilden lassen wollen, angst und bange werden möchte. Mit dem „goldenen Boden" des Handwerks also ist es nichts mehr, — ja was sollen denn nun eigentlich die Söhne der Leute, welche nicht im Stande sind, für den Unterhalt derselben noch Jahre lang zu sorgen, lernen?

Um den Arbeiter, den Proletarier, kümmert sich ja doch Niemand, er ist „nur" Arbeiter, seine Nachkommen sind also ohne Erbarmen dazu verurtheilt, wiederum „nur" Arbeiter zu werden. Die Generation der Lohnsklaven muß erbarmungslos weiter gezüchtet werden, der Fabrikslave kann nur Fabrikslaven erzeugen. So ist unter dem Klassenstaat von vornherein dafür gesorgt, daß die Arbeiter in fortwährender wirthschaftlicher Abhängigkeit erhalten werden. Die Proletarier-Krankheit erbt sich fort von Geschlecht zu Geschlecht. Die Zahl der Nichtsbesitzer nimmt mit unheimlicher Schnelligkeit von Jahr zu Jahr zu, denn das Großkapital vernichtet alljährlich viele Tausende von Existenzen. Schon hierin liegt die Gewähr dafür, daß der kapitalistische Staat nicht bis ans Ende der Dinge bestehen kann.

**Daß das „patriarchalische" Verhältniß** zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber längst in die Brüche gegangen ist, bildet einen großen Kummer für die Frommen im Lande. Zwar kommt es noch hin und wieder vor, daß die bürgerlichen Zeitungen einen Reklame-Bericht bringen über das „gelungene" Fest, welches der oder jener Unternehmer seinen Arbeitern gegeben hat. Wer aber ein Mal einem solchen Fest beigewohnt hat, wird auf den ersten Blick gesehen haben, daß es mit der vielgerühmten „Eintracht" zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht weiter her ist, als in der Fabel vom Wolf, der zum Lamm sagte: Komm her, ich werde Dich auffressen, mir thut das weiter nicht weh! Und schon jetzt sind solche „Arbeiterfeste" Ausnahmen, die überwiegende Mehrzahl der Arbeitgeber steht ihrem Personal vollkommen fremd gegenüber und weiß mit den Maschinen besser Bescheid, als mit ihren Arbeitern. Ein Beispiel, daß auch der Handwerksmeister von „patriarchalischen" Gebräuchen nichts mehr wissen will, sei heute mitgetheilt: Der bei einem Tischlermeister in der R.straße in Arbeit stehende Tischlergeselle Hermann Bunge feierte am letzten Sonnabend sein 25jähriges Arbeitsjubiläum. 25 Jahre lang ohne Unterbrechung in ein und derselben Werkstatt zu arbeiten, bildet in dem Leben des Arbeiters heutzutage nicht nur ein Ereigniß, ist es auch — und darauf legt der Arbeiter immerhin noch Gewicht — als Beweis seiner Tüchtigkeit und Brauchbarkeit. Wer heute nicht etwas gelernt hat und etwas vor sich bringt, den behält selbst der christlichst-sozialste Meister nicht in seiner Werkstatt. Die Kollegen des oben erwähnten Arbeiters hatten also „zur Feier des Tages" dessen Platz u. s. w. bekränzt und ihm auch ein kleines Geschenk gestiftet. Als der Jubilar seinen Kollegen ein Achtel Bier auflegen ließ, erschien der Meister in der Werkstatt, blickte sich erstaunt um und meinte zu dem Jubilar: „Na, hier ist wohl heute Festlichkeit?" Als ihm mit „Ja" geantwortet wurde, verschwand der Meister in seine Privatgemächer und ließ sich während des Tages in der Werkstatt nicht mehr blicken. Für den Jubilar hatte der Arbeitgeber auch nicht ein Wort der Anerkennung! Die Festfeier blieb somit auf den Kreis der Arbeiter beschränkt. Daß der Meister dem Jubilar ungezählte Reichthümer in den Schooß häufe, hat Niemand verlangt, wohl aber schien ein freundliches Wort doch wohl angebracht. Das ist auch ein Kapitel aus dem „patriarchalischen" Leben zwischen Handwerksmeister und Handwerksgesellen.

**Die Unterbeamten auf den Perrons der hiesigen Stadt- und Ringbahn** sind vor einiger Zeit vereidet worden, und haben, soweit es den Betrieb der Stadtbahn betrifft, dem fahrenden Publikum gegenüber polizeiliche Befugnisse erhalten. Es können seitens dieser Beamten Sistirungen solcher Personen, die sich nicht genügend legitimiren können, vorgenommen werden. Diesbezügliche Bestimmungen über die polizeilichen Befugnisse der Perronbeamten, sowie auch der Bahnarbeiter, soweit solche durch Abzeichen als Bahnbeamte kenntlich, sind auf den Stadtbahnhöfen durch Anschlag bekannt gegeben.

**Der Zug von Dresden über Jüterbogck,** der vorgestern Abend hier um 7 Uhr 3 Minuten eintreffen sollte, hat Berlin mit einer Verspätung von eindreiviertel Stunden erreicht. Bis Großbeeren war die Fahrt glatt abgelaufen, als es aber weiter gehen sollte, versagte die Lokomotive den Dienst; das Siederohr war geplatzt. Die Passagiere fügten sich mit Humor in die Unterbrechung; endlich nach 1 Stunde 12 Minuten konnte es weiter gehen, nachdem eine Reservelokomotive von Berlin eingetroffen war. Doch die Freude sollte nicht lange dauern. Mitten im freien Felde, noch vor Groß-Lichterfelde, versagte auch die Reservelokomotive und konnte erst nach etwa halbstündiger Arbeit der Maschinisten wieder in Gang gebracht werden. Der Humor der Passagiere war aber nicht mehr auf die Beine zu bringen.

**Fünf Einbrecher** wurden vorgestern Abend in einem Hause der Manteuffelstraße bei der „Arbeit" ertappt. Der Beamte S. verließ um 7 Uhr seine Wohnung, um einen Besuch abzustatten, kehrte aber, da er den Gesuchten zu Hause nicht antraf, nach etwa 20 Minuten in seine Wohnung zurück. Er konnte aber seine Eingangsthür mittelst des Schlüssels nicht öffnen, und hörte Tritte in der Wohnung. Er rief um Hilfe, als sich die Thür plötzlich öffnete und fünf Kerle an ihm vorüberstürzten. S. schlug mit seinem Krückstock auf dieselben ein, erhielt aber selbst einen Schlag mit einem Stemmeisen, welches noch später auf dem Flur vorgefunden wurde. Zwei der Thäter, ein gewisser Diallas und Jänecke, wurden ergriffen und verhaftet. S. hat in ihnen zwei Personen wiedererkannt, welche, als er das Haus verließ, von der Straße aus anscheinend seine Wohnung beobachteten. Die Festgenommenen räumen den Einbruch ein, wollen aber keine Hilfe gehabt haben.

**Ein tragisches Ende** hat die Flucht zweier jugendlicher Ausreißer genommen. Der achtzehnjährige Kaufmannslehrling Max Sponholz von hier und der sechszehnjährige Schmiedelehrling Oswald Haßke aus Dresden, welche sich beide in der sächsischen Hauptstadt in der Lehre befanden, hatten sich am 28. Februar gemeinschaftlich von dort entfernt und mit einem Baarbestande von 50 M. eine Fußtour nach Hamburg angetreten. Den jungen Leuten ging jedoch bald das Geld aus, sie durchwanderten bettelnd Mecklenburg, begaben sich über Schwerin nach Wittenberge und beschlossen von hier nach Berlin als „blinde Passagiere" zu fahren. Die Ausreißer begaben sich in der Nacht zum Dienstag auf das Geleise der Berlin-Hamburger Bahn und schwangen sich bei Station Breddin (hinter Wittenberge gelegen) auf einen Wagen eines um ½6 Uhr früh von dort abgehenden Güterzuges und fuhren bis Zemitz mit. Da es bitter kalt war, so wollten die Abenteurer bei Anlangen des Trains daselbst ein wenig ihre steifgefrorenen Glieder erwärmen und stiegen ab. Als sich aber der Zug wieder in Bewegung setzte und die Burschen, wieder auf die Puffer steigend, ihren alten Platz einnehmen wollten, rutschte Sponholz ab, die Räder der nachfolgenden Waggons gingen über den Körper des Unglücklichen und zermalmten denselben, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Haßke wurde in das Kyritzer Gerichtsgefängniß eingeliefert und sieht seiner Bestrafung wegen Betruges entgegen.

**Ueber eine Entführungsgeschichte,** deren Schlußszene sich vorgestern Abend in einem Hotel der Invalidenstraße abspielte, wird Folgendes gemeldet. Am Montag Abend traf in dem erwähnten Hotel ein junges Paar ein, das sich als Dr. B. und Frau aus Greifswald in das Fremdenbuch eintrug. Das Paar ging fast gar nicht aus und ließ sich das Essen nach dem Zimmer hinaufbringen. Vorgestern gegen Abend traf in demselben Hotel ein Herr ein, welcher sich das Fremdenbuch vorlegen ließ und darauf dem Ehepaar einen Besuch abstattete. Eine Viertelstunde später verließ Dr. B. nach Zahlung seiner Zeche das Gasthaus und bald verließ auch die „schluchzende" Gattin desselben mit dem Neuankömmling das Hotel. Die Dame soll die Gattin eines Kaufmanns aus Stettin sein, die sich zur Behandlung nach Greifswald begeben hatte, wo sie bei ihrem Schwager, einem Restaurateur, wohnte. Bei dem Letzteren lernte sie einen Arzt kennen, mit welchem sie schließlich den Ausflug nach Berlin unternahm. Ihrem Schwager schrieb sie, daß man sich keine Mühe mehr geben möge, sie aufzusuchen, eine Bitte, die der Restaurateur aber nicht berücksichtigte.

**Polizeibericht.** Am 16. d. Mts. Mittags gerieth ein dreijähriges Mädchen vor dem Hause Stephanstr. 35 unter die Räder eines Bierwagens und erlitt außer einer Verletzung des linken Beines einen Bruch des rechten Unterschenkels. Es wurde nach dem Krankenhause Moabit gebracht. — Zu derselben Zeit wurde ein Tapezier in seiner Wohnung in der Gitschinerstraße erhängt vorgefunden. — An der Ecke der Flottwellstraße und des Schöneberger Ufers wurde Nachmittags ein Mädchen von einem Lastwagen überfahren und so schwer verletzt, daß seine Ueberführung nach dem Elisabeth-Krankenhause erforderlich wurde. — Im Thiergarten, nahe dem Goethe-Denkmal, wurde Abends ein unbekannter, etwa 25jähriger Mann todt aufgefunden. Er hat sich anscheinend vergiftet.

---

# Gerichts-Zeitung.

**Die Frommen im Herrn unter sich.** Vom Kriegsschauplatz in der Zions-Gemeinde wurde in einer Anklagesache berichtet, welche gestern das Schöffengericht am Landgericht I einige Zeit beschäftigte. In keiner Gemeinde Berlins platzten die kirchlichen Gegensätze so scharf aufeinander, wie in Zion — das zeigte auch diese Verhandlung wieder. Als Privatkläger trat der liberale Kirchenälteste Fabrikant C. Heckert, als Angeklagte der stud. theol Burgwitz, Lehrer Frick, Redakteur Balla, Superintendent a. D. Krückeberg und der Stadtverordnete Pretzel auf. Die beiden letzteren hatten die Widerklage erhoben. Am 18. September v. J., als es sich um die Kirchenwahlen handelte, fand eine Versammlung liberaler Wähler der Zions-Gemeinde statt, zu welcher auch mehrere Herren der positiven Partei sich Zutritt zu schaffen gewußt haben. Da sich dieselben nach Ansicht der Leiter der Versammlung nur auf Umwegen in den Besitz von Eintrittskarten gesetzt haben konnten, so wurden sie energisch aus dem Saal verwiesen. Die Betreffenden begaben sich sofort zu den Vertrauensmännern ihrer Partei und erzählten dort ihre Erlebnisse und diese Mittheilungen bildeten alsdann den Gegenstand von Besprechungen in einer am 28. September abgehaltenen Versammlung des positiven Parochialvereins der Zionsgemeinde. Speziell trat der stud. theol. Burgwitz auf und erzählte, daß der Kirchenälteste Heckert ihn beim Kragen gepackt und mit einem gefüllten Bierseidel auf den Buchhändler Schwartze eingeschlagen habe. Der Superintendent a. D. Krückeberg bestätigte, daß auch ihm dieselbe Mittheilung von glaubwürdigen Personen gemacht worden sei und er fügte hinzu, daß man abwarten müsse, ob die Liberalen die Stirn haben würden, einen solchen Menschen als Kirchenältesten aufzustellen? Der Stadtv. Pretzel aber ging noch weiter und meinte, Herr Heckert könne sich nicht wundern, wenn ein Raufbold, der ihm auf der Straße begegne, zu ihm „guten Tag Herr Kollege" sage. Das Schlagen mit dem Bierseidel wurde ferner in einem Flugblatt kritisirt, welches von dem Angeklagten Frick unterzeichnet war, schließlich bildete es auch die Grundlage von Besprechungen in mehreren Artikeln der vom Angeklagten Balla redigirten Zeitung „Das Volk". — Der Kläger bestritt entschieden, mit dem Bierseidel geschlagen oder den Angeklagten Burgwitz am Rockkragen gepackt zu haben, die Angeklagten dagegen traten den Wahrheitsbeweis an und behaupteten, daß Herr Schwartze, direkt aus der liberalen Versammlung kommend, sein Renkontre mit dem Kläger erzählt und seinen mit Bier begossenen Ueberzieher vorgezeigt habe. Die Widerklage stützte sich darauf, daß Herr Heckert die Angeklagten Krückeberg und Pretzel durch Worte wie „Bubenstreich", „flegelhaft", „Feigheit" 2c. beleidigt und den Angeklagten Burgwitz einen „Lügner" genannt und vor ihm ausgespien haben sollte. Diese Behauptungen wurden wieder von Herrn Heckert durchaus bestritten. Derselbe blieb auch dabei, daß Herr Schwartze nicht mit einem Bierseidel geschlagen worden sei, vielmehr selbst schlagen wollte und dabei an die Wand gestoßen worden sei. Der angebliche Biersteck auf seinem Paletot sei in Wirklichkeit ein von dem Wandputz herrührender Fleck gewesen. — Von den vernommenen Zeugen hatte Niemand mit eigenen Augen das Schlagen mit dem Bierseidel gesehen, dagegen beschwor der Zeuge Schwartze, daß der Kläger Heckert in drohender Haltung und mit erhobenem Bierseidel auf ihn zugegangen sei, ihn auch berührt habe und ein Theil des Inhalts des Seidels auf seinen Paletot ausgeschüttet worden sei. Auf der anderen Seite bekundeten zwei Zeugen, daß der Kläger die in der Widerklage behaupteten beleidigenden Aeußerungen gethan. — Rechtsanwalt F. Munckel beantragte die Bestrafung der Angeklagten, da offenbar Beleidigungen vorlägen, die Rechtsanwälte Lettermann und Dr. Zeidler beantragten dagegen auf Grund der Beweisaufnahme die Freisprechung der Angeklagten und die Bestrafung des Klägers auf Grund der Widerklage. — Im letzteren Sinne entschied der Gerichtshof. Er sprach die Angeklagten frei, wonach er auch für erwiesen ansah, daß dieselben in ihren Mittheilungen über den Vorfall etwas übertrieben haben und verurtheilte den Widerbeklagten zu 55 Mark Geldbuße und Tragung der Kosten.

**Einer der gefährlichsten Zuhälter Berlins,** der „Arbeiter" August Neubert, wurde gestern durch Urtheil der vierten Strafkammer des Landgerichts I für längere Zeit unschädlich gemacht. Der Angeklagte hat sich Jahre lang von einer unter sittenpolizeilicher Aufsicht stehenden Person ernähren lassen. Wie die letztere unter ihrem Eide bekundete, ist sie fortgesetzt von

dem Angeklagten auf das Empörendste gemißhandelt worden. Einmal schlug er sie mit wuchtiger Faust ins Auge, die Sehkraft auf demselben ist infolge dessen völlig erloschen. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gesammtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängniß, der Gerichtshof war aber der Ansicht, daß der Angeklagte mildernde Umstände nicht verdiene, derselbe wurde vielmehr zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr drei Monaten verurtheilt. „Wenn ick rauskomme, steche ick Dir über den Haufen!“ rief der Verurtheilte der Zeugin mit wüthender Geberde zu, als er vom Gerichtsdiener abgeführt wurde.

**Wegen Anfertigung und Vertriebs unzüchtiger Neujahrskarten** stand gestern der Fabrikant Adolph Cohn vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I. Bei dem Händler Steffen wurden zwei Karten beschlagnahmt, weil sie Darstellungen enthielten, welche arg gegen die gute Sitte verstießen. Steffen gab als Bezugsquelle die Cohn'sche Fabrik an, es wurde daselbst Nachsuchung gehalten und noch eine große Menge ähnlicher Karten gefunden und beschlagnahmt. Der Angeschuldigte wollte etwas Anstößiges in den Karten nicht finden und sich deshalb für gesichert gehalten haben, weil ein Polizeilieutenant gelegentlich einer Revision die Karten nicht beanstandet habe. Dieser Beamte bekundete dagegen, daß ihm nur die Revision der Fabrikverhältnisse in Betreff der jugendlichen Arbeiter obgelegen und er die Karten garnicht zu Gesicht bekommen habe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 50 M.

**Erdmann Schnappke** hieß der Mann, welcher gestern wegen gefährlicher Körperverletzung vor der III. Strafkammer hiesigen Landgerichts I stand und die Verhandlung zeigte, daß er diesen Namen mit einem gewissen Recht trug. Der Angeklagte ging am 23. Februar v. J. mit einem anderen Manne die Schönhauser Allee entlang und warf einen vor seinen Füßen spielenden Jungen in besonders roher Weise zu Boden. Dies hatte der zu derselben Zeit des Weges kommende Tischler Blücher wahrgenommen und da er Aergerniß daran nahm, stellte er den Angeklagten wegen seines Verfahrens dem Jungen gegenüber zur Rede. Es kam darüber zum Wortwechsel, der in Thätlichkeiten überging, die damit endeten, daß Blücher plötzlich mit lautem Aufschrei zu Boden stürzte. Der Angeklagte hatte nämlich in der Wuth mit den Zähnen nach der Hand seines Gegners geschnappt und demselben einen Finger beinahe gänzlich abgebissen. Die Verletzung war eine so schwere, daß Blücher 5½ Monate krank darnieder gelegen hat. Mit Rücksicht auf die viehische Rohheit, welche der Angeklagte bekundet, beantragte der Staatsanwalt zwei Jahre Gefängniß. Der Gerichtshof ließ es jedoch bei der Jugend des Angeklagten und der bisherigen Unbescholtenheit desselben bei neun Monaten Gefängniß bewenden.

# Versammlungen.

**Im 22. Kommunal-Wahlbezirk** tagte am 16. März eine Kommunalwähler-Versammlung, in welcher als erster Redner Herr Flatow das Wort nahm, um die Genossen zur lebhaften Betheiligung an der am Mittwoch, den 23. März, stattfindenden Stadtverordneten-Wahl und zur energischen Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten aufzufordern. Wie Arbeiterforderungen im rothen Hause behandelt werden, zeigte Redner an der Petition der Maurer um Sicherung einer ausreichenden Bezahlung der auf städtischen Bauten beschäftigten Arbeiter: über die Petition wurde einfach zur Tagesordnung übergegangen. Wie nöthig ferner die Wahl von sozialdemokratischen Stadtverordneten ist, wies Redner an den thatsächlichen Schäden des städtischen Submissionswesens nach, für die er ein eklatantes Beispiel anführte. Herr Flatow betonte dann, daß es falsch sei, wenn die Gegner behaupten, sie allein seien Vertreter der Gesammtheit. Daß die Sozialdemokraten in der Stadtverordneten-Versammlung nicht blos für die Arbeiter, sondern gleichzeitig für die Gesammtheit eintreten, gehe unter Anderem daraus hervor, daß unsere Parteigenossen für die Uebernahme der Pferdebahnen und anderer einen großen Gewinn abwerfender Betriebe, die von der Gesammtheit benutzt und also auch unterhalten werden, in städtische Verwaltung eintreten. Die Gründe, welche die freisinnige Majorität im Rothen Hause gegen deren Uebernahme vorbringt, seien faule Ausreden, denn wenn Marthallen, Viehhof, Rieselfelder und die Waisenhäuser von der Stadt verwaltet werden können, so sei dies sicher auch bei der Straßenbahn u. s. w. möglich. Redner streifte des Weiteren die Nothwendigkeit, die Sanitätswachen in städtische Unterhaltung zu nehmen und besprach dann die Ungerechtigkeit des Wahlsystems. Letzteres beleuchtete noch besonders Stadtv. Sabor, indem er anführte, daß in der ersten Klasse 3700 Wähler allein 42 Stadtverordnete wählen, während in der zweiten Klasse 17 000 dieselbe Anzahl zu wählen haben. In der dritten Klasse ist dagegen Genosse Singer in einem Wahlbezirk gewählt, der allein 16 000 Wähler zählte, und er, Redner, sei in einem Bezirke, der 8000 Wähler habe, gewählt, sie beide also zusammen von 24 000 Wählern, während in den ersten beiden Klassen 84 Stadtverordnete von nur 20 700 Mann ins rothe Haus geschickt wurden. Als Protest dagegen, daß diese Bevorzugung allein auf Grund des Reichthums geschehe, müßten selbst solche, die nicht Sozialdemokraten seien, dem Kandidaten der Sozialdemokraten die Stimmen geben, was namentlich den Angehörigen des Gelehrtenproletariats zu rathen sei. Sei nun bisher im 22. Bezirk stets ein Freisinniger gewählt und ein Sozialdemokrat noch nie aufgestellt worden, so dürfe das nicht abhalten, das Möglichste zu thun, um unseren Kandidaten dieskmal durchzubringen. Im 27. Bezirk sei uns vor zwei Jahren auch beim ersten Anlauf der Sieg zugefallen. Als Kandidat wurde hierauf einstimmig, dem Vorschlag des zu diesem Zwecke von einer früheren Versammlung gewählten Komitees entsprechend, der Kaufmann Robert Flatow aufgestellt, welcher versprach, das in ihn gesetzte Vertrauen rechtfertigen zu wollen. Eine Resolution, mit ganzer Kraft für den Kandidaten einzutreten, gelangte zur Annahme. Der Vorsitzende ersuchte die Genossen noch, am Sonntag, früh 8 Uhr, bei Spielermann, Markusstr. 6, sich einzufinden, um Flugblätter in Empfang zu nehmen und auszutheilen, und schloß dann die Versammlung.

**Im Verband der Geschäftsdiener, Packer und Berufsgenossen**, welcher am 10. März bei Hensel, Invalidenstraße, eine Filialversammlung abhielt, machte der Bevollmächtigte zunächst Mittheilung vom Tode des Kollegen Radelt und Lucas, worauf die Anwesenden das Gedächtniß der Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen ehrten. Weiter wurde bekannt gemacht, daß noch drei Kollegen krank sind. Hierauf hielt Genosse Stahl, welcher während des Ausnahmegesetzes 10 Jahre lang in Amerika gelebt hat, einen interessanten Vortrag über die dortigen Verhältnisse, die in vieler Beziehung verhältnißmäßig noch schlimmer seien als bei uns. Er warnte deshalb dringend vor der Auswanderung nach Amerika und erntete für seine Ausführungen reichen Beifall. An der Diskussion betheiligten sich die Kollegen Keßler, Müller, Freude, Schuhmann und Falkenthal. Kollege Keßler ersuchte die Kollegen noch, wenn sie eine vakante Stelle wüßten, dies sofort im Bureau zu melden, da wir jetzt 30 stellenlose Kollegen hallen.

**Die Putzer Berlins und Umgegend** hielten am Sonntag eine starkbesuchte öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Wie lassen sich unsere gesunkenen Lohnverhältnisse wieder aufbessern? Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde ein Antrag, ein Begrüßungstelegramm an die in Halberstadt versammelten Delegirten zum Gewerkschaftskongreß zu senden, angenommen. Zu dem angegebenen Thema führte Genosse Dietrich ungefähr folgendes aus: Schon vor 20 Jahren hätten die Bau-Arbeiter gewußt, daß nur durch engen Zusammenschluß aller Berufsangehörigen die wirthschaftliche Lage der Angehörigen dieses Berufs verbessert werden könne, weshalb man für ganz Deutschland eine Organisation schuf, die sehr bald eine große Mitgliederzahl aufzuweisen hatte und auch zufriedenstellende Erfolge erzielte. Bald aber, im Jahre 1875, traten andere Verhältnisse ein, die ganze Schwere des Gesetzes traf die junge Organisation, zerschmetterte sie und demoralisirte die Bau-Arbeiter. Nun traten die Unternehmer auf den Plan, organisirten sich und führten härtere Arbeitsbedingungen ein. Im Jahre 1881 wurde von den Bau-Arbeitern eine neue Organisation gegründet und gewitzigt durch die Erfahrungen kam eine Vereinigung zu Stande, die bald wieder mächtig empor blühte und energisch und auch nicht ohne Erfolg dem schamlosen Treiben des Unternehmerthums entgegentrat. Bald darauf sonderten sich infolge der im Baufache immer mehr hervortretenden Theilarbeit und ganz besonders durch die neue Bauverordnung, die Putzer von den Maurern ab, ohne indeß die Fühlung mit dem Ganzen zu verlieren. Die Durchschnittsarbeitszeit eines Putzers beträgt im Jahre höchstens 30 Wochen, während der Lohn auf Grund des Tarifs täglich 7 M. bei neunstündiger Arbeitszeit ausmachen soll. Daß ein Jahresverdienst von im günstigen Falle 1260 M. bei der anstrengenden Arbeit eines Putzers für Berlin gewiß nicht zu hoch ist, können die Arbeitgeber nicht einsehen, denn schon wird von dieser Seite angekündigt, daß der Lohn bedeutend reduzirt und die Arbeitszeit verlängert werden soll. Im vorigen Jahre trat ein Zurückgehen der Mitgliederzahl der vereinigten Putzer ein, die schon auf 1000 angewachsen war. Das muß anders werden. Jeder Putzer muß erkennen lernen, daß er allein dem Unternehmer gegenüber nichts ist, daß aber eine Organisation, die sämmtliche Putzer umfaßt, mit dem Unternehmerthum fertig wird. Die kleinlichen Nörgeleien müssen ein für alle Mal beseitigt werden; und über diejenigen, welche das Nörgeln und Tuscheln absolut nicht lassen können, muß zur Tagesordnung übergegangen werden. Eine freie Kritik muß natürlich herrschen und jeder, der in der Arbeiterbewegung eine Rolle spiele, habe sich eine solche Kritik gefallen zu lassen. Für eine große internationale Organisation sämmtlicher Bau-Arbeiter mit Begeisterung plädirend, schloß der Redner sein mit Beifall aufgenommenes Referat. Die nachfolgenden Redner, die Genossen Gräschke, Buchholz und Haseke, sprachen im Sinne des Referenten und forderten ebenfalls auf, der bestehenden Organisation sich anzuschließen. Hierauf wurde folgende vom Genossen Gräschke eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die heute in der Brauerei „Königstadt“ tagende öffentliche Versammlung der Putzer Berlins und Umgegend erklärt den im Februar 1889 im Königstädtischen Kasino gefaßten Beschluß: bei neunstündiger Arbeitszeit einen Abschlaglohn von 7 M. zu fordern, unter allen Umständen festzuhalten. Ferner beschließt die Versammlung, um diese Errungenschaft dauernd zu behaupten, sich dem Zentralverband deutscher Maurer Mann für Mann anzuschließen.

Beim Punkt „Verschiedenes“ frug Genosse Förster an, ob es wahr sei, daß die bei einem hiesigen Theaterbau beschäftigten österreichischen und süddeutschen Kollegen bei 10- bis 11stündiger Arbeitszeit auch noch um täglich 50 Pf. billiger arbeiteten. Da von den hier in Betracht kommenden Arbeitern Niemand das Wort zur Klarstellung der Sachlage nahm, beantragte Genosse Dietrich den Vertrauensmann Förster zu beauftragen, sich zu den in Rede stehenden Arbeitern zu begeben und ihnen, falls die Beschwerden auf Wahrheit beruhten, das Ungehörige und Schädliche ihres Beginnens vor Augen zu führen. Die Bauarbeiter bewillkommneten jeden auswärtigen Kollegen, erwarten aber, daß sich diese den örtlichen Verhältnissen anpassen und nicht billiger arbeiten, als die hiesigen. Der Antrag wurde angenommen. Eine längere Debatte verursachte eine Frage: Was aus dem noch nach der Beendigung des Streiks der Buchdrucker gesammelten Gelde geschehen soll. Diese Frage war schon von der letzten Versammlung dahin entschieden worden, daß der geringe Betrag dem fast vollständig entblößten Generalfonds der Putzer zu überweisen sei. Ein Redner, der energisch die Abführung des Geldes an die Buchdrucker verlangte, gab sich schließlich, nachdem der Vertrauensmann vorgeführt, daß die Buchdrucker 100 M. bekommen hätten, die dem Generalfonds entliehen seien, zufrieden. Zum Schluß machte noch der Vorsitzende bekannt, daß am Sonntag, den 20. d. M., eine Versammlung der Putzer stattfinden wird, in welcher Genosse Eckstein aus Zwickau Bericht über den in Halberstadt stattfindenden Gewerkschafts-Kongreß erstattet.

**Der Fachverein der Stellmacher Berlins und Umgegend** hielt am 13. März eine Versammlung ab, in welcher aus der Berliner Arbeiter-Bibliothek Heft 1, welches das Bellamy'sche Werk: „Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf 1887“ enthält, von den Kollegen Meßmann und Schnellecke vorgelesen und mit großer Aufmerksamkeit angehört wurde. Die Versammlung beschloß dann, dem Delegirten zur Streik-Kontrollkommission für jede Sitzung resp. Versammlung 50 Pf. aus der Vereinskasse zu gewähren, aus der Vereinskasse 10 M. an die Streik-Kontrollkommission abzugeben und den Kämpfern für Freiheit, Wahrheit und Recht, welche am 18. März 1848 gefallen sind, einen Kranz zu widmen. Kollege Krüger erklärte sich bereit, denselben auf dem Friedhof niederzulegen. Alsdann wurde noch eine freiwillige Sammlung vorgenommen, aus deren Erträgniß die Absendung eines Glückwunsch-Telegrammes an den Halberstädter Gewerkschafts-Kongreß bestritten wird.

**Im Weddingpark** fand am 13. März eine Bezirks-Versammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend statt, in welcher der Elektrotechniker Herr Prott unter Beifall über Elektrizität sprach. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Arbeitsniederlegung und die Zustände in der Fabrik von Kammerich. Hierüber referirte Kollege Gerisch. Derselbe schilderte die Ursachen jener Arbeitsniederlegung, die hauptsächlich in einer 10prozentigen Lohnreduktion bestanden, nachdem den Kollegen kurz vorher schon 5 pCt. abgezogen worden waren. Trotzdem die meisten der betreffenden Arbeiter echte Musterarbeiter im Sinne der Kapitalisten waren, war ihnen dieser Abzug denn doch zu viel und sie legten deshalb die Arbeit nieder. Von den 40 Mann waren nur 5 organisirt. In der Diskussion hielten mehrere Kollegen den Ausständigen ihre Sünden vor und bedauerten, daß sie sich der Organisation gegenüber so lange theilnahmslos verhalten hatten. Kollege Dietrich stellte dann den Antrag, den Abg. Singer zur nächsten öffentlichen Versammlung einzuladen, um den Ausspruch, den derselbe im Reichstag gethan haben soll, daß der Arbeitgeber berechtigt wäre, den Arbeiter zu entlassen, welcher in der Werkstatt agitirt, näher zu erläutern. Der Antrag wurde gegen drei Stimmen angenommen. Kollege Gerisch führte an, daß den Arbeitern von Kammerich jahrelang Strafgelder abgezogen worden wären, von deren Verbleib sie ununterrichtet geblieben seien. Unterm Verschiedenen lud Kollege Wegener zum Besuch der „Urania“ ein. Billets sind bei den Kassirern zum Preise von à 25 Pf. zu haben. Ferner verlas er das Schreiben des Gastwirths Kairras in Schmöckwitz, welcher zum Besuch seines Lokals einlud. Die Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Verband.

**Sozialdemokratischer Wahlverein, Charlottenburg.** Freitag, den 18. März, Abends 8 Uhr, öffentliche Versammlung im Saale „Bismarckhöhe“, Wilhmersdorferstraße 39. Vortrag des Genossen Kunkel über: Die Bedeutung des Tages.

**Fachverein der Holz- und Kistenträger.** Große öffentliche Versammlung für Männer und Frauen heute Abend 8½ Uhr in Hoffmann's Festsälen, Oranienstr. 169.

**Lese- und Diskutirklub Süd-Ost.** Heute Abend 8½ Uhr bei Tollsdorf, Görlitzerstr. 58, Vortrag des Genossen Dr. Pinn über „Die Entwickelung der Menschenrechte“.

**Militärschneider.** Sammelpunkt der Mitglieder zum 19. März Morgens 8½ Uhr Lichtenbergerstr. 21 bei Hetse.

**Achtung, Knopfarbeiter!** Sonntag, den 20. März, bei Seeger, Grüner Weg 29, Vereins-Versammlung. Vortrag des Herrn Dr. Pinn: „Aus aller und neuer Zeit“.

**Schleswig-Holstein.** Freitag, den 25. März, Abends 8½ Uhr, Sitzung im Louisenstädtischen Klubhaus, Annenstraße 16. Konstituirung des Vereins.

**Lese- und Diskutirklub. Freitag.** Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Grube, Mariendorferstr. 10. — Westen, bei F. Kitzing, Bülowstr. 52.

Alle Abänderungen, welche den Arbeiter-Sängerbund oder den Bund der geselligen Arbeitervereine betreffen, sind nur an die Vorstände derselben zu richten.

**Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Freitag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiser'scher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Nord, Brunnenstraße 58, bei Gnadt. — Vorwärts I, S.O. Adalbertstraße 21, bei Roll. — Kummer'scher Gesangverein, Landsbergerstraße 31, bei Muscheld. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Alte Jakobstraße 75, bei Feuerstein. — Maiglöckchen, Hochstraße 32a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit (Putzer), Seydelstraße 30. — Jugendfreuden, Gartenstr. 162, bei Meißner. — Iris, Köpnickerstr. 127a, bei Küster. — Collegia, Reichenbergerstraße 16, bei Pätzold. — Johanni, Rüdersdorferstr. 45, Gesellschaftshaus Ostend. — Palme, in Pellen, bei Schröder. — Blaue Schleife, in Pankow, Mühlenstr. 24, bei Stöhr. — Vorwärts, (Gem. Chor), Niederschönweide, bei Siebenbaum. — Sänger-Freiheit, Naunynstr. 43, bei Fröhlich. — Freiheit Gruß, Kastanien Allee 26, bei Scholz. — Morgenroth 4, Köpnick bei Wiedemann in Adlershof. — Wahrheit, An der Zwölf-Apostelkirche 7b, bei Franke. — Brüderschaft (Hausdiener), Fischerstr. 41. — Karthau'scher Gesangverein, Lichtenbergerstr. 21, bei Hetse.

**Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Freitag:** Verein Grüne Tanne, bei Kayser, Markusstr. 8. — Vergnügungsverein Alpenveilchen, bei Wenzel, Gr. Frankfurterstr. 89. — Tambourverein Borussia bei Feldhahn, Weidenweg 12 (Uebungsstunde).

**Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag.** Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei König, Gerichtsstraße 35. — Männerchor Waldesrauschen, Abend 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10.

Vergnügungsverein Esperance, Abends 9 Uhr, Rosenthalerstr. 11—12, im Restaurant. — Vergnügungsverein Veilchen, Abend 9½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 183 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr, bei Ritter, Mauerstr. 86.

**Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend.** Sonntag, den 20. März, Vormittags präzise 10 Uhr, General-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20. Es fehlen noch einige Mitgliedslisten, welche wir zur Vervollständigung des Vorstandsberichts bedürfen, und bitten wir diese umgehend an den Vorsitzenden A. Schmelzer, Südost, Lübbenerstr. 28, 1 Tr., einzusenden.

# Vermischtes:

**Hingerichtet** wurde am Donnerstag in Wien der Dienstbotenmörder Schneider.

**Zum ersten Male seit Jahrzehnten** wird heute in der Schweiz wieder ein Mörder hingerichtet. — Es lebe die moderne Kultur!

**Fast jeder Tag** bringt ein Todesurtheil, und doch lassen die Mordthaten nicht nach. Am 14. März wurden in Neuwied die Gebrüder Peter und Engelbert Siegel aus Ueckendorf wegen Ermordung eines Bauern des Lebens verlustig erklärt und am 15. März in Posen der Schuhmacher Blaszczak, welcher ein Dienstmädchen ermordet hatte. — Was hilft die „Abschreckungstheorie“, gegen deren Abschaffung sich die alte Gesellschaft mit Händen und Füßen sträubt? Nichts, rein gar nichts.

**Unschuldig verurtheilt.** Vom Schöffengericht zu Langensalza war, wie der „Volkswille“ berichtet, der dortige Fuhrmann Mohring wegen Diebstahls zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Die Strafkammer zu Erfurt hob dieses Urtheil auf und sprach den Verurtheilten frei, weil einer der Zeugen sich selber des dem Mohring zur Last gelegten Diebstahls schuldig bekannte.

**In Bialystock** wurden zwei Brüder namens Kulikowski verhaftet, welche gewerbsmäßig russische Auswanderer unter dem Vorwand der Hilfeleistung beim Grenzübergang in einen Wald gelockt, ermordet und beraubt hatten. Gegen 20 Leichen von Personen, die auf diese Weise ums Leben gekommen sind, hat man im Wald Monki unweit der Station der Brest-Grajewo-Bahn aufgefunden.

**Ein Einsturz** wird vom Kohlenbergwerk Levant du Flénu in Cuesmes (Belgien) gemeldet. Drei Arbeiter kamen ums Leben, zwei wurden schwer verletzt.

**Durch Lawinensturz** wurden in Belluno acht Personen getödtet.

**Aus Liverpool** wird berichtet: Am Sonnabend wurde in Melbourne (Australien) ein Mann verhaftet als der Mörder einer Frau, deren Leichnam in dem Zement unter der Feuerstätte einer Küche eingebettet lag. Die Liverpooler Polizei untersuchte nun das Haus, welches der Mörder bei seiner Anwesenheit in Liverpool zuletzt bewohnt hatte und fand unter dem Hausflur welcher mit Zement bedeckt war, fünf Leichen, und zwar eine Frau und vier Kinder. Man erwartet, noch auf mehr Leichen im Verfolg der Untersuchung zu stoßen. Es herrscht allgemein der Glaube, daß der in Australien Verhaftete, welcher sich Williams nennt, kein anderer sei als Jack „der Aufschlitzer“. Hier herrscht über die Entdeckung große Aufregung.

# Depeschen.

**(Depeschen des Bureau Herold.)**

**Köln,** 17. März. Wie verlautet, übernimmt Dr. Kleser, bisher Redakteur an der „Köln. Zeitung“, die Chefredaktion des mit dem 1. April hier ins Leben tretenden dritten großen Blattes.

**Rom,** 17. Februar. Kammersitzung. Etatsdebatte. Cavallini begründet die Nothwendigkeit der Beschränkung der Heeresausgaben und fordert die Tagesordnung. Der Kriegsminister erklärt, daß die Abgeordneten, welche immer das Heer als Ursache der Leiden des Volkes hinstellten, ein schlechtes Werk verrichteten. Das Heer müsse die Unabhängigkeit des Staates vertheidigen, es sei für dieselbe verantwortlich. Der Kriegsminister führt aus, es sei heute unmöglich, weitere Ersparungen zu machen, er werde aber untersuchen, ob durch eine Reform der Verwaltung den Wünschen Cavallini's irgendwie Rechnung getragen werden könnte.

**(Wolff's Telegraphen-Bureau.)**

**Kopenhagen,** 17. März. Das Folkething hat in namentlicher Abstimmung mit 57 gegen 37 Stimmen die beantragte Staatsunterstützung für den radikalliberalen Schriftsteller Georg Brandes im Betrage von 2000 Kronen jährlich abgelehnt.

# Briefkasten der Redaktion.

**Friedrichshagen.** Genosse Theodor Metzner schreibt uns zu dem Inserat in Nr. 33 des „Volksblatts für Teltow-Beeskow“, in welchem er für den 19. März als Versammlungs-Referent bezeichnet ist, daß er aus Friedrichsberg von Niemandem um ein Referat angegangen worden ist, auch seine Zusage gar nicht hätte geben können, und daß sonach der Einsender des Inserats kein Recht hatte, ihn als Referenten zu nennen.

**M. S. 200.** Wir bitten um Wiederholung Ihrer Frage.

**Frau Wächter.** In der heutigen Nummer nicht möglich.

**A. v. B.** Da wir den dortigen Verhältnissen zu fern stehen, empfehlen wir Ihnen, das Material dem sozialdemokratischen Organ Ihres Kreises zu überweisen.

**Theaterverein Vulkania.** Vorherige Einsendung des Betrages nöthig.

**Berichtigung.** Im Bericht über den Halberstädter Gewerkschaftskongreß ist beim Punkt „Mandatsprüfungs-Kommission“ anstatt „Walder“ zu lesen Wolter.

Verantwortlicher Redakteur **August Enders** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

# 2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 66. Freitag, den 18. März 1892. 9. Jahrg.

## Der Epilog der Pariser Kommune.*)

In jedem ihrer blutigen Triumphe über die selbstopferuden Vorkämpfer einer neuen und besseren Gesellschaft, übertäubt die, auf die Knechtung der Arbeit gegründete, schmähliche Zivilisation das Geschrei ihrer Schlachtopfer durch einen Hetzruf der Verleumdung, den ein weltweites Echo wiederhallt. Das heitere Arbeiterparis der Kommune verwandelt sich plötzlich, unter den Händen der Bluthunde der „Ordnung“, in ein Pandämonium. Und was beweist diese ungeheuere Verwandlung dem Bourgeoisverstand aller Länder? Nichts, als daß die Kommune sich gegen die Zivilisation verschworen hat! Das Pariser Volk opfert sich begeistert für die Kommune; die Zahl seiner Todten ist unerreicht in irgend einer früheren Schlacht. Was beweist das? Nichts, als daß die Kommune nicht des Volks eigene Regierung, sondern die Gewalthandlung einer Handvoll Verbrecher war! Die Weiber von Paris geben freudig ihr Leben hin, an den Barrikaden wie auf dem Richtplatz. Was beweist das? Nichts, als daß der Dämon der Kommune sie in Megären und Hekaten verwandelt hat! Die Mäßigung der Kommune, während zweimonatlicher unbestrittener Herrschaft, findet ihres Gleichen nur in dem Heldenmuth ihrer Vertheidigung. Was beweist das? Nichts als daß die Kommune zwei Monate lang, unter der Maske der Mäßigung und Menschlichkeit, den Blutdurst ihrer teuflischen Gelüste sorgfältig verbarg, um sie in der Stunde ihres Todeskampfs loszulassen!

Das Paris der Arbeiter hat im Akt seiner heroischen Selbstopferung Gebäude und Monumente mit in die Flammen gezogen. Wenn die Beherrscher des Proletariats seinen lebendigen Leib in Stücke reißen, dürfen sie nicht länger darauf rechnen, triumphirend in die unangetasteten Mauern ihrer Wohnsitze wieder einzuziehen. Die Versailler Regierung schreit: Brandstiftung und flüstert dies Stichwort allen ihren Handlangern zu bis ins entfernteste Dorf, auf ihre Gegner überall Jagd zu machen als der gewerbsmäßigen Brandstiftung verdächtig. Die Bourgeoisie der ganzen Welt sieht der Massenschlächterei nach der Schlacht wohlgefällig zu, aber sie entsetzt sich über die Entweihung von Dach und Fach!

Wenn Regierungen ihren Kriegsflotten Staatsfreibrief geben, „zu tödten, zu verbrennen und zu zerstören,“ ist das ein Freibrief für Brandstiftung? Als die britischen Truppen muthwillig das Kapitol in Washington und den Sommerpalast des Kaisers von China verbrannten, war das Brandstiftung? Als Thiers sechs Wochen lang Paris bombardirte, unter dem Vorwand, daß er blos solche Häuser anzünden wollte, in denen Leute seien, war das Brandstiftung? — Im Krieg ist Feuer ein vollständig rechtmäßige Waffe. Gebäude, vom Feinde besetzt, bombardirt man, um sie anzuzünden. Müssen die Vertheidiger sie verlassen, so stecken sie selber sie in Brand, damit die Angreifer sich nicht darin festsetzen können. Niedergebrannt zu werden, war stets das unvermeidliche Schicksal aller in der Schlachtfront aller regelmäßigen Armeen der Welt gelegenen Gebäude. Aber im Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker, dem einzig rechtmäßigen Krieg in der Geschichte, da soll dies bei Leibe nicht gelten. Die Kommune hat das Feuer, im strengsten Sinne des Worts, als Vertheidigungsmittel gebraucht. Sie wandte es an, um den Versailler Truppen jene langen graden Straßen zu versperren, die Haußmann absichtlich dem Artilleriefeuer offen gelegt hatte; sie wandte es an, um ihren Rückzug zu decken, grade wie die Versailler in ihrem Vordringen ihre Granaten anwandten, die mindestens ebenso viel Häuser zerstörten wie das Feuer der Kommune. Noch jetzt ist es streitig, welche Gebäude durch die Vertheidiger und welche durch die Angreifer angezündet wurden. Und die Vertheidiger nahmen Zuflucht zum Feuer erst dann, als die Versailler Truppen bereits mit ihrem Massenabmorden der Gefangenen begonnen hatten. — Zudem hatte die Kommune längst vorher öffentlich angekündigt, daß, wenn zum Aeußersten getrieben, sie sich unter den Trümmern von Paris begraben, und aus Paris ein zweites Moskau machen werde, wie die Vertheidigungsregierung, freilich nur als Deckmantel ihres Verraths, dies ebenfalls versprochen hatte. Grade für diesen Zweck hatte Trochu das nöthige Petroleum herbeigeschafft. Die Kommune wußte, daß ihren Gegnern Nichts lag am Leben des Pariser Volks, aber sehr viel an ihren eignen Pariser Gebäuden. Und Thiers, seinerseits, hatte erklärt, er werde in seiner Rache unerbittlich sein. Sobald er erst seine Armee schlagfertig hatte auf der einen Seite, und auf der anderen die Preußen den Ausgang absperrten, rief er aus: „Ich werde erbarmungslos sein! Die Buße wird vollständig sein, die Justiz streng.“ Wenn die Thaten der Pariser Arbeiter Vandalismus waren, so waren sie der Vandalismus der verzweifelnden Vertheidigung, nicht der Vandalismus des Triumphs, wie der, dessen die Christen sich schuldig machten an den wirklich unschätzbaren Kunstwerken des heidnischen Alterthums; und selbst dieser Vandalismus ist vom Geschichtschreiber gerechtfertigt worden als ein unumgängliches und verhältnißmäßig unbedeutendes Moment in dem Riesenkampf zwischen einer neuen, emporkommenden und einer alten, zusammenbrechenden Gesellschaft. Noch weniger war es der Vandalismus Haußmann's, der das historische Paris wegfegte, um dem Paris des Bummlers Platz zu schaffen.

Aber die Hinrichtung der vierundsechszig Geiseln, voran den Erzbischof von Paris, durch die Kommune! — Die Bourgeoisie und ihre Armee hatten im Juni 1848 eine längst aus der Kriegführung verschwundene Sitte wieder eingeführt — das Erschießen ihrer wehrlosen Gefangnen. Diese brutale Sitte ist seitdem mehr oder weniger angewandt worden bei jeder Unterdrückung eines Volks-Aufstandes in Europa und Indien, womit bewiesen ist, daß sie ein wirklicher „Fortschritt der Zivilisation“ war! Andrerseits hatten die Preußen in Frankreich die Sitte wieder ins Leben gerufen, Geiseln zu nehmen — unschuldige Leute, die ihnen mit ihrem Leben für die Handlungen Andrer hafteten. Als Thiers, wie wir sahen, schon vom Anfang des Kampfes an die menschliche Sitte des Erschießens der kommunalistischen Gefangenen in Kraft setzte, blieb der Kommune nichts übrig, zum Schutz des Lebens dieser Gefangenen, als zur preußischen Sitte des Geiselngreifens ihre Zuflucht zu nehmen. Das Leben der Geiseln war aber und abermals verwirkt durch das anhaltende Erschießen von Gefangenen durch die Versailler. Wie konnte man ihrer noch länger schonen nach dem Blutbade, womit Mac Mahons Prätorianer ihren Einmarsch in Paris feierten? Sollte auch das letzte Gegengewicht gegen die rücksichtslose Wildheit der Bourgeoisregierungen — die Ergreifung von Geiseln — zum bloßen Gespött werden? Der wirkliche Mörder des Bischofs Darboy ist Thiers. Die Kommune hatte aber und abermals angeboten, den Erzbischof und einen ganzen Haufen Pfaffen in den Kauf auszuwechseln, gegen den einzigen von Thiers festgehaltenen Blanqui. Thiers weigerte sich hartnäckig. Er wußte, daß er der Kommune mit Blanqui einen Kopf geben werde, während der Erzbischof seinen Zwecken am besten dienen würde als — Leiche. Thiers ahnte hierin Cavaignac nach. Welchen Schrei des Entsetzens ließen nicht im Juni 1848 Cavaignac und seine Ordnungsmänner los, als sie die Insurgenten als Mörder des Erzbischofs Affre brandmarkten! Und doch wußten sie ganz genau, daß der Erzbischof von den Ordnungssoldaten erschossen worden. Jaquemet, der Generalvikar des Erzbischofs, hatte ihm unmittelbar nach der That sein dahin lautendes Zeugniß eingehändigt.

Dieser ganze Verleumdungschor, den die Ordnungspartei in ihren Blutfesten nie verfehlt gegen ihre Schlachtopfer anzustimmen, beweist blos, daß der heutige Bourgeois sich für den rechtmäßigen Nachfolger des ehemaligen Feudalherrn ansieht, der jede Waffe, in seiner eigenen Hand, für gerechtfertigt hielt gegenüber dem Plebejer, während irgendwelche Waffe in der Hand des Plebejers von vornherein ein Verbrechen ausmachte.

Die Verschwörung der herrschenden Klasse zum Umsturz der Revolution durch einen unter dem Schutz des fremden Eroberers geführten Bürgerkrieg — eine Verschwörung, deren Spuren wir gefolgt sind vom September bis herab zum Einmarsch der Mac Mahon'schen Prätorianer durch das St. Clouder Thor — gipfelte in dem Blutbade von Paris. Bismarck schaut mit vergnügten Sinnen auf die Trümmer von Paris, in denen er vielleicht die „erste Rate“ jener allgemeinen Zerstörung der großen Städte sah, die er bereits erfleht hatte, als er noch ein einfacher Rural (Krautjunker) in der preußischen Chambre introuvable (unfindbaren Kammer) von 1849 war. Er schaut zufrieden auf die Leichen des Pariser Proletariats. Für ihn ist dies nicht nur die Austilgung der Revolution, sondern zugleich die Austilgung Frankreichs, das jetzt in Wirklichkeit enthauptet ist, und durch die französische Regierung obendrein. Mit der, allen erfolgreichen Staatsmännern eignen Seichtigkeit sieht er nur die Oberfläche dieses ungeheuren geschichtlichen Ereignisses. Wo hat je vorher die Geschichte das Schauspiel vorgeführt eines Siegers, der seinen Sieg damit krönt, daß er sich nicht nur zum Gendarmen, sondern auch zum gemietheten Bravo der besiegten Regierung hergiebt? Zwischen Preußen und der Kommune von Paris war kein Krieg. Im Gegentheil, die Kommune hatte die Friedens-Präliminarien angenommen und Preußen hatte seine Neutralität erklärt. Preußen war also keine kriegführende Partei . . . Und so kam denn endlich an den Tag der wahre Charakter jenes Kriegs, den die Vorsehung angeordnet hatte zur Züchtigung des gottlosen und liederlichen Frankreichs durch das fromme und sittliche Deutschland! Und dieser unerhörte Bruch des Völkerrechts, selbst wie es von den Juristen der alten Welt verstanden, statt die „zivilisirten“ Regierungen Europas aufzurütteln, daß sie dies rechtsbrüchige Preußen, das bloße Werkzeug des Petersburger Kabinets, in die Acht der Völker erklären — treibt sie nur zu der Erwägung, ob die wenigen Schlachtopfer, die der doppelten Postenkette um Paris entgehen, nicht auch noch dem Versailler Henker auszuliefern sind!

Daß nach dem gewaltigsten Krieg der neuern Zeit die siegreiche und die besiegte Armee sich verbünden zum gemeinsamen Abschlachten des Proletariats — ein so unerhörtes Ereigniß beweist, nicht wie Bismarck glaubt, die endliche Niederdrückung der sich emporarbeitenden neuen Gesellschaft, sondern die vollständige Zerbröckelung der alten Bourgeoisgesellschaft. Der höchste heroische Aufschwung, dessen die alte Gesellschaft noch fähig war, ist der Nationalkrieg, und dieser erweist sich jetzt als reiner Regierungsschwindel, der keinen andern Zweck mehr hat, als den Klassenkampf hinauszuschieben und der bei Seite fliegt, sobald der Klassenkampf im Bürgerkrieg auflodert. Die Klassenherrschaft ist nicht länger im Stande, sich unter einer nationalen Uniform zu verstecken; die nationalen Regierungen sind Eins gegenüber dem Proletariat!

Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern Frankreichs und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse. Die eiserne Hand einer gemietheten Soldateska mag beide Klassen, für eine Zeitlang, in gemeinsamer Unterdrückung niederhalten. Aber der Kampf muß aber und abermals ausbrechen, in stets wachsender Ausbreitung und es kann kein Zweifel sein, wer der endliche Sieger sein wird — die wenigen Aneigner, oder die ungeheure arbeitende Majorität. Und die französischen Arbeiter bilden nur die Vorhut des ganzen modernen Proletariats.

Während die europäischen Regierungen so, vor Paris, den internationalen Charakter der Klassenherrschaft bethätigen, schreien sie Zeter über die Internationale Arbeiter-Assoziation — die internationale Gegenorganisation der Arbeit gegen die weltbürgerliche Verschwörung des Kapitals — als Hauptquelle alles dieses Unheils. Thiers klagte sie an als den Despoten der Arbeit, der sich als ihren Befreier ausgebe. Picard befahl alle Verbindung der französischen Internationalen mit denen des Auslandes abzuschneiden; Graf Jaubert, der alte, zur Mumie gewordene Mitschuldige des Thiers von 1835, erklärte es für die Hauptaufgabe aller Regierungen, sie auszurotten. Die Krautjunker der Nationalversammlung heulen gegen sie, und die gesammte europäische Presse stimmt ein in den Chor. Ein ehrenwerther französischer Schriftsteller, der unserer Assoziation durchaus fremd ist, spricht sich aus wie folgt: „Die Mitglieder des Zentralkomitees der Nationalgarde, wie auch der größere Theil der Mitglieder der Kommune, sind die thätigsten, einsichtigsten und energischsten Köpfe der Internationalen Arbeiter-Assoziation . . . Leute, durchaus ehrlich, aufrichtig, einsichtig, voll Hingebung, rein und fanatisch im guten Sinne des Wortes.“ Der polizeigefärbte Bourgeoisverstand stellt sich natürlich die Internationale Arbeiter-Assoziation vor als eine Art geheimer Verschwörung, deren Zentralbehörde von Zeit zu Zeit Ausbrüche in verschiedenen Ländern befiehlt. Unsere Assoziation ist aber in der That nur das internationale Band, das die fortgeschrittensten Arbeiter in den verschiedenen Ländern der zivilisirten Welt vereinigt. Wo immer, und in welcher Gestalt immer, und unter welchen Bedingungen immer der Klassenkampf irgend welchen Bestand erhält, da ist es auch natürlich, daß Mitglieder unserer Assoziation im Vordergrund stehen. Der Boden, aus dem sie emporwächst, ist die moderne Gesellschaft selbst. Sie kann nicht niedergestampft werden durch noch so viel Blutvergießen. Um sie niederzustampfen, müßten die Regierungen vor Allem die Zwingherrschaft des Kapitals über die Arbeit niederstampfen — also die Bedingung ihres eigenen Schmarotzer-Daseins.

Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune, wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft. Seine Märtyrer sind eingeschreint in dem großen Herzen der Arbeiterklasse. Seine Vertilger hat die Geschichte schon jetzt an jenen Schandpfahl genagelt, von dem sie zu erlösen alle Gebete ihrer Pfaffen ohnmächtig sind.

*) Der Bürgerkrieg in Frankreich. Adresse des Generalraths der Internationalen Arbeiter-Assoziation, Abschnitt IV.

---

## Versammlungen.

**Parteigenossen Charlottenburgs!**

Am 18. März, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. (Siehe Inserat.) Es ist Pflicht jedes Parteigenossen, für deren zahlreichsten Besuch fleißig zu agitiren. Dazu wird hiermit noch besonders aufgefordert. Ferner ist es Pflicht jedes Parteigenossen, dem Sozialdemokratischen Wahlverein als Mitglied beizutreten, damit derselbe in seinem Bestreben, die Grundsätze der Sozialdemokratie zu verbreiten, thatkräftigst gefördert wird.

Ernst Putzke, Vorsitzender,
Christstr. 30.

**Achtung, Rixdorf!:**

Den Parteigenossen hierdurch zur Nachricht, daß die am Freitag, den 18. März, in Hoffmann's Salon tagende Versammlung, welche den 18. März zur Tagesordnung hat, wozu der Reichstags-Abgeordnete Förster eingeladen ist und deren Bekanntmachung die Unterschrift „Der Vertrauensmann“ trägt, nichts mit der sozialdemokratischen Partei zu thun hat.

R. Köppen, Vertrauensmann.

* * *

**Für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis** fand am 16. März eine öffentliche Volksversammlung in Sanssouci statt, für welche Reichstags-Abgeordneter Bebel einen Vortrag zugesagt hatte. Das Lokal war wieder überfüllt; es mochten über 3000 Personen anwesend sein. Bebel sprach über Ursachen und Wirkungen der Krisen. Derselbe nahm Bezug auf die Vorrede zur dritten Auflage von Karl Marx' „Kapital“ vom 24. Januar 1873, in welcher Marx die kommende Krise voraussagte. Redner zeigte, daß die Krisen international sind. Nach dem französischen Kriege, als der Milliardensegen sich über Deutschland ergoß, brach eine Epoche der Prosperität an, da Geld nicht brach liegen kann, sondern wieder Geld hecken müsse. Mit der immer weiter fortschreitenden Entwickelung der Großproduktion sei die Uebersicht über den Bedarf verloren gegangen, die produzirten Waaren fänden keine Abnehmer mehr, die Produktion würde eingeschränkt, es entstünden Geschäftsstockungen, Krisen, mit ihren Begleiterscheinungen: Lohnkürzung, Arbeits- und Verdienstlosigkeit, welche die Krisen für weite Kreise sehr empfindlich bemerkbar machen. Hoch und Niedrig in Mitleidenschaft ziehen und viele Existenzen ruiniren. Die Folge der technischen und der Produktionsentwickelung sei, daß die konstante Kapitalrate (Anlage in Maschinen, Werkzeugen, Gebäuden 2c.) immer größer, die Lohnrate immer kleiner und letztere noch weiter ungünstig beeinflußt werde durch die ungeheure Verbesserung der Maschinen und Werkzeuge, wodurch gelernte Arbeiter immer mehr überflüssig gemacht und Arbeitskräfte erspart werden. In allen Kulturländern sei die Reservearmee daher in stetem Wachsen begriffen. Dadurch werde der Bestand der bürgerlichen Gesellschaft immer mehr gefährdet. Diese erkenne dies sehr wohl und suche nun nach Auswegen, zunächst nach neuen Absatzgebieten. Dies war so lange möglich, als die Kulturländer noch nicht auf der heutigen Höhe der Waarenproduktion standen. Redner nahm hierbei Gelegenheit, das Unhaltbare der deutschen Kolonialpolitik in Afrika anschaulich zu demonstriren. Die alljährlich für afrikanische Kolonialzwecke verausgabten Millionen könnten für Kolonialzwecke in Deutschland weit bessere Verwendung finden, wovon die Gesammtheit Vortheil hätte. In absehbarer Zeit könnten die deutschen Kolonien nicht dazu dienen, die Ueberschüsse der Produktion aufzunehmen, die Krisen zu vermindern. Redner zeigte ferner in eingehender Weise, wie Amerika alle Kräfte daran setze, sich von Europa auch wirthschaftlich unabhängig zu machen. Die Zeit, wo die alten Kulturstaaten Amerika als Absatzgebiet betrachten konnten, sei für immer vorüber. Ebenso schließe sich Rußland immer mehr ab, desgleichen von Deutschland die Staaten Oesterreich, Frankreich, die Schweiz 2c. infolge des seit dem Jahre 1878 befolgten Schutzzollsystems. Unter der Schutzzollära sei einerseits die Kapitalbildung ungeheuer gesteigert worden, auf der anderen Seite habe indessen die Proletarisirung der Massen stetig zugenommen, sei der handwerksmäßige Betrieb, das Kleingewerbe, erheblich zurückgegangen. Gleichzeitig sei sowohl im Groß- wie Kleinbetriebe die besser bezahlte männliche Arbeitskraft durch die minder bezahlte weibliche Arbeitskraft verdrängt worden. Das Fazit sei, daß im Verhältniß zur steigenden Arbeiterzahl die Löhne sinken, die Existenzbedingungen für den Einzelnen immer schwierigere werden. Dazu komme die erwähnte Verminderung der Absatzgebiete. Die Verhältnisse würden demnach immer ungünstigere, die Krisen mit der immer fortschreitenden Entwickelung immer häufiger und andauernder und die Widerstandsfähigkeit der Mittelschichten dagegen eine immer geringere; schließlich kämen wir aus den Krisen gar nicht mehr heraus, sofern nicht eine gänzliche Umwälzung vor sich gehe. Redner meinte, daß die gegenwärtige Krise noch gar nicht abzusehen, dieselbe vielmehr erst im Anbeginn stehe. Die bürgerliche Gesellschaft könne der steigenden Noth nicht steuern. Das Wort, welches letzthin in Leipzig gefallen, gereiche der ganzen deutschen Arbeiterschaft zur hohen Ehre, das Wort, von hungernden Arbeitern gesprochen, daß sie auf Armenunterstützung verzichten, um ihre politischen Rechte nicht zu verlieren; ein Beweis, daß die Arbeiter ihre politischen Rechte wohl zu schätzen wüßten. Um der steigenden Noth etwas zu steuern, hielt Referent für nothwendig Meliorationen, Inangriffnahme öffentlicher Bauten, Verbesserung des im Argen liegenden Kanalwesens, Aufhebung der Zölle auf Nahrungsmittel, Deckung rückständiger Miethen durch Kommunen u. s. w. Alles dies könne freilich nicht durchgreifend wirken, aber die allgemeine Nothlage etwas lindern. Die bürgerliche Gesellschaft sehe mit verschränkten Armen dem Zersetzungsprozesse zu; sie thue nichts zur Abhilfe, aus Furcht, mehr thun zu müssen. Die Konsequenz sei, daß die Gesellschaft immer mehr degenerirt, korrumpirt werde, daß die Unzufriedenheit sich steigere, auch in den Kreisen der Besitzenden, daß Millionen Menschen sich die Frage vorlegen, wie das enden, wo das hinaus solle, wie die Zustände geändert, gebessert werden können, daß Millionen die Ueberzeugung gewinnen, daß Alles Flickwerk und Stückwerk, daß es am besten sei, die heutige Gesellschaft ganz zu beseitigen, kurz, daß sie Sozialdemokraten werden. In dem Augenblicke, wo die Gesellschaft sich die Frage vorlege, wie sie sich zu organisiren habe, würde diese Frage auch schon gelöst sein. Sollte zu den wirthschaftlichen Kalamitäten sich noch eine politische Katastrophe gesellen, wie sie allem Anscheine nach im Osten sich vorbereite, so würde die Entwickelung zur neuen Gesellschaft noch unendlich beschleunigt werden. Unsere Aufgabe sei es, die Erkenntniß immer mehr zu verbreiten, daß der Mohr „bürgerliche Gesellschaft“ seine Schuldigkeit gethan habe, daß der Mohr gehen könne, dahin zu wirken, daß sich möglichst schmerzlos vollziehe der Uebergang aus der alten Gesellschaft in eine neue, deren Wahlspruch Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit sein werde, in der gleiches Recht herrschen werde für Alles, was Menschenantlitz trägt! — Dem fast zweistündigen Vortrage wurde stürmischer, endloser Beifall gezollt. Debattelos nahm die imposante Volksversammlung einstimmig folgende Resolution an:

„Die heute in Sanssouci tagende Volksversammlung des dritten Berliner Reichstags-Wahlkreises erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Dieselbe erkennt an, daß die wirthschaftlichen Krisen nicht eher gänzlich verschwinden werden, als bis das privatkapitalistische Produktionssystem abgewirthschaftet und an deren Stelle das sozialistische getreten ist. Die Versammelten erklären daher, mit ganzer Kraft dahin wirken zu wollen, daß die sozialistische Gesellschaft sobald als möglich ins Leben trete.“

Nach einer Mahnung an die Genossen, sich am 18. März in keiner Weise provoziren zu lassen, sowie, dem Wahlvereine beizutreten, schloß die Versammlung mit brausenden Hochrufen auf die Sozialdemokratie und den Referenten.

# Geschäfts-Auflösung!

Wegen vollständiger Auflösung unseres seit über 12 Jahren bestehenden Geschäfts in der

**Oranienstraße 64**

kommen vom 1. Februar cr. ab folgende Waaren wie

**Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollenwaaren, Teppiche, Gardinen, Tischdecken, Fertige Wäsche 2c. 2c.**

zu enorm billigen, streng festen Preisen zum **Ausverkauf.**

**Gebrüder Lamm, Berlin S., Oranienstrasse 64, zwischen Moritzplatz und Kommandantenstraße.**

P. S. Die Preise sind auf jedem Stück Waare deutlich mit blauer Schrift verzeichnet und dadurch jeder Käufer vor Uebervortheilung geschützt. 2107L

---

Kein Feilschen kein Handeln, sondern streng feste, sehr billige Preise.

Der Verkauf geschieht unter strengster Beobachtung reeller Grundsätze.

# Baer Sohn BERLIN.

Geschäfts-Häuser. Eigene Werkstätten

24a, Chausseestr. 24a. 8, Brückenstr. 8.
16, Gr. Frankfurterstr. 16.

## Eigene Werkstätten

für Maaß-Anfertigung unter Leitung erster Meister.
Deutsche und echte englische Stoffe in großer Auswahl.

| | | |
|---|---|---|
| **Werktags-Anzug** haltbar u. dunkel karrirt **10 M.** | **Einsegnungs-Anzug** in dunkeln Mustern **12 M. u. 15 M.** | **Frühjahrs-Paletot** dunkle, farbige Cheviots **12 M. u. 16 M.** |
| **Frühjahrs-Anzug** karrirter, prakt. Bukskin **13 M. 50 u. 18 M.** | **Einsegnungs-Anzug** in blau Ripsgarn **17 M. 50 u. 20 M.** | **Frühjahrs-Paletot** Satinirte Strichwaare **20 M. 50 u. 24 M.** |
| **Frühjahrs-Anzug** hochmod. hellkarr. Bukst. **20 M. u. 24 M.** | **Einsegnungs-Anzug** feines Kammgarn **25 M. u. 21 M.** | **Frühjahrs-Paletot** hochf. mod. Diagonale **28 M. u. 35 M.** |
| **Cheviot-Anzug** zweireihiges, mod. Façon **28 M. 50 u. 36 M.** | **Werktags-Beinkleid** praktische, haltb. Waare **2 M. 75.** | **Ulster mit Pelerine** mod. karrirte Cheviots **21 M. u. 30 M.** |
| **Kammgarn-Anzug** schöne Muster, elegant **28 M. 50 u. 36 M.** | **Frühj.-Beinkleider** große Auswahl **4 M. 25 u. 6 M. 50.** | **Hellfarbige Westen** 7,50. 6,50, 5,—. 3,75 — **2 M. 50.** |
| **Kammgarn-Anzug** neueste Errungensch. der Saison. **39 u. 45 M.** | **Kamm.-Beinkleider** Entzück. Muster-Ausw. **6 M. 50 u. 9 M. 50.** | **Knaben-Anzüge** 11,—.9,—.7,—.5,—.4,—. **2 M. 80.** |
| **Gehrock-Anzug** schwarz Kammg. od. Tuch **36 M. u. 40 M.** | **Engl. Leder-Hosen** 8,50.7,—.6,—.4,50.3,—. **2 M. 35.** | **Trikot-Anzüge** 8,—. 6,—. 5,—. 4,—. **3 M. 25.** |

Herren- u. Knaben-Bekleidung.

Arbeiter-Bekleidung für alle Gewerkschaften.

Arbeiter-Bekleidung für alle Gewerkschaften.

---

## Andreasstraße 21, Joël's Festsäle, Andreasstraße 21.

**Sonntag, den 20. März 1892, Vorm. 11 Uhr:**

# Wohlthätigkeits-Matinée.

Arrangirt von der

**Agitations-Kommission der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen beschäft. Arbeiter.**

Unter gütiger Mitwirkung des **Gesangvereins „Felsenburg"**, Mitgl. des A.-S.-B., des **Zitherklubs „Gleichheit"** und verschiedener Spezialitäten.

Musik, ausgeführt von der Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker.

Freunde und Gönner der Arbeitersache sind hiermit besonders eingeladen.

Billets à 30 Pf. sind zu haben bei R. Gehlhoff, Mariannen-Ufer 4; W. Huchthausen, Oppelnerstr. 18a; E. Stein, Friedenstr. 79; H. Buchholz, Landsberger Allee 10; F. Binte, Swinemünderstr. 132, v. 4 Tr.; F. Pump, Brunnenstr. 116a; J. Peterson, Veteranenstr. 22.

---

# II. Stiftungsfest

des Vereins

**der Arbeiterinnen an Buch- und Steindruck-Schnellpressen**

**am Sonnabend, den 19. März, Abends 8 Uhr, in Gratweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77—79.**

**Grosses Konzert und Gesangsvorträge,**

nachdem **Tanzkränzchen.**

Entree Damen 30 Pf., Herren 50 Pf. (inkl. Tanz).

Billets sind im Arbeitsnachweis bei Gründel, Dresdenerstr. 116, zu haben.

Alle Kolleginnen und Kollegen sowie Freunde des Vereins sind freundlichst eingeladen. 125/9 **Der Vorstand.**

---

# Große öffentliche Versammlung der Berufs-Musiker

am **Sonntag**, den 20. März, Vorm. 11 Uhr, im großen Saale des **Handwerker-Vereins**, Sophienstr. 15, zu der auch **ganz besonders die Eltern** und **Vormünder**, welche ihre **Söhne** resp. **Mündel** in eine **Musiklehre** geben wollen oder schon gegeben haben, **eingeladen werden.**

Tagesordnung:

1. **Die Schäden und Mißstände im Lehrlingswesen des Musikerberufes.** (Referat aus gerichtlichen Akten.) Referenten: Herr Rechtsanwalt **Dr. Bonk**; Herr **J. Bumke**, Präs. des Allgem. deutschen Mus.-Verb.; Herr **Dachs**; Herr Redakteur **Lackowitz.**
2. Diskussion.

**Der Einberufer.** 1822b

**W. Krüger**, 1. Vorsitzender des Vereins Berliner Musiker, Schlegelstr. 16.

---

## Verband der Vergolder und in verw. Gewerben beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

# Monats-Versammlung

**der Filiale Berlin**

**Montag, den 21. März, Abds. 8½ Uhr, bei Scheffer, Inselstr. 10.**

Tagesordnung:

1. Vortrag des Zahnarztes Herrn **R. Wolf** über: „Die Hygiene des Mundes." 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder bez. Anschluß der weiblichen Mitglieder vom aufgelösten Fachverein der Vergolderinnen an den Verband. 4. Wahl des zweiten Verbands-Kassirers. 5. Verschiedenes.

327/5 **Die Ortsverwaltung für Berlin.**

Die Vertrauensmänner und Alle, welche noch im Besitz von Billets vom Stiftungsfest sind, werden dringend ersucht, abzurechnen. D. O.

---

## Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend. 390/3

# Beschließende Versammlung

**am Sonntag, den 20. März, Vormitt. 10½ Uhr, in Norbert's Sälen, Beuthstrasse No. 18—21.**

Tagesordnung: 1. Die geplante Lohnbewegung der Drahtarbeiter. 2. Antrag der Fachkommission, eine in diesem Jahr aufzunehmende Statistik betreffend. 3. Antrag der Rechtsschutz-Kommission, eine Unterstützung betreffend. 4. Antrag des Vorstandes, die Reise-Unterstützung betreffend. 5. Definitive Abrechnung vom Wintervergnügen. 6. Berichterstattung über die mit dem Oekonomen der „Neuen Welt" gepflogenen Verhandlungen. — Zahlreicher Besuch erwünscht. Mitgliedskarte legitimirt.

**Der Vorstand.**

---

## Achtung! Friedrichsberg und Umgegend!

# Gr. Wiener Maskenball

**zur Feier des ersten Stiftungs-Festes**

**der Filiale Friedrichsberg des Allgemeinen Arbeiterinnen-Vereins am Sonnabend, den 19. März, Abends 9 Uhr, in Westphal's Schwarzem Adler, Frankfurter Allee.**

Freunde und Gönner des Vereins werden gebeten, sich zahlreich an demselben zu betheiligen. Billets, Herren 50 Pf., Damen 30 Pf. sind in den mit Plakaten belegten Handlungen und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben. Um zahlreichen Besuch bittet

176/11 **Der Filial-Vorstand.**

---

Kein Bierzwang! Keine Tellersammlung!

# Arbeitslosen-Versammlung

**der in der Buchbinderei, Papier- und Lederwaaren-Branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen**

**am Freitag, den 18. März, Nachmittags 2 Uhr,** 1892b

in **Feuerstein's Saal**, Alte Jakobstr. 75.

Es ist Pflicht aller Arbeitslosen, zu erscheinen. **Der Einberufer.**

---

## Verlag des „Vorwärts"

Berliner Volksblatt

**Berlin SW., Beuth-Strasse No. 2.**

Soeben wurde komplett:

# Ferd. Lassalle's Reden und Schriften

Neue Gesammt-Ausgabe.

**Mit einer biographischen Einleitung.**

Herausgegeben von

**Ed. Bernstein**, London.

**Erster Band.**

Mit einem Portrait Lassalle's in Stahlstich, nach einer in Privat-Besitz befindlichen Büste von **Reinhold Begas.**

— 550 Seiten. —

**In Leinen gebunden** . . . . . **3,00 Mk.**
**In Halbfranz gebunden** (Liebhaber-Einband) **4,00 Mk.**
(Broschirt in 12 Heften à 20 Pfg.)

Für die Abonnenten der Lieferungs-Ausgabe haben wir geschmackvolle

## Einband-Decken

anfertigen lassen zum Preise von:

**In Leinen** . . . . . **0,50 Mk.**
**In Halbfranz** (Liebhaber-Einband) . . . **1,20 Mk.**

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

**Bei Bestellungen von auswärts bitten wir um vorherige Einsendung des Betrages (Porto extra).**

---

# Teppiche

in allen Arten und Größen **kleiner Musterfehler wegen** offeriren sehr billig.

**Portièren, Gardinen, Steppdecken**

in den geschmackvollsten Ausführungen zu anerkannt billigen Preisen. 477M

**Reste**

von **Plüschen, Fantasiestoffen, Damasten und Ripsen**, passend für Sophas und Garnituren, zur Hälfte des früheren Kostenpreises.

**J. Adler Söhne,**
Teppichfabrik,
**Spandauer-Strasse 30,**
gegenüber dem Rathhause.

---

**Rohtabak** **A. Goldschmidt,** Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Größte Auswahl. Garantirt sicher brennende Tabake.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager. **A. Goldschmidt**, Spandauerbr. 6, am Hacke'schen Markt. 2069L

---

**KRONENGARN.**

---

1892L

# Sophabezüge!

**Reste** in Rips, Damast, Granit, Plüsch u. bunt. Stoff, **spottbillig.**
**Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.**
**Proben franko!**

---

**Alte Stiefeln** für Herren u. Damen verk. Gen. **Lehmann,** Linienstraße 6. 1819b

**Betten** — Theilzahlung. **F. R. Retzlaff** Bettfedern-Spezialgeschäft. Brückenstr. 5 (Jannowitzbrücke). [2052L

---

Gegr. 1876. **Hüte** mit **Kontrollmarken** aus der Genossenschafts-Hutfbr. zu 3, 3,50, 4, 5, 6 M. **Cylinder eigener Fabrikation** zu 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11 u. 12 M., empfiehlt **Paul Drenske** Nachf., **Oranienstr. 172.**

Verantwortlicher Redakteur **August Enders** in Berlin Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.